



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Landkreistag in Berlin:

Konstruktiver Dialog

Im Rahmen einer Präsidiumssitzung des Bayerischen Landkreistags in der Bayerischen Vertretung in Berlin erläuterte der Präsident, Chams Landrat Theo Zellner, in einem Gespräch mit den Landesgruppenchefs von CSU und FDP im Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich und Horst Meierhofer, die Sicht der bayerischen Landkreise auf aktuelle Themen. Dazu zählten die interkommunale Zusammenarbeit und das Vergaberecht, die Gesundheitsversorgung und Krankenhäuser sowie der Wirtschaftsstandort ländlicher Raum. Auch die Optionserweiterung im SGB II nahm breiten Raum ein.

An der Sitzung nahmen auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, sowie die Landräte Roland Schwing (1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags), Herbert Eckstein (2. Vizepräsident) und Bruni Mayer (3. Vizepräsidentin) teil.

Wie Präsident Zellner erläuterte, ist der ländliche Raum mehr als Wohn- und Erholungsraum für die städtischen Leistungszentren. Mit seinen über 20 Millionen Arbeitsplätzen sei er über die klassische Land- und Forstwirtschaft hinaus ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Auf vielfältige Weise trage er in erheblichem Maße zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei und generiere über 50 Prozent der Wirtschaftsleistung hierzulande. Dieses Potenzial dürfe nicht durch eine einseitige Ausrichtung an zentrierten Wirtschaftsstandorten vernachlässigt und benachteiligt werden. Vielmehr müssten alle Anstrengungen unternommen werden, die Leistungsfähigkeit in der Fläche weiter zu entwickeln und auszubauen.

eineinhalb Jahrzehnte andauernde Deckelung der Krankenhausbudgets aufgehoben worden. Die notwendige nachhaltige Verbesserung der Krankenhausfinanzierung sei aber nicht in ausreichender Weise gelungen. Zudem werde die künftige Finanzierung von Tarif- und Sachkostensteigerungen immer wieder erhebliche Probleme verursachen. Weiterhin erwarte die Medizin durch die Alter-

ung der Bevölkerung und den bevorstehenden Ärztemangel erhebliche Herausforderungen. Daher benötige die medizinische Versorgung eine zukunftssichere Ausgestaltung.

Konkret bedeute dies eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der Betriebs- und Investitionskosten der Krankenhäuser, eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung zwischen ambulanten stationären Anbietern, die Sicherstellung einer gleichwertigen medizinischen Versorgung auch in schwächer besiedelten bzw. wirtschaftlich ggf. weniger attraktiven Regionen, den Erhalt der drei Säulen im Krankenhaussektor (kommunale, freigemeinnützige und private Träger) sowie Maßnahmen zur Beseitigung des drohenden Fachkräftemangels. (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium beim Bayerischen Landkreistag (v. l.): Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Theo Zellner, Dr. Hans-Peter Friedrich und Horst Meierhofer.

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Ruf nach Rettungsschirm

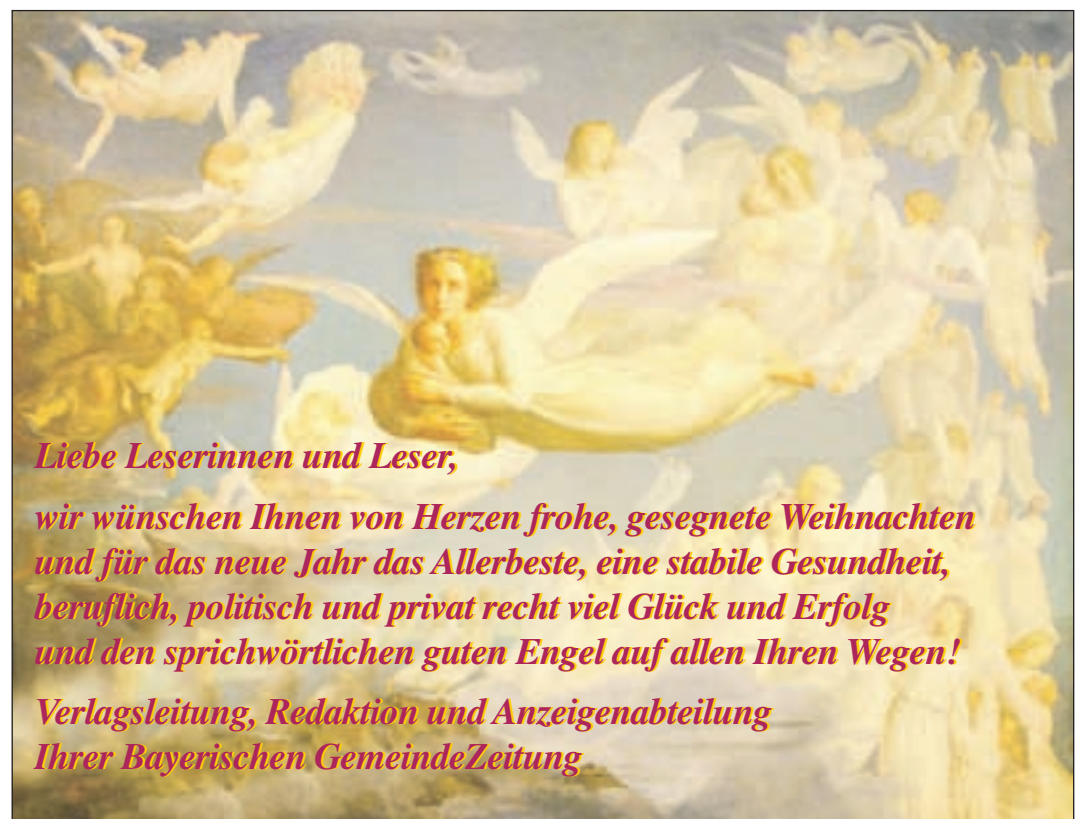
Da die kommunale Selbstverwaltung nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes akut in Gefahr ist, hat das Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes eine Resolution verabschiedet. Darin werden ein Rettungsschirm und ein dauerhafter kommunaler Konsolidierungspakt gefordert.

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind laut Resolution in den Städten und Gemeinden immer deutlicher zu spüren. Steuereinnahmen brächen dramatisch ein, gleichzeitig explodierten die Sozialausgaben. Kommunen sollten Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren.

„Diese Leistungen werden von Bund und Ländern den Kommunen auferlegt und gleichzeitig werden den Bürgerinnen und Bürgern immer weitere Leistungen versprochen“, so das Pa-

pier. Im Rahmen eines Rechtsanspruches sollten innerhalb weniger Jahre Hunderttausende von Krippenplätzen geschaffen werden, Kommunen sollten mehr für Bildung tun, investieren und zum Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig forderten Staat und Gesellschaft bürgerfreundliche Kommunen und eine Neuausrichtung der Kommunen für die älter werdende Gesellschaft. „Wie das vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage realisiert werden kann, bleibt völlig offen“, betont der DSStGB.

Die Schere zwischen weg brechenden Einnahmen und explodierenden Ausgaben der Kommunen werde sich in den nächsten Jahren weiter vergrößern. (Fortsetzung auf Seite 4)



Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen von Herzen frohe, gesegnete Weihnachten und für das neue Jahr das Allerbeste, eine stabile Gesundheit, beruflich, politisch und privat recht viel Glück und Erfolg und den sprichwörtlichen guten Engel auf allen Ihren Wegen!

Verlagsleitung, Redaktion und Anzeigenabteilung
 Ihrer Bayerischen Gemeindezeitung

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Appell zu strikter Ausgabendisziplin

Erneut hat Rechnungshofpräsident Dr. Heinz Fischer-Heidlberger den Staat dringend zu strikter Haushaltsdisziplin aufgerufen. Bei der Vorlage des Jahresberichts 2009 forderte er einen Tilgungsplan für die Staatsschulden aus der Rettung der Landesbank: „Die Staatsverschuldung ist durch die Rettung der BayernLB in einem Jahr um 50 Prozent von 24 auf 34 Mrd. Euro gestiegen. Ein 'weiter so' bei den Ausgaben darf es nicht geben“, monierte Fischer-Heidlberger.

Wenn deswegen neue Schulden aufgenommen werden müssten, so sei es nun notwendig, die Rückführung dieser Schulden in einem Tilgungsplan festzulegen, meinte der Präsident. Nur damit sei eine seriöse Haushaltspolitik möglich. Bayern könnte so Vorbild sein für die Umsetzung der Schuldenbremse, die 2009 ins Grundgesetz aufgenommen wurde.

Aufgrund der im Jahr 2008 erneut gestiegenen Steuereinnahmen konnte die Haushaltssicherungsrücklage laut ORH-Bericht zunächst weiter verstärkt werden. Diese betrug Ende 2008 rund 4 Mrd. Euro. Doch das Geld sei schon wieder verplant und ausgegeben: 3,3 Mrd. Euro würden benötigt, um die Finanzierungslücke im aktuellen Doppelhaushalt 2009/2010 zu schließen. Der Rest werde für Zinszahlungen aufgrund der drastisch angestiegenen Staatsverschuldung verwendet.

Defizite in der Verwaltung

Zudem müsse der Staat die ihm zustehenden Steuern auch einnehmen, so die Rechnungsprüfer. Man habe feststellen müssen, dass Defizite in der Steuerverwaltung zu Steuerausfällen und damit zum Verlust von Einnahmen führen. Beispiele hierfür seien mangelhafte Besteuerungsverfahren bei Personengesellschaften und Mängel bei der Erhebung der Grunderwerbsteuer.

selbst seit 1976 die Unterbringung von Förderschülern in Tagesstätten für nicht notwendig, (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister denkt in der Vorweihnachtszeit gerne über Grundsätzlicheres nach. Dabei kommt ihm heuer neben Religion das Ende des europäischen Sozialismus vor 20 Jahren in den Sinn: „Es gibt Ideen, die sind Riesen und überdauern die Zeiten. Andere sind Zwerge und zerfallen im Laufe der Zeit ins Nichts.“ Seite 15

Krankenhausfinanzierung

Zellner forderte erneut, gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu garantieren, insbesondere auch bei der Gesundheitsversorgung. Die deutschen Krankenhäuser litten seit geraumer Zeit unter einer erheblichen Unterfinanzierung. Zwar sei mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2008 die über-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern-LB bleibt Dauerthema	Seite 2
Prozesse optimieren	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Hände weg von der Gewerbesteuer!	3
Patentrezepte? Fehlanzeige!	5
GZ-Fachthemen: Ausstattung für die Kommunalverwaltung · EDV	6/7
Kommunale Bauverfahren	8-10
Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau	11
Kommunalfinanzien	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

BayernLB bleibt Dauerthema

Im Landtag tritt Untersuchungsausschuss neben Kontrollkommission
SPD und Freie Wähler gehen vor Gericht

Die Milliarden, die bei der Landesbank BayernLB auch nach dem „Verkauf“ ihrer maroden Tochter, der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Feuer standen und weiter stehen, werden noch lange heißes Eisen der Landespolitik bleiben. Im Landtag wird sich neben der Kontrollkommission ein ebenso einmütig eingesetzter Untersuchungsausschuss mit den Ereignissen seit den Veränderungen der Besitzverhältnisse bei der BayernLB und dem Kauf der HGAA befassen. SPD und Freie Wähler haben außerdem durch eine Strafanzeige wegen Untreue gegen Verantwortliche in Landesbankvorstand und Verwaltungsrat, darunter hochrangige Landes- und Kommunalpolitiker, die Frage der persönlichen Verantwortung gerichtlich gemacht. Vom Bund der Steuerzahler in Bayern gibt es bereits eine Strafanzeige.

Die stellvertretende Kontrollkommissionsvorsitzende Inge Aures (SPD) will, dass dieses Gremium künftig das Gesamtgeschäft der BayernLB begleitet, in die der Freistaat 2008 mit 10 Mrd. Euro frischen Kapitals einsteigen musste, um die nicht zuletzt durch die HGAA drohende Pleite zu verhindern. Der Sparkassenverband Bayern, früher zur Hälfte Landesbankeigentümer, hat seit 2008 nur mehr eine Splitterbeteiligung. Die Kapital-spritzen des Freistaats an die BayernLB haben sich bis zum Verkauf der HGAA an Öster-

reich nochmals um rund 6 Mrd. Euro erhöht.

Strafanzeige gegen neun Beteiligte

Die SPD-Fraktion stimmte der Strafanzeige nach interner Diskussion zu, wobei lediglich Adelheid Rupp, die bisherige Landesbankexpertin, dagegen sprach. An ihrer Stelle wird der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller stellvertretender Untersuchungsausschussvorsitzender. Auch Freie

Wähler und Grüne waren gegen eine Strafanzeige. In der CSU überlegte der Haushaltsausschussvorsitzende Georg Winter, ob man nicht die Aufgaben der Kommission seinem Ausschuss übertragen sollte. Nach einem Machtwort von Ministerpräsident Horst Seehofer entschied die Fraktion, die Auflösung der Kommission stehe „derzeit“ nicht zur Debatte, wie Fraktionschef Georg Schmid mitteilte. Entsprechend votierte die FDP.

Die SPD/FW-Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft München I wurde als politisches Manöver abgelehnt. Unterschrieben haben sie die Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher (SPD) und Hubert Aiwanger (FW) sowie über 50 weitere Abgeordnete. Zu den neun namentlich Beschuldigten gehören neben dem mittlerweile zurückgetretenen Landesbankvorstandsvorsitzenden Dr. Michael Kemmer (2007 Finanzchef) weitere einstige und heutige Vorstände sowie Verwaltungsratsmitglieder, darunter der damalige Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser, Innenminister Dr. Günther Beckstein, sein Staatssekretär Georg Schmid (heute CSU-Fraktionschef), Städtetagspräsident Hans Schaidinger (Regensburg) und Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser.

Auf den verfehlten Kauf folgt die Verstaatlichung

In der Kontrollkommission ging es um das vom amtierenden Finanzminister Georg Fahrenschon einer Fachanwaltskanzlei in Auftrag gegebene Gutachten zum BLB-Kauf, den Fahrenschon heute als verfehlt beurteilt. Der Preis von knapp 1,7 Mrd. Euro sei um etwa eine halbe Milliarde zu hoch gewesen und fahrlässig akzeptiert worden.

Wirtschaftsprüferin Corinna Linner bestätigte das zunächst nach Aktenlage. Nach Gesprächen mit dem Verwaltungsrat änderte sie ihr Gutachten in positivem Sinn. Von Grünen und SPD gefragt warum, antwortete sie mit der Gegenfrage, ob sie Informationen anerkannter Fachleute nicht hätte trauen dürfen.

Unbekannte zweite Gutachtensversion

Die Opposition macht Fahrenschon den Vorwurf, er habe die Kontrollkommission nicht sofort über beide Gutachtensversionen unterrichtet, so dass man erst durch die findige Presse informiert worden sei. Der Finanzminister versicherte, korrekt gehandelt zu haben. Inge Aures sah ihn „zehn Minuten vor dem Rücktritt“. Seehofer sprach seinem Finanzminister das Vertrauen aus.

Die unter Zeitdruck und Hochspannung stehenden Verhandlungen von Politikern und Bankern in München und Wien über die Zukunft der Hypo Group Alpe Adria unter Leitung der Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU/München) und Josef Pröll (ÖVP/Wien), endeten in letzter Minute mit der Einigung auf den Verkauf der vor dem Konkurs stehenden HGAA an Österreich für einen symbolischen Euro. Bayern verzichtet auf 825 Mio. Euro. Die BayernLB bleibt geringer Anteilseigner der Kärntner Bank, an deren Sanierung sich mehrere Großbanken der Alpenrepublik beteiligen. Bisher hielten die BayernLB 67,2%, die Grazer Versicherungsgesellschaft Grawe 20,28 Prozent und das Land Kärnten 12,4% des Kapitals.

Ein Ende mit Schrecken

Für die Landtagsopposition ist der „Verkauf“ ein weiterer Beweis der Unfähigkeit der Regierungen Seehofer und Stoiber. Eike Hallitzky (Grüne) räumte jedoch ein, ein Ende mit Schrecken sei besser als ein Schrecken ohne Ende. Seehofer hat eine schonungslose politische und finanzielle Abrechnung denen angedroht, die als Schuldige für das Desaster ermittelt werden. **rm**

Auf dem Weg zum Volksentscheid

Der Erfolg der Nichtraucher beim Volksbegehren bringt den Landtag in Zugzwang

Das jahrelange Hin und Her von Landtag und Staatsregierung in Sachen mehr oder weniger striktes Rauchverbot, speziell in öffentlichen Gaststätten und Festzelten, wird im Frühjahr 2010 vom Volk entschieden. Darüber besteht Einigkeit, nachdem das von der außerparlamentarischen ÖDP initiierte, von SPD und Grünen dann unterstützte Volksbegehren bis zum Abschluss am 2. Dezember mit 13,9% Unterschriften das Quorum von 10% überraschend deutlich übertrafen hat.

Der Gesetzestext des Volksbegehrens entspricht fast völlig jenem, den die CSU zur Zeit ihrer Alleinregierung im Dezember 2007 im Landtag verabschiedet hatte. Demnach galt in allen Gaststätten striktes Rauchverbot. Im März 2008 wurde dieses Gesetz nach der CSU-Niederlage bei den Kommunalwahlen mit einer Sonderregelung für Bier- und Festzelte entschärft. Nach der Landtagswahl vom September 2008 setzte die FDP in den Koalitionsverhandlungen durch, dass nicht nur in Bier- und Festzelten, sondern auch in Gaststätten, Diskotheken und Einraumkneipen bis zu 75 qm Fläche wieder geraucht werden durfte.

„Ohrfeige der Bürger“

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, der seinerzeit die strikte Variante gegen Widerstand in Fraktion und Staatsregierung durchgesetzt hatte, reagierte auf das Volksbegehren mit vorsichtiger Genugtuung. Wenn nächstes Jahr das Volk als höchste Staatsgewalt das letzte Wort habe, könne das nur von Vorteil sein. Für die FDP erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Fischer, eine Rückkehr zum Totalrauchverbot sei ein weiterer Schritt in den Verbotstaat, aber das Volk habe das letzte Wort. Die Oppositionsfraktionen sprachen von einer Ohrfeige der Bürger für die Koalition.

Innenminister Joachim Herrmann verminderte jede Stellungnahme und teilte mit, der Gesetzentwurf werde dem Landtag zuge-

leitet, wenn der Landeswahlausschuss das Ergebnis des Volksbegehrens am 21. Dezember festgestellt hat. Der Landtag könnte dem Volksbegehren zustimmen, was CSU und FDP nicht tun werden, auch wenn es in beiden Fraktionen Befürworter des strikten Verbots gibt, wie die Ärzte Dr. Thomas Zimmermann (CSU) und Dr. Otto Bertemann (FDP). Sie wollen entsprechend abstimmen. In der CSU gibt es Sympathisanten. Die Überlegung, beim Volksentscheid einen eigenen Vorschlag im Sinne des geltenden Gesetzes entgegenzustellen, wurde nach einigem Hin und Her in beiden Fraktionen aufgegeben. In der CSU hatten Schmid und Herrmann abgeraten. Eine Übergangsregelung für Bier- und Festzelte wird überlegt, weil die Großbauten für im Sommer oder Herbst 2010 anstehende Veranstaltungen wie das Münchner Oktoberfest nach erfolgreichem Volksentscheid für den radikalen Nichtraucherenschutz nicht mehr so umgeplant werden können, dass Raucher vor den Festzelten nicht den ungehinderten Aus- und Eingang - vor allem bei Notfällen - behindern.

Der Landtag hat laut Verfassung drei Monate Zeit für seine Stellungnahme. Es sieht so aus, dass die Fraktionen diesen Zeitraum nicht ausnutzen, sondern auf schnelle Entscheidung drängen werden. Spätestens ab April 2010, beginnt die gesetzliche Vorbereitungsfrist für den Volksentscheid, bei dem die einfache Mehrheit genügt. **rm**

Ab in Sonne und Schnee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wirnshofer
92557 Weiding
am 14.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerd Geismann
92237 Sulzbach-Rosenberg
am 5.1.

Bürgermeister Heimo Schmid
86975 Bernbeuren
am 18.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Theo Bauer
95697 Nagel
am 29.12.

Bürgermeister Erwin Reinwald
91741 Theilenhofen
am 1.1.

Bürgermeister Franz-Josef Kraus
91320 Ebermannstadt
am 6.1.

Landrat Georg Huber
84453 Mühldorf a. Inn
am 6.1.

Bürgermeister Erich Odörfer
90518 Altdorf b. Nürnberg
am 7.1.

Bürgermeister Joachim Wersal
91334 Hemhofen
am 12.1.

Bürgermeister Theo Amberger
93485 Rimbach
am 13.1.

Bürgermeister Fritz Wittmann
84051 Essenbach
am 18.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Ziegler
84546 Eggkofen
am 23.12.

Bürgermeister Wilhelm Hutzenhaler
84079 Bruckberg
am 31.12.

Bürgermeister Franz Hofstetter
84416 Taufkirchen (Vils)
am 4.1.

Bürgermeister Sebastian Mair
85395 Wolfersdorf
am 6.1.

Bürgermeister Wolfgang Frank
94339 Leiblfing
am 9.1.

Bürgermeister Wolfgang Beiergröblein
96317 Kronach
am 15.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Vogler
85301 Schweitenkirchen
am 30.12.

Bürgermeister Herbert Kirsch
86911 Dießen a. Ammersee
am 2.1.

Bürgermeister Volker Faulhaber
97270 Kist
am 7.1.

Bürgermeister Martin Wallinger
92694 Etzenricht
am 9.1.

Bürgermeisterin Sabine Lutz
97506 Grafenrheinfeld
am 10.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Stefan Bosse
87600 Kaufbeuren
am 24.12.

Bürgermeister Alois Rainer
94353 Haibach
am 7.1.

Oberbürgermeister Armin Neudert
86609 Donauwörth
am 11.1.

Bürgermeister Stefan Kolbe
85757 Karlsfeld
am 11.1.

Bürgermeister Robert Zettner
94227 Zwiesel
am 15.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Pfeiffer
82396 Pähl
am 31.12.

Im Datenschutz bleiben die Probleme

In Sorge um den Schutz der Privatsphäre vor Datenschnüffelei sowohl durch Behörden als auch in der Wirtschaft hat Bayerns neuer Datenschutzbeauftragter Dr. Thomas Petri seinen ersten Tätigkeitsbericht für 2007/08 der Landtagspräsidentin Barbara Stamm und damit dem Landesparlament übergeben. Darin stellt er zwar eine gewisse Trendwende zugunsten des Datenschutzes fest, muss aber auch über zahlreiche Verstöße gegen das Persönlichkeitsrecht berichten. Staatsbehörden und Kommunen sind die Datensünder, wobei der Sozialbereich eine große Rolle spielt. Die Frage nach der Transparenz hoheitlicher Datenverarbeitung sei immer dringlicher zu stellen. Aber auch in der Wirtschaft seien die Rechte des Arbeitnehmers und des Kunden vor Online-Ausforschung besser zu schützen.

Sicherheitsgesetze dürften nur verhältnismäßige Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen sein, heißt es im Bericht, den Petri im Maximilianeum vorstellte. Die Staatsregierung sei in den zwei Berichtsjahren bei Sicherheitsgesetzen an die Grenze und „vielleicht partiell auch darüber hinaus“ gegangen. Seit Amtsantritt der CSU/FDP-Koalition gebe es aber einen „Trend in die andere Richtung“. Petri war vom Ministerrat zum 1. Juli auf Vorschlag der FDP gewählt worden. Die Ernennung ist Sache der Landtagspräsidentin, womit die Unabhängigkeit von der Staatsregierung dokumentiert wird.

Zu den Hauptergänzenissen, wie Petri vor der Presse bestätigte, gehört, dass nicht nur die Polizei sondern auch der Verfassungsschutz heimliche Durchsuchungen und Online-Überwachungen bei Verdächtigen durchführen kann. Dieses Recht genüge in den Händen der Polizei und sei von richterlichen Verfügungen abhängig zu machen. Kritisch äußert sich Petri

Bericht auch zum Bayerischen Versammlungsgesetz und der damit zeitlich unbefristeten Speicherung und Nutzung von Erkenntnissen. Beim Beschäftigtendatenschutz geht es insbesondere um eine Neuordnung des Beihilferechts und der Telekommunikation am Arbeitsplatz.

Im kommunalen Bereich rügt der Bericht, dass Gemeinden die Unterschriftenlisten von Bürgerbegehren nicht nur zur Kontrolle der rechtlich einwandfreien Unterschriftenleistung nutzen, sondern auch an Wirtschaftsunternehmen weitergeben.

Zwei andere Beispiele aus diesem Bericht: Bei der Einschaltung privater Inkassounternehmen durch Kommunen müsse strenger auf die entsprechenden Vorschriften geachtet werden. Die Veröffentlichung von Daten eines Bauherren und seines Entwurfsverfassers sei nur mit deren Einwilligung möglich.

Zahlreiche Anfragen und Beschwerden beim Landesbeauftragten gab es bei der Kommunalwahl 2008. Man wollte wissen,

Beim Digitalfunk nun auf gleicher Welle

Landtag stimmt dem neuen Kompromiss mit den kommunalen Spitzenverbänden und Rettungsdiensten zu

Der Streit um die Finanzierung des Digitalfunks für Bayerns Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste, der im Oktober zum Rücktritt von Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß führte, ist beigelegt. Der Kommunalausschuss des Landtags stimmte federführend dem neuen Finanzierungskompromiss zu, den Innenminister Joachim Herrmann und Finanzminister Georg Fahrenschon mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt haben. Bis 2013 soll die Umrüstung von Analog- und Digitalfunk im Sinne europäischer Richtlinien weitgehend vollendet werden. Die Übergangsfrist läuft bis 2021.

Der Innenminister berichtete, die Kommunen und Rettungsorganisationen sollen nur zu 20% an den Anschaffungskosten der Geräte beteiligt werden. Der Staat stellt über 770 Mio. Euro zur Verfügung, heuer 65 und nächstes Jahr 75 Mio. Euro. Beim Streit ging es nur um die laufenden Betriebskosten, die nach Meinung des Finanzministers kommunale Pflichtaufgabe sind. Rettungsdienste sind auch auf die Zustimmung der Krankenkassen angewiesen. Nach Lösung der finanziellen Probleme bleibt der Streit um die notwendigen etwa 1000 neuen Sendemasten durch Bürgerproteste gegen die Standorte.

Ausschussvorsitzender Joachim Hanisch (FW) sowie Joachim Ländner (CSU) und Dr. Andreas Fischer (FDP) lobten die Einigung, auch wenn sie Kommunen und Rettungsdienste einiges kosten werde. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) und Christine Kamm (Grüne) stimmten dem neuen Kompromiss zwar auch zu, sahen jedoch konkrete Nachteile. Bayern werde mit Albanien Schlusslicht der Modernisierung, die auch in Österreich schon vollzogen sei. Durch die langwierigen Verhandlungen seien Jahre und damit Geld verschwendet worden. Sie befürchteten, dass die staatliche Umrüstungsförderung durch Abstriche im Finanzausgleich teilweise abgeholten werde.

Der Innenminister sah diese Gefahr nicht; und die zeitliche Verzögerung gehe auf die Rot/Grüne Koalition in Berlin zurück, da der Übergang zum Digitalfunk bundesweit sein müsse. **rm**

wie persönlich adressierte Parteienwerbung zustande kommen konnte. Eine Stadt wurde gerügt, weil sie Adressen von Verbänden,

Vereinen und Personen, die von der Stadt Prospekt angefordert hatten, an das Gastgewerbe weilte (Fortsetzung auf Seite 4)

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKPV-Geschäftsbericht:

Prozesse optimieren

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2008 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, München. Er enthält neben Grundsätzen der Verwaltung von Stiftungen u. a. Aussagen über die Berechnung der Miete für Schulanlagen, die Überprüfung der Angemessenheit des Stellenbestandes anhand von Stellenvergleichen für kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, eine Aufstellung über Methoden zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen bei Investitionsmaßnahmen und Angeboten, Darstellungen zu Leistungen und Honorierung des Architekten für den Brandschutznachweis sowie zu Energieausweisen nach der EnEV 2007. Schließlich gibt der BKPV Auskunft zum steuerlichen Querverbund und den Personal- und Sachkosten im Krankenhaus.

Wie der Geschäftsbericht ausweist, gehörten dem BKPV mit ihrem Vorstandsvorsitzenden, Erstem Bürgermeister Gerhard Preß, Röndental (ab Oktober 2008), bis Ende des Jahres 1256 Mitglieder, davon vier Kommunale Spitzenverbände, 547 Gemeinden, 35 Verwaltungsgemeinschaften, 71 Landkreise, sieben Bezirke, 573 Schul- und Zweckverbände sowie 19 sonstige Körperschaften an. Während 2007 lediglich 662 Prüfungen und Beratungen abgeschlossen wurden, waren es 2008 bereits 751.

Stiftungsgründungen

Mit Blick auf die Grundsätze der Verwaltung von Stiftungen verweist der Prüfungsverband darauf, dass die Stiftungsgründungen in Bayern ständig zunehmen. Nach den Ausführungen der Bayerischen Staatsregierung im Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Stiftungsgesetzes seien allein im Jahr 2007 200 neue

(nichtkirchliche) Stiftungen als rechtsfähig anerkannt worden. Auch die Zahl der von den Kommunen verwalteten Stiftungen steige stetig. Bei den überörtlichen Rechnungsprüfungen habe man in den vergangenen Monaten vermehrt feststellen müssen, „dass die BKPV-Mitglieder Probleme beim praktischen Vollzug stiftungsrechtlicher Vorgaben haben“; dies sei auch „aus Anfragen an unser Haus“ ersichtlich.

Teilweise werde in den Stiftungssatzungen klar und eindeutig bestimmt, wer Begünstigter der Stiftung ist (oft als Destinatäre bezeichnet). Meist seien die Vorgaben jedoch allgemeiner gehalten (z. B. „bedürftige ältere Bürger“). Der begünstigte Personenkreis könne damit sehr groß sein und es sei Aufgabe der Stiftungsverwaltungen, eine „Auswahl“ zu treffen. „Es empfiehlt sich in diesen Fällen (auch aus Gründen der ‚Transparenz‘), die allgemeinen Voraussetzungen z. B. durch (Förder-/Vergabe-) Richtlinien zu konkretisieren und auch das Verfahren (z. B. Antragstellung, vorzulegende Unterlagen, gegebenenfalls Rangfolge nach Punktesystem) festzulegen“, so der BKPV. Dies erleichtere erfahrungsgemäß nicht nur die Vergabeentscheidungen, sondern auch die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung.

Als „eine nicht zu umgehende kommunal- und haushaltsrechtliche Verpflichtung“ bezeichnet der Prüfungsverband wiederum die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit einzelner Maßnahmen – „zumindest dann, wenn sie von erheblicher finanzieller Bedeutung sind“. Im Hinblick auf den allgemeinen Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsgrundsatz wird dies auch bei kleineren Maßnahmen empfohlen. Lediglich der Aufwand für den Nachweis der Wirtschaftlichkeit könne differieren. Mit aufgezeigten Methoden und Beispieldateien sollen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die den Nachweis der Wirtschaftlichkeit (oder Unwirtschaftlichkeit) wesentlich erleichtern.

Vermehrt wird den Kommunen die Erstellung von Ener-

gieausweisen für bestehende Gebäude angeboten. Die Hintergründe, in welchen Fällen ein Energieausweis für bestehende Gebäude überhaupt notwendig ist bzw. welche Art des Ausweises gefordert ist, bleiben dabei nach Auffassung des Kommunalen Prüfungsverbandes oftmals unerwähnt oder unberücksichtigt. Deshalb wird den Städten und Gemeinden im Bericht ein Überblick über die Voraussetzungen und Fristen, über die Arten der Energieausweise, die Qualifikation der Aussteller sowie über die Beauftragung und Honorierung gegeben.

Der BKPV bietet seinen Mitgliedern auf diesem vergleichsweise neuen Feld der Energieausweise, aber auch in grundsätzlichen Fragen der Energieeinsparung seine Unterstützung an. Zwar kann der Verband keine Sachbearbeitung leisten – „dies ist Sache der Verwaltung oder privater Dienstleister“; im Rahmen seiner Prüfungs- und Beratungstätigkeit „können wir aber Impulse geben, bei Vertragsabschlüssen mit privaten Dienstleistern Hilfestellungen leisten und bei Konfliktsituationen helfen“.

Planungssicherheit

Stichwort Staatlicher Querverbund: Auch wenn im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2009 nicht alle offenen Fragen geklärt wurden (z. B. Behandlung defizitärer Messe-, Kongress- und Tourismusgesellschaften), bringt die gesetzliche Verankerung des Querverbundes für die Körperschaften des öffentlichen Rechts und deren wirtschaftlichen Betätigungen angesichts der sich verschärfenden Rechtsprechung

NürnbergMesse-Jahrespressekonferenz:

In Erwartung neuer Bestmarken

„Ausgesprochen zufrieden“ mit den voraussichtlichen Ergebnissen des zu Ende gehenden Messejahres zeigte sich Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse, im Rahmen der Jahrespressekonferenz. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise habe der Messe 2009 Wachstum gekostet, nicht aber Substanz.

Die Zahlen sprechen für sich: Mit rund 132 Mio. Euro Umsatz liegt die NürnbergMesse Group deutlich über Plan und realisiert in einem zyklisch schwachen Messejahr den zweithöchsten

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Städte und Gemeinden müssen gerade in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise voll handlungsfähig bleiben. Bürger und Wirtschaft erwarten mit Recht, dass die Kommunen ihre wichtigen Aufgaben wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, die Bildung oder die Bereitstellung einer guten Infrastruktur erfüllen können. Deshalb darf die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer der Kommunen nicht angetastet werden.

Die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden ist dramatisch. 2009 brechen von bisher 41 Milliarden Euro Gewerbesteuer brutto voraussichtlich 7,4

Städte eine Zusage gemacht, die wir auch halten werden. Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet.“

Gerade auch durch Maßnahmen im Rahmen der jüngsten Unternehmenssteuerreform hat die Gewerbesteuer in den vergangenen Jahren an Stabilität und an Aufkommensstärke gewonnen. Zu nennen sind insbesondere die Begrenzung der Verlustabzugsmöglichkeiten, die Zinsschrankenregelung sowie die anteilige Hinzurechnung von Finanzierungsaufwendungen. All diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass heute auch wieder Großbetriebe und nicht mehr nur kleine und mittlere Unternehmen systematisch zur Gewerbesteuer herangezogen werden können. Diese Regelungen dürfen auf keinen Fall zurückgenommen werden.

Die Städte fordern im Gegenteil folgende Maßnahmen zur Stärkung der Gewerbesteuer:

- ▶ Weitere Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage,
- ▶ Beendigung der gewerbesteuerlichen Organschaft,
- ▶ Beendigung der Steuerfreiheit von Gewinnen aus der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften.

Eine gesetzgeberische Demontage der Gewerbesteuer würde die kommunale Leistungsfähigkeit ernsthaft gefährden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen sich jedoch die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft auf die Städte und Gemeinden verlassen können. Deshalb gilt: Hände weg von der Gewerbesteuer!

Ihr Gerhard Weber

Hände weg von der Gewerbesteuer!

Milliarden Euro weg – das sind rund 18 Prozent. Ab 2010 müssen die Kommunen bis 2013 voraussichtlich Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben von jeweils mehr als 10 Milliarden Euro befürchten. Die zusätzlich von der Koalition geplanten Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen würden bei den Kommunen Steuerausfälle von voraussichtlich rund 3,6 Milliarden Euro jährlich verursachen.

Die Kommunen vertrauen auf die klare Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 26. Mai 2009 in Berlin: „Ich habe auf dem Deutschen

des Bundesfinanzhofs nunmehr die erforderliche Planungssicherheit. In vielen Fällen werde somit alles beim „Alten“ bleiben. Der schnelle Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens ist laut BKPV als „äußerst erfreulich“ zu bezeichnen und macht Hoffnung auf baldige Lösung anderer Steuerrechtsprobleme. **DK**

ka.“ Die NürnbergMesse geht von einem Umsatzrekord von über 170 Mio. Euro aus, weitere Zukäufe nicht eingerechnet. Im Sommer dieses Jahres war die Prognose für 2010 noch deutlich verhaltener. Von 160 Mio. Euro plus X war damals die Rede. „Heute sehen wir klarer und stellen fest, dass die befürchteten Rückgänge bei unseren Veranstaltungen entweder gar nicht kommen oder deutlich kleiner ausfallen“, betonte Diederichs.

Seinen Optimismus leitet der Messechef aus den guten Buchungszahlen bei den Eigenveranstaltungen des ersten Halbjahres 2010 ab. Insbesondere bei den großen Veranstaltungen wie dem Messeverbund aus fensterbau/frontale und HOLZ-HANDWERK, der POWTECH sowie den Konsumgüter-Leitmessen IWA & OutdoorClassics und Intertoo rechnet die NürnbergMesse mit hoher Stabilität oder weiterem Wachstum.

Rückgänge verzeichnen hingegen Fachmessen wie die EU-RÖGUSS, die stark vom europäischen Automobil- und Lkw-Sektor abhängt, sowie die BioFach und die Vivaness. „Allein in den vergangenen zehn Jahren konnte die Fläche bei der

BioFach verdreifacht und die Vivaness neu ins Programm genommen werden. Da ist es zwar bedauerlich, letztlich aber nicht verwunderlich, wenn nach diesem furiosen Wachstum auch mal eine Konsolidierung eintritt. Diese Phase werden wir nutzen, um Hausaufgaben zu machen und die nachhaltige Entwicklung der BioFach sicher zu stellen. So wird die Orientierung in den Hallen aber auch die Zuordnung einzelner Segmente zueinander deutlich verbessert werden“, versprach Diederichs, der die Bedeutung der BioFach als internationale Leitmesse und globalen Treffpunkt der Biobranche weiter ausbauen will.

Weiter wies der Geschäftsführer darauf hin, dass nach einer rekordverdächtigen Bauzeit von weniger als 18 Monaten im September 2010 der neu gestaltete Bereich Mitte mit den Funktionen Eingang, Service, Gastronomie und Kongress seinen Betrieb aufnehmen wird. „Unser neuer Eingangs- und Kongressbereich Mitte soll für unsere Kunden ein Erfolgsportal werden und insbesondere dem Kongressbereich Mitte/West neue Impulse geben. Schließlich stehen hier nun deut-

(Fortsetzung auf Seite 4)

E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yildiz vybemobile

Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags:

„Demokratie leben und stärken“

Bei einem Festakt im Münchner Maximilianeum überreichte Vizepräsident Reinhold Bocklet die 10. Bürgerkulturpreise des Bayerischen Landtags. Den mit 10.000 Euro dotierten ersten Preis erhielt das Bürgerforum im oberfränkischen Gräfenberg für seinen kreativen Widerstand gegen die rechtsextremen Umtriebe in seinem Heimatort. Der 2. Preis ging an die LandesschülerInnen Vereinigung Bayern e.V. für das Projekt „basis – Europas größter Schülerkongress“. Mit dem 3. Preis wurde die Kinderstrasse e.V. für das Projekt „Meine Straße, meine Stadt, mein Zuhause“ ausgezeichnet.

Das Leitthema des Wettbewerbs lautete heuer „Demokratie leben und stärken“. Wie Landtagsvizepräsident Bocklet in seiner Festrede erläuterte, „ist Demokratie kostbar, musste erkämpft werden und muss wehrhaft sein, sie ist nicht aus sich selbst heraus vorhanden, und sie ist nicht ein für allemal erreicht, sondern muss jeden Tag neu errungen und gesichert werden“. Eine demokratische Gesellschaft könne ohne bürgerschaftliches, ohne freiwilliges Engagement nicht auskommen. Wer sich dagegen wehre, dass Menschen mit Behinderung, Ausländer und Obdachlose angepöbeln, beleidigt und zu Tode gehetzt werden, fülle die Grundwerte, Ziele und Schutzgüter des Grund-

gesetzes mit Leben aus. Dafür stünden die Bürgerkulturpreisträger 2009. Sie wurden von einer neunköpfigen Jury mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Vertretern der fünf Fraktionen im Landtag, des Bayerischen Städte- und des Gemeindetages und dem Vorsitzenden der Landtagspresse ausgewählt.

Der erste Preisträger, das Bürgerforum Gräfenberg, stellt ein breites Bündnis quer durch die politischen und sozialen Milieus dar, das sich maßgeblich für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte engagiert. Seit 2007 wird eine kreative und entschiedene friedliche Gegenwehr gegen die regelmäßigen Aufmärsche rechtsextremistischer Gruppen in Gräfenberg und in der Region verwirklicht. Die erste rechtsextremistische Kundgebung fand 1999 im November am monumentalen Kriegerdenkmal der rund 4000 Einwohner zählenden Gemeinde statt, weitere folgten einmal jährlich. Das ging so bis zum November 2006, als die NPD-Aktivistinnen plötzlich monatliche Demonstrationen ankündigten. „Da war endgültig klar, dass etwas passieren musste“, erinnert sich Karin Bernhart, Sprecherin des Bürgerforums Gräfenberg. Sie initiierte im November 2006 eine Bürgerversammlung, aus der schließlich das Bürgerforum mit rund 40 ehrenamtlich aktiven Mitgliedern hervorging.

Insgesamt 44 Aufmärsche ver-

anstalteten die Rechtsextremisten zwischen November 2006 und Oktober 2009. Und fast jedem einzelnen begegneten Gräfenberger Bürger mit deutlich artikulierter Ablehnung – zum Teil in phantasievollen, vom Bürgerforum organisierten Aktionen. Doch beschränkte sich das Engagement nicht auf kreativen Widerstand gegen Aufmärsche und Demonstrationen: Als Rechtsextreme Musik-CDs vor Gräfenberger Schulen verteilt, organisierte das Bürgerforum in Zusammenarbeit mit den Schulen innerhalb kürzester Zeit für die Eltern eine Informations- und Beratungsveranstaltung.

Seit mittlerweile elf Jahren veranstaltet die LandesschülerInnen Vereinigung Bayern e.V. das bayerische SchülerInnen-symposium, kurz „basis“, den größten von Schülern für Schüler organisierten Kongress Europas. Bis zu 800 Teilnehmer aus ganz Bayern diskutieren bildungspolitische Themen mit Experten, besuchen Workshops und bilden sich weiter – in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal.

Ein großer Schritt hin zu mehr Mitverantwortung ist bereits gelungen: In der Folge der Kongresse und als Ergebnis des Engagements der Jugendlichen hat sich im Januar 2008 der Landesrat konstituiert. Er wurde vom Kultusministerium eingeführt, setzt sich aus 80 Bezirksschüler-sprechern zusammen und ist die erste offizielle, gemeinsame Schülervertretung für alle weiterführenden Schulen in Bayern.

„Meine Straße, meine Stadt, mein Zuhause“ – unter diesem Motto schreiben Kinder aus ganz Deutschland und darüber hinaus über die Straße, in der sie wohnen. Kinder werden eingeladen, sich zu ihrer näheren Wohnumgebung zu Wort zu melden. Damit sollen die Eigenkompetenz von Kindern in Deutschland gestärkt und Impulse zur Identifikation mit dem Gemeinwesen gesetzt werden. Die Wortmeldungen der Kinder sollen dazu beitragen, eine kindgerechte Umwelt zu schaffen. Kindermitbestimmung, Verkehrssicherheit und Spielmöglichkeiten stehen hier im Fokus.

1999 startete Wolfgang Schlenker, selbst Autor und Gründer des Vereins Kinderstrasse e.V., seine Initiative zunächst im Berliner Stadtteil Kreuzberg, es folgten Berlin-Friedrichshagen, Berlin-Neukölln und 2001 schließlich Nürnberg. Inzwischen haben Kinder aus ganz Deutschland, aus Polen, Tschechien, Großbritannien, Brasilien und Nicaragua über die Straße geschrieben, in der sie wohnen. Rund 30.000 Texte hat der 2002 im oberfränkischen Heiligenstadt gegründete Verein Kinderstrasse e.V. bis heute gesammelt und in Projektdokumentationen sowie im Internet unter www.kinderstrasse.com veröffentlicht. Seit 2004 erscheinen die Geschichten auch als Bücher, mit einer Auswahl von jeweils 200 bis 300 Texten pro Stadt. **DK**

Im Datenschutz...

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Landtagsopposition ist anderer Meinung. Die Staatsregierung stehe mit dem Datenschutz weiter auf Kriegsfuß, kommentierte der stellvertretende Vorsitzende der Datenschutzkommission Florian Ritter (SPD). Der Datenschutzbeauftragte werde oftmals nach Gutsherrenart, also willkürlich, hinzugezogen. Seine Stellung gegenüber den Ministerien müsse gestärkt werden.

Christine Kamm (Grüne) meinte, es zeuge von mangelndem Bewusstsein der Staatsregierung für den Datenschutz, wenn Landesgesetz regelmäßig durch das Bundesverfassungsgericht korrigiert werden müssten. Staats- und Bundesregierung von Union und FDP seien zum Handeln aufgefordert, denn „es ist fünf vor zwölf beim Datenschutz“. **rm**

Appell zu strikter...

(Fortsetzung von Seite 1)

bezuschusse diesen Bereich aber dennoch mit jährlich etwa 4 Mio. Euro. Der Staat erstatte darüber hinaus den Kommunen Unterbringungskosten für Schüler von jährlich ca. 5,5 Mio. Euro, obwohl die Kommunen diese Kosten selbst hätten tragen müssen.

Defizitäre Spielbanken

Aus dem Ruder gelaufen sind die Kosten für Spielbanken im Freistaat. Konkret nennen die Rechnungsprüfer in ihrem Bericht die Spielbanken von Bad Steben und Bad Kötzting, die seit ihrer Eröffnung nur Verluste gemacht hätten: 2008 genau 2,9 bzw. 3,4 Millionen Euro. Auch die anderen sieben bayerischen Spielbanken seien „überwiegend defizitär“. Der ORH fordert daher, nicht rentable Casinos zu schließen.

Der Betrieb von Staatsbädern sei keine staatliche Aufgabe, heißt es weiter. In den vergangenen zwölf Jahren habe der Freistaat aber 200 Millionen Euro in seine fünf Bäder - Bad Bocklet, Bad Brückenau, Bad Kissingen, Bad Reichenhall und Bad Steben - gesteckt. Eine seit 1995 laufende Reform der Staatsbäder zur Kostensenkung greife nicht. Bayern sollte seine Beteiligungen an den fünf Staatsbädern deshalb vollständig aufgeben.

Erhebliche Zweifel hegt der ORH auch daran, ob das Automobiltechnikum Bayern (ATB) wirtschaftlich überlebensfähig ist. Für Errichtung und Betrieb des ATB seien bisher 10 Mio. Euro aus der Staatskasse ausgegeben worden. Dieses Geld werde in Kürze vollständig verbraucht sein. Das ATB habe seit seiner Gründung 2003 noch nie ein auch nur annähernd ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht. Eine wesentliche Ursache liege in der unzureichenden Kalkulation der Preise. Das ATB habe Leistungen unter seinem Selbstkostenpreis angeboten. Ein tragfähiges neues Konzept ist für den ORH nicht erkennbar. Der Staat sollte sich seiner Ansicht nach aus dem Projekt zurückziehen.

Einsparungen

Handlungsbedarf sieht der Oberste Rechnungshof darüber hinaus bei den Regierungen und Gewerbeaufsichtsdirektoren. Das Ziel „Stellenabbau durch Aufgabenabbau“ sei auch bei den Regierungen noch lange nicht erreicht. Zwar seien 70 Aufgaben abgebaut worden, doch habe dies nur zur Einsparung von knapp 150 Stellen geführt. Weitere 600 müssten noch abgebaut werden. Dies könne aber nur gelingen, wenn auch größere Aufgabengebiete zur Disposition gestellt werden.

Anlass zur Kritik bietet nach Auffassung des ORH auch die Polizeireform, deren Ziel es gewesen sei, die Organisation massiv zu straffen und den Verwaltungsaufwand um 25 Prozent zu verringern. Es sollten 600 Stellen freigesetzt und damit „mehr Polizei auf die Straße“ gebracht werden. Die Umsetzung der Reform sehe allerdings anders aus: So sei eine Verringerung des Verwaltungsaufwands nicht feststellbar, nur ein Bruchteil der 600 Stellen wurde frei und schließlich wurde den betroffenen Polizeibeamten eine „Immunitätsgarantie“ zugesagt. Nach Ansicht der Rechnungsprüfer „wirkt sich dies effizienzmindernd aus“.

Im Ländervergleich gut

Wie Finanzminister Georg Fahrenschon in einer ersten Reaktion auf den ORH-Bericht 2009 für das Haushaltsjahr 2007

mitteilte, „hat der Bayerische Oberste Rechnungshof der Bayerischen Staatsregierung insgesamt erneut eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung bestätigt“. Im allgemeinen Staatshaushalt weise Bayern nach wie vor die besten haushaltswirtschaftlichen Quoten im Ländervergleich auf.

Niedrige Verschuldung

Auch nach Einrechnung der gesamten Verschuldung im Rahmen des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB und der aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen errechnete sich für den Freistaat Bayern die im Vergleich der Flächenländer Westniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung von circa 2.600 Euro.

Zur Forderung des Obersten Rechnungshofes, die Rückführung der Kredite für die Stabilisierung der BayernLB in einem Tilgungsplan festzulegen, erklärte Fahrenschon: „Eine verbindliche Aussage, wann und in welchem Umfang die Rückführung der Kredite für die Stabilisierung der BayernLB möglich sein wird, ist angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage und der noch nicht bewältigten Finanzmarktkrise seriös nicht möglich und wäre daher kein Ausdruck einer soliden und verlässlichen Haushaltspolitik.“

Die personell knappe Ausstattung der Finanzämter sei unbestritten, den verallgemeinernden Vorwurf über Defizite in der Steuerverwaltung relativiert Fahrenschon allerdings. Um die Qualität des Steuervollzugs zu sichern, wurden sowohl personelle als auch technische Maßnahmen ergriffen. So wurden im DHH 2009/2010 500 neue Stellen im Steuerbereich geschaffen. Über den Ausbau von IT-Risi-

komanagementsystemen werde die IT-Unterstützung ständig verbessert.

„Eine Schließung der einzigen staatlichen Spielbanken in Oberfranken und der Oberpfalz würde dem staatlichen Auftrag, in vertretbarer Entfernung ein legales Spielbankenangebot bereitzustellen, nicht gerecht!“ erklärte der Minister auf die Forderung nach einer Schließung der beiden Spielbanken. Stattdessen setze der Freistaat auf Attraktivitätssteigerung und Standortsicherung. Durch die Zusammenlegung der Spielsäle für das Kleine und Große Spiel im Sommer diesen Jahres wurde nicht nur die optische Attraktivität der Spielbanken verbessert. Auch die Personalkosten in beiden Spielbanken könnten künftig um je rund 500.000 Euro pro Jahr gesenkt werden.

Bad Bockleter Modell

Den Vorschlag des Obersten Rechnungshofes, der Freistaat solle seine Beteiligung an den Staatsbädern aufgeben, wird Fahrenschon nicht mitgehen. Es werde mit Nachdruck an einer Verwirklichung des sog. Bad Bockleter Modells in allen Staatsbädern gearbeitet: der Freistaat konzentriere sich auf das Immobilienmanagement, der Betrieb des Kurgeschäftes werde von den Kommunen wahrgenommen. Dabei sei jedoch neben der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Staatsbadkommune auch die Fürsorgepflicht des Freistaates gegenüber den bei den ehemals Staatlichen Kurverwaltungen Beschäftigten zu berücksichtigen. „Eine Übernahme der zum Teil denkmalgeschützten Liegenschaften, deren Unterhalt extrem aufwändig ist, würde die Staatsbadkommunen bei weitem überfordern und in eine finanzielle Schiefelage bringen“, schloss Fahrenschon. **DK**

Konstruktiver...

(Fortsetzung von Seite 1)

mangels in allen Sektoren des Gesundheitswesens.

Besonders kritisch sieht der Präsident auch das Vergaberecht nach dem Rechtsverständnis der EU und des Europäischen Gerichtshofs, vor allem für die interkommunale Zusammenarbeit. Daseinsvorsorge und kommunales Selbstverwaltungsrecht gehörten zusammen und hier sei Wettbewerb kein Allheilmittel. Für die Landkreise sei es unbedingt notwendig, zusammenzuarbeiten und Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Oft könne nur so ein effizientes Dienstleistungsangebot wie z. B. Abfallentsorgung, Straßenreinigung oder Wasserversorgung

geschaffen werden. Es gehe hier um öffentliches Gemeinwohlinteresse, nicht um Binnenmarkt, stellte Zellner fest.

Aufgestauter Nachholbedarf in den alten Ländern

Minister Ramsauer erneuerte seinerseits die Überlegung, den Bundesverkehrswegeplan zu ändern, um zurückgestellte Investitionen in westdeutschen Ländern nachzuholen. Die noch erforderlichen Projekte in den neuen Ländern werde er weiter zügig vorantreiben, aber den aufgestauten Nachholbedarf in den alten Ländern mit aller Energie anpacken. **DK**

Ruf nach...

(Fortsetzung von Seite 1)

Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden in der Krise im Interesse von Staat und Gesellschaft handlungsfähig bleiben, die kurzfristige Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Handicap, ein finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt sowie ein dauerhaftes Konzept, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert. Dazu gehöre auch eine starke Gewerbesteuer.

Wie das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes abschließend hervorhebt, sei es unumgänglich, den Weg aus der Krise gemeinsam zu gehen und kurzfristig einen kommunalpolitischen Gipfel von Bund, Ländern und Kommunen einzuberufen. **DK**

Mobilfunk in der Kommune:

Patentrezepte? Fehlanzeige!

Broschüre des Bayerischen Umweltministeriums: Standorte finden und Strahlung von Mobilfunkstationen und Handys minimieren

Eine offene und enge Kommunikation zwischen Betreibern und Kommune ist gefragt, wenn es um die Suche nach einem geeigneten Mobilfunkstandort geht. In der Broschüre „Mobilfunk in der Kommune“, herausgegeben vom Bayerischen Umweltministerium, werden sowohl die für die Städte und Gemeinden wichtigen Fragen angesprochen als auch an Hand von Beispielen praktische Hinweise für die Standortsuche selbst gegeben. Diese ausgewählten Beispiele basieren auf einer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vergebenen Studie zu Möglichkeiten und Grenzen der Minimierung von Mobilfunkimmissionen, die im Internet verfügbar ist. Schließlich wird noch auf das Wechselspiel zwischen Mobilfunksender und Handy eingegangen.

Internationale und nationale Gremien prüfen in regelmäßigen Abständen den aktuellen Stand der Wissenschaft. Dabei werden alle vorliegenden Forschungsergebnisse mit einbezogen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft gibt es bei Einhaltung der gesetzlich festgelegten Grenzwerte keine Gesundheitsgefährdung, so die Publikation.

Messungen sind rechtlich nicht vorgeschrieben. Sie helfen jedoch, emotional geführte Auseinandersetzungen zu objektivieren und auf Ängste sich betroffenen fühlender Menschen einzugehen. Die Messungen sollten dabei von anerkannten Messbüros durchgeführt werden. Eine Liste der Messstellen hat das Bayerische Landesamt für Umwelt zusammengestellt. Im Mobilfunkpakt Bayern ist ein Förderprogramm zur Messung elektromagnetischer Felder verankert (FEE-Projekt). Kommunen erhalten dabei Zuschüsse für örtliche Messungen von Mobilfunkstrahlung. Förderanträge können über die zuständige Regierung gestellt werden. Seit dem 1. 1. 2005 müssen die Kommunen nur noch 10 % der anfallenden Kosten selbst tragen. Zusätzlich werden mit dem Messprogramm des Bayerischen Landesamts für Umwelt („EMF-Monitoring“) bayernweit Messungen vorgenommen und veröffentlicht. Diese Messreihen werden in regelmäßigen Abständen wiederholt und ausgewertet.

„Für den optimalen Standort in einer Gemeinde gibt es kein Patentrezept“, stellt das Umweltministerium fest. Die im Folgenden zusammengestellten Beispiele könnten jedoch eine Hilfestellung für Transparenz und Nachvollziehbarkeit einer gemeindeinternen Meinungsbildung liefern.

Strahlenminimierung

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten der Strahlenminimierung: entweder man verringert den Spitzenwert (die so genannten lokalen Immissionsspitzen) in einem bestimmten Bereich oder man senkt den Mittelwert der Strahlung (die mittlere Immission) einer Mobilfunkbasisstation. Gleichzeitig sollte die Sendeleistung durch das Handy im Netzbetrieb so gering wie möglich gehalten werden. Funksignale zwischen Sender und Empfänger können sich auf verschiedenen Wegen ausbreiten, weshalb die Entfernung zu einer Mobilfunkbasisstation allein kein gutes Maß für die Stärke der elektromagnetischen Felder darstellt.

Eine Versorgung durch einen Standort im Außenbereich ist nur für kleinere Kommunen möglich. Bei größeren Kommunen reicht dann gerade im Ortszentrum die Netzabdeckung nicht mehr aus. Bei einer Versorgung von einem weit entfernten Standort ist außerdem oft der Empfang schlecht und das Handy regelt auf Maximalleistung hoch.

Der horizontale Abstand zwischen Mobilfunkbasisstation und bestimmten Einrichtungen allein garantiert noch keine Minimierung am Messpunkt: Durch so genannte Nebenkeulen und Reflexionen können lokale kaum vorhersagbare Immissionsspitzen auf-

treten. So ist es möglich, dass z. B. bei einer Entfernung von 100 Metern zu einem Mobilfunksender 1 % vom Grenzwert erreicht werden, in 250 Meter Entfernung dagegen über 5 %. In Städten können großzügig gewählte Freihalte-

bereiche den Aufbau eines Mobilfunknetzes unmöglich machen. Niedrige Feldstärken in Gebäuden sind zu erwarten, wenn Antennen auf diese Gebäude gestellt werden, statt in unmittelbarer Nähe. Messungen bei Schulgebäuden oder Krankenhäusern, auf denen eine Mobilfunkantenne installiert sind, zeigen, dass in den Gebäuden und im nahen Umkreis die Immissionswerte sehr niedrig sind.

Allerdings führen Akzeptanzprobleme oft dazu, dass diese Variante nicht genutzt wird. Die Möglichkeit, den Nahbereichsschatten auszunutzen, ist jedoch von der Antennenhöhe abhängig. Auf ei-

ner relativ niedrigen Kindergarten z. B. beträgt die Montagehöhe der Antennen nur etwa 15 Meter; so kann sich der Nahbereichsschatten der Anlage noch nicht optimal ausbilden. Daher werden im Außenbereich des Kindergartens zwar punktuell niedrigere Immissionen erzeugt, als es beim alternativen Standort in ca. 150 Meter Entfernung der Fall wäre; doch treten an manchen Stellen auch größere Werte auf. Daher wird eine Einzelfallprüfung empfohlen.

Ein Standort, der durch Verwendung kleiner Antennen und niedriger Montage in größerer Entfernung kaum sichtbar ist, wird oft leichter akzeptiert als ein Standort, der deutlich über die Umgebungshöhe hinausragt. Eine größere Montagehöhe der Mobilfunkantennen verringert jedoch die Immissionsspitzen und vor allem im Nahbereich auch die mittlere Immission in Bodennähe. Zusätzlich kann eine homogenere Immissionsverteilung erzielt werden. In der Ferne kann wegen der besseren freien Ausbreitung der Strahlung die dort vorhandene geringe Immission etwas zunehmen. Bei bestehenden niedrigen Standorten ist eine Erhöhung oft sinnvoll.

Maßgeschneiderte Lösungen

Die Konzentration mehrerer Mobilfunkbasisstationen an einem Standort kann sinnvoll sein, wenn der Standort entweder weit von Wohngebieten entfernt ist oder wenn bei Standorten innerhalb von Wohngebieten die Antennen deutlich höher als die umgebende Bebauung montiert werden. Eine Konzentration kann auch günstig sein, wenn kaum andere zentrale höhere Standorte zur Verfügung stehen. Zum einen wird eine Konzentration von Standorten oft gefordert, um einen „Antennenwald“ zu verhindern. Daher wurde eine möglichst gemeinsame Nutzung von

Standorten auch in den Mobilfunkpakt aufgenommen. Zum anderen kann eine starke Konzentration von Antennen auch bedrohlich wirken und damit zu Akzeptanzproblemen führen. Hier spielt also die Kommunikation mit den Bürgern und ihre Information eine wichtige Rolle.

Ausschlaggebend für eine gute Verbindungsqualität ist eine mögliche direkte Verbindung zwischen Handy und Antenne. Eine fehlende Sichtverbindung führt in der Regel zu deutlich geringeren Immissionen als eine bestehende Sichtverbindung. Grund dafür ist, dass dann auch der Strahlengang von der Antenne den betreffenden Standort nur indirekt erreicht (z. B. über Beugung oder Brechung). Folglich ist es sinnvoll zu prüfen, ob Standortalternativen existieren, die zu bestimmten Bereichen nur eingeschränkt oder gar keine Sichtverbindung besitzen. Allerdings (Fortsetzung auf Seite 6)



Ein Stück Bayern

Wir haben Tradition: Die Qualität unserer Energieversorgung ist aus der Erfahrung von über 100 Jahren Stromgeschichte in Bayern gewachsen.

www.eon-bayern.com

e.on | Bayern

Büroergonomie:

Die neue Bewegungsfreiheit

Mit dem innovativen duo-back balance interpretieren Rohde & Grahl und der vielfach ausgezeichnete Designer Martin Ballendat das seit Jahren bewährte, einzigartige duo-back-Konzept vollkommen neu – und definieren damit einmal mehr den Maßstab für ergonomisches Sitzen. Nach seinem starken Premierenauftreten auf der ORGATEC 2008 hat sich der in Funktionalität, Engineering und Design überzeugende duo-back balance bereits heute als moderner Klassiker etabliert.

Herkömmliche Bürostühle schränken häufig die natürliche Beweglichkeit von Rücken und Wirbelsäule ein. Aufgrund des innovativen Konstruktionsprinzips der Rückenlehnenflügel und der komplett neu entwickelten Synchronmechanik passt sich der duo-back balance aktiv jeder Bewegung des Oberkörpers nicht nur nach vorne und hinten, sondern auch zu beiden Seiten und in der Längsachse an. Unabhängig von der Sitzposition behält der Rücken ständig Kontakt zur Lehne – sämtliche Bereiche der Wirbelsäule werden wirkungsvoll entlastet; die natürliche Stoßdämpferfunktion der Bandscheiben wird begünstigt. Der einzigartige Balance-Effekt unterstützt und trainiert das komplexe System von Rückenmuskulatur, Wirbelsäule, Kreuz- und Steißbein, Bändern und Bandscheiben

und sorgt für ermüdungsfreies, dynamisches Sitzen. So lassen sich jetzt Fehlbelastungen und Verspannungen vor allem im Lendenwirbelbereich wirkungsvoll vermeiden – und durch die verbesserte Versorgung der Bandscheiben mit Flüssigkeit und Nährstoffen bleiben sie elastischer und vitaler. Damit kann der gefürchteten Chronifizierung von Rückenschmerzen effizient vorgebeugt werden.

Den Unterschied spüren

Mit dem duo-back-Konzept setzen Rohde & Grahl seit mehr als zwanzig Jahren weltweit Standards in Sachen rückengerechtes, dynamisches Sitzen. Das Prinzip der zweifach geteilten flexiblen Rückenlehne ist in Europa, USA und Fernost mittlerweile zum Inbegriff für funktionsorientiertes



Bequem sitzen im Büro durch eine zweigeteilte Rückenlehne. □

Design und Ergonomie im Büro-stuhlbereich geworden. Nur nahe liegend daher, dass auch Rücken-schulen, Orthopäden und Krankenkassen das duo-back-Konzept nachdrücklich empfehlen. Der Balance-Effekt ist patentgeschützt und erfüllt die Ergonomie-Richtlinien NPR 1813 und DIN EN 1335.

Entspannte Kommunikation

Der duo-back balance präsentiert nicht nur ein revolutionäres Funktionsprinzip, sondern begeistert ebenso durch sein anspruchsvolles, gradliniges Design. Dadurch fügt er sich harmonisch in die gehobene Büroumge-

bung ein. Die duo-back balance-Produktfamilie wird abgerundet durch den hochwertigen Besucherstuhl. In Linienführung und Materialität harmonisiert der zeitlos-klassische Freischwinger perfekt mit dem duo-back balance-Drehstuhl. Auch das Design der ebenfalls zweifach geteilten Rückenlehne greift nicht lediglich die moderne Formsprache auf, sondern unterstützt darüber hinaus – ähnlich wie der Balance-Effekt – ergonomisches, aktives Sitzen. So werden auch längere Besprechungen, Konferenzen und Meetings für alle Teilnehmer zum ganz entspannten Kommunikationsereignis.

Weitere Informationen unter: www.duobackbalance.com □

Initiative der Gemeinde Weiding:

Schnelles Internet startet im April 2010

Unlängst besuchte ein Fernsehteam des Bayerischen Rundfunks die Gemeinde Weiding. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Gemeinde Weiding hat das Problem der fehlenden Breitbandversorgung selbst in die Hand genommen. Dieses Engagement der Gemeinde Weiding ist mittlerweile schon weit über die Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinaus bekannt geworden. In vielen Radio- und Fernsehsendungen wurde diesbezüglich schon ausführlich und umfassend berichtet.

Das professionelle Team der Abendschau drehte an verschiedenen Plätzen in der Gemeinde, sowohl im Rathaus als auch bei einigen Gewerbetreibenden, die ebenfalls auf ein schnelles Internet hoffen. Einige kurze Interviews runden den Filmbeitrag ab, der in der Abendschau des Bayerischen Fernsehens zu sehen war.

Dazu trafen sich neben dem BR aus München die Firma Walter

Bauer aus Chamerau, Siegfried Schollerer aus Traitsching, Wirtschaftsreferent Klaus Schedlbauer vom Landratsamt Cham sowie Herr Hubert Heinle von der Firma smart-DSL im Sitzungssaal des Rathauses Weiding, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Infrastrukturinvestitionen

In den vergangenen 14 Tagen wurden in den Ortschaften Wei-



Wirtschaftsreferent Klaus Schedlbauer, Bürgermeister Karl Holmeier, Hubert Heinle, Siegfried Schollerer und Walter Bauer (von links) klärten weitere Einzelheiten in Sachen DSL-Projekt der Gemeinde Weiding. □

ding und Dalking die Leerrohre für die künftigen Glasfaserleitungen verlegt. Dank des stabilen Wetters konnte die Firma Bauer diese Grabarbeiten in einer Rekordzeit über die Bühne bringen. In den nächsten Wochen werden nun die neuen

Glasfaserstränge in die Leerrohre eingezogen und miteinander verbunden. Nachdem dann Anfang nächsten Jahres auch die neue Richtfunkstrecke nach Cham aufgebaut sein wird, steht dem Start im April 2010 nichts mehr im Wege. Daniel Paul

Web 2.0 im Schulalltag:

Wissen sammeln und vermehren mit dem Schul-Wiki

Immer mehr Schulen nutzen gezielt Web 2.0 Technologien wie Wikis und Weblogs, um die interne Kommunikation zu fördern. Die Gewerbliche Schule für Holztechnik Stuttgart (GHZ) setzt bereits seit einiger Zeit auf ein Schul-Wiki, um Wissen zusammenzutragen und das Kollegium aktiv an der Schulentwicklung zu beteiligen. Um auch anderen Schulen diese Möglichkeit zu bieten, stellt die GHZ das Wiki nun gemeinsam mit dem Freiburger Softwarehersteller United Planet kostenlos zur Verfügung.

Die Gewerbliche Schule für Holztechnik Stuttgart ist Modellschule des Kultusministeriums Baden-Württemberg im Projekt „Operativ Eigenständige Schule“ (OES). Dieses Projekt zielt

auf die Entwicklung eines effizienten Qualitätsmanagement-Konzepts für die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung und Entwicklung der

Unterrichts- und Schulqualität.

Zur systematischen Professionalisierung der schulischen Abläufe erstellte die Schule 2007 ein Intranet mit der plattformunabhängigen Portalsoftware Intra-xx des Freiburger Softwareunternehmens United Planet. Mit diesem Portal war es der Schule innerhalb kurzer Zeit möglich, die interne Kommunikation zu fördern und durch den fachbezogenen Austausch von Informationen und Materialien die Vor-

bereitung des Unterrichts zu erleichtern. „Mit Hilfe des Intranets ist es uns gelungen, unsere Vorstellungen von optimaler Organisation zu realisieren. Die schnellen Informations- und Kommunikationswege des Portals vereinfachen die tägliche Arbeit und verringern Kosten und Zeitaufwand“, erläutert Schulleiterin Birgit Scholze-Thole die Vorzüge der Portalallösung.

Multifunktionalität

Ein wichtiger Bestandteil des Intranets ist das „Schul-Wiki“, in das jeder Lehrer eigene Beiträge einstellen kann. Die Themen sind dabei frei wählbar. Beispielsweise kann die Schulleitung hier das richtige Verhalten im Brandfall oder das Verfahren bei der Einschulung erläutern. Genauso ist es möglich, dass ein Lehrer Informationen zu einem Schülerprojekt in das Wiki einstellt. An jeden Beitrag können zudem unterstützende Dokumente und Materialien angehängt werden. Auf diese Weise ist es möglich, Wissen dauerhaft zu sammeln und das gesamte Kollegium aktiv in den Prozess der nachhaltigen Schulentwicklung mit einzubeziehen. Erst durch diese Verteilung des schulischen Informationsmana-

Neue Lohnzettel für 9,5 Millionen Arbeitnehmer

DATEV-Gehaltsabrechnungen erhalten neues Aussehen

Sie wird jeden Monat von Millionen von Arbeitnehmern in Deutschland fast sehnsüchtig erwartet – die Lohn- und Gehaltsabrechnung ihres Arbeitgebers. Für mehr als 9,5 Millionen von ihnen bekommt sie zum Jahreswechsel 2009/2010 ein verändertes Aussehen.

Die DATEV eG, einer der wichtigsten Anbieter für Lohnabrechnungs-Software, hat die entsprechende Bescheinigung überarbeitet, um für zukünftige gesetzliche Anforderungen gewappnet zu sein und ein moderneres Layout zu schaffen. Außerdem kommt der IT-Dienstleister dem Wunsch vieler Arbeitgeber nach, die die Möglichkeit haben möchten, über die Lohnabrechnung ihren Mitarbeitern zusätzliche Nachrichten und Informationen übermitteln zu können – von Weihnachtsgrüßen für die gesamte Belegschaft bis zu individuellen Angaben über die Arbeitgeber-Gesamtkosten, die sich aus der jeweiligen Abrechnung ergeben.

das Internet abrufen wollen. Auf der kommenden CeBIT (02. - 06. März 2010) wird das Nürnberger Unternehmen ein Szenario vorstellen, bei dem sich die Arbeitnehmer mit dem elektronischen Personalausweis (ePA) online authentifizieren und dann ihre Lohn- und Gehaltsabrechnungen über das Internet einsehen und herunterladen können. Im Rahmen eines Pilotprojekts wird dieses Verfahren zurzeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium (BMI) und weiteren Diensteanbietern überprüft und getestet. Der elektronische Personalausweis wird den BMI-Planungen zufolge von November 2010 an ausgeben.

Internetabrufbarkeit

Die meisten der mit DATEV-Software erstellten Lohn- und Gehaltsabrechnungen werden über das Nürnberger Rechenzentrum des IT-Dienstleisters verarbeitet und über sein Druck- und Versandzentrum ausgedruckt und versandt. DATEV bereitet sich allerdings auch darauf vor, dass mittelfristig viele Arbeitnehmer ihre Abrechnungen über

Übersichtlichkeit

Für die wichtigste Information auf der Abrechnung wird sich übrigens nichts ändern: Den Auszahlungsbetrag finden Arbeitnehmer auf dem DATEV-Lohnabrechnungsfeld ausgedruckt und über sein Druck- und Versandzentrum ausgedruckt und versandt. DATEV bereitet sich allerdings auch darauf vor, dass mittelfristig viele Arbeitnehmer ihre Abrechnungen über

Weitere Informationen unter: www.datev.de/bruttonetto □

Mit Hochgeschwindigkeit ins Internet:

Bamberg stellt Breitband-Studie vor

„Mal schnell“ im Internet etwas suchen oder „mal schnell“ seine E-Mails checken, das ist für alle, die in Städten wohnen, kein Problem. Wer allerdings in den ländlichen Teilen Bayerns lebt, kommt oftmals nicht so einfach in den Genuss des World Wide Webs.

Um herauszufinden, wie die Breitbandversorgung im Landkreis Bamberg langfristig verbessert werden kann, hatte die Wirtschaftsförderung des Landkreises Bamberg im Sommer 2009 die Firma IK-T aus Regensburg mit der Erstellung einer übergeordneten Grobnetzplanung für eine Breitbandversorgung beauftragt.

Inhalt des Projekts war ein strategischer Ansatz, wie die Gemeinden und die Unternehmen im Landkreis Bamberg langfristig, zukunftsfähig und kostengünstig mit Glasfaser versorgt werden können. Die Studie zeigt die vorhandene Infrastruktur und schafft die Planungsgrundlage für eine moderne Breitbandanbindung. □

gemeints auf viele Schultern ist eine nachhaltige Schulentwicklung in diesem Bereich möglich.

Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch

Das Schul-Wiki erleichtert die Arbeit der Lehrer ungemein, da sie nun bei Bedarf jederzeit auf die Erfahrungen ihrer Kollegen zurückgreifen können. War es früher sehr aufwändig einen Ausflug zu organisieren, wenn das Sekretariat geschlossen und gerade keiner der erfahrenen Kollegen zu erreichen war, so stellt dies mit Hilfe des Wikis heute kein großes Problem mehr dar. Gibt der Rat suchende Lehrer den Begriff „Exkursion“ in

die Suche des Wikis ein, erscheint augenblicklich der Beitrag „Ausflug“ mit der Verfahrensbeschreibung und allen notwendigen Formularen zum Download. Die Entwicklungsgeschichte eines Beitrags bleibt jederzeit nachvollziehbar, da Beiträge und Dokumente getrennt voneinander automatisch eine ID erhalten, welche die Revisionsicherheit gewährleistet.

Damit auch andere Schulen von den Vorteilen des Schul-Wikis profitieren können, stellen die GHZ und United Planet das Schul-Wiki sowie eine anschauliche Bedienungsanleitung der Anwendung unter der Adresse www.intra-xx.com/schul-wiki kostenlos zum Download bereit. □

Patentrezepte...

(Fortsetzung von Seite 5) erhöht sich dann die Abstrahlung der Handys.

Bei der Standortsuche sollte immer beachtet werden, dass man für eine Minimierung der Strahlung das Gesamtsystem Mobilfunksender/Handy betrachten muss: Je schlechter der Empfang, desto höher wird die Strahlenbelastung für den Nutzer durch sein Handy. Die Immissionen einer Mobilfunkbasisstation im Dauerbetrieb liegen selbst in besonders exponierten Bereichen meist unter einem Prozent des Grenzwerts der Verordnung für elektromagnetische Felder. Die Immission am Kopf des Handy-

nutzers kann jedoch bei schlechtem Empfang je nach Gerätetyp fast den zulässigen Maximalwert erreichen.

Fazit: Jede Lösung birgt Vor- und Nachteile und muss individuell für den einzelnen Standort erarbeitet werden. Bevor aufwändige Minimierungsmaßnahmen geplant und eventuell hohe Investitionen in Kauf genommen werden, sollte ein Fachmann hinzugezogen werden, so das Umweltministerium. Der Netzausbau sei ein kontinuierlicher Prozess. Daher könnten sich Veränderungen bei der Optimierung ergeben, die dann wieder neu diskutiert werden müssen. DK

duo-back balance®
Die neue Bewegungsfreiheit.

duo-back balance® – die Weiterentwicklung des international erfolgreichen duo back®-Prinzips – erhöht den individuellen Bewegungsfreiraum und bietet ein unvergleichlich komfortables und entspanntes Sitzgefühl.

duo-back balance® Familie!
Die zeitgemäße Form für ergonomisches Sitzen.

rohde & GRAHL
working well

ROHDE & GRAHL GmbH · 31595 Steyerberg / Voigtei · www.rohde-grahl.com MEMBER OF THE ROHDE GROUP

Finanzstaatssekretär Pschierer zu eGovernment:

Kommunen als Schlüssel zum Erfolg

„Städten und Gemeinden kommt eine Schlüsselfunktion für den Erfolg von eGovernment zu! Die Kommunen stehen im unmittelbaren Kontakt mit Bürgern und Unternehmen und ein großer Teil der Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung wird im kommunalen Umfeld abgewickelt“, hob Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer als IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung bei der Unterzeichnung des neuen eGovernment-Pakts zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden in München hervor.

Ziel der neuen Vereinbarung ist es, durch eGovernment die Leistungen der öffentlichen Verwaltung noch weiter zu verbessern. Als Ergänzung des Angebots vor Ort und als Serviceerweiterung wollen Staat und Kommunen den Bürgern und der Wirtschaft einen orts-, zeit- und personenunabhängigen Zugang zu den Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung bieten und das Verwaltungs-

handeln transparenter machen. „Bei der Umsetzung aller eGovernment-Maßnahmen müssen IT-Sicherheit, Datenschutz und Barrierefreiheit im Mittelpunkt stehen“, betonte Pschierer.

Bewährte IT-Zusammenarbeit

Die Aufgabe des Staates, im Rahmen der staatlichen IT-Steuerung auch kommunale Be-

lange zu berücksichtigen, wurde ausdrücklich in die Vereinbarung aufgenommen.

Der neue eGovernment-Pakt knüpft an eine Vereinbarung des Freistaats und der kommunalen Spitzenverbände aus dem Jahr 2002 an. Schon auf der Grundlage dieser ersten Vereinbarung konnten in den letzten Jahren eine Reihe gemeinsamer Ziele umgesetzt werden, darunter auch die Einrichtung des Bayerischen Behördenwegweisers. „Die IT-Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und den Kommunen hat sich bewährt“, betonte Pschierer. Da sich die technischen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen seit dem Jahr 2002 jedoch stark verändert haben, wurde die gemeinsame eGovernment-Initiative nun auf eine neue Grundlage gestellt. Pschierer: „Der Dialog zwischen Staat und Kommunen im Bereich des eGovernment kann je nach Bedarf auch zu einem Dialog mit den Unternehmen erweitert werden.“ □

Service- und Standortqualität:

Handlungsfelder für „Smarte Kommunen“

Wie sich Städte, Gemeinden und Kreise mit mehr Servicequalität im Standortwettbewerb differenzieren können, stellt IBM im Whitepaper ‚Smarte Kommunen‘ vor. Das Whitepaper beschreibt vier Handlungsfelder, die den Weg zu einer modernen, bürgerorientierten Kommune weisen sollen. Im Vordergrund stehen eine Bestandsaufnahme der Herausforderungen sowie Lösungen und Beispiele, die zeigen, wie ein umfassender Wandel der Kommune zu einem smarten Lebensraum für Bürgerinnen und Bürger und einem attraktiven Wirtschaftsstandort für Unternehmen aussehen kann.

Mit dem Whitepaper ‚Smarte Kommunen‘ zeigt IBM einen ganzheitlichen Ansatz für mehr Service- und Standortqualität auf. In über 20 Expertenbeiträgen stellt das Unternehmen vier Handlungsfelder vor: ‚Professionelle Kundenschnittstelle‘, ‚Intelligente Prozesse‘, ‚Effiziente Service-Center‘ sowie ‚Nachhaltiger Ressourceneinsatz‘.

„Smarte Kommunen“ fokussiert Herausforderungen, Lösungen und Beispiele, die über eine reine Prozessoptimierung hinausgehen und einen grundlegenden Wandel durch strukturelle Änderungen zu Grunde legen.

Professionelle Kundenschnittstelle

Moderne Kundenschnittstellen in der Kommunalverwaltung erleichtern Bürgern den Zugang zu Verwaltungen, Ämtern und Behörden: Die sichere Aufbewahrung digitaler Daten und Dokumente und deren Einbindung in kommunale Geschäftsprozesse wird durch einen virtuellen Safe für Bürger möglich. Fortschrittliche Bürgerbüros mit qualitativ

hochwertigen Dienstleistungen und schnellen Alternativen zum persönlichen Kundenkontakt durch Kiosksysteme vereinfachen die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung.

Intelligente Prozesse

Smarte Prozesse erweitern das Serviceangebot von Kommunen und unterstützen Bürger in verschiedensten Lebenslagen. Als bürgerorientierte Dienstleister fördern Kommunalverwaltungen lebenslanges Lernen, treiben durch die Vernetzung des Gesundheitswesens eine aktive Versorgungs- und Präventionspolitik voran oder reduzieren mit intelligenten Systemen das Verkehrsaufkommen.

Effiziente Service-Center

Die Einführung von verwal- tungübergreifend agierenden Dienstleistungszentren ist der nächste Schritt zu einer modernen Verwaltungsorganisation. Als Shared Service, der schriftliche Kommunikationsprozesse mit Bürgern beschleunigt, wird

die elektronische Verarbeitung von Schriftgut in einem integrierten und ganzheitlichen Ende-zu-Ende-Prozess von Fachämtern und Geschäftsbereichen angeboten. Effizienzsteigerungen versprechen auch öffentlich-private Partnerschaften wie das englische Joint Venture ‚Southwest One‘, das den Kundenservice und die Unterstützungsprozesse von Verwaltungseinheiten bündelt und zugleich die Front- und Back-Office-Prozesse transformiert.

Nachhaltiger Ressourceneinsatz

Die Ressourcen einer Kommune müssen zielgerichtet eingesetzt, flexibel gesteuert, nachhaltig entwickelt und schonend genutzt werden. Die Steuerung einer komplexen Organisation wie die Kommunalverwaltung erleichtert ein auf Business-Intelligence gestütztes Führungsinformationssystem, das Daten aus unterschiedlichen Quellen je nach fachlichem Bedarf aufbereitet und in Führungscockpits bereitstellt. Mit einem individuellen Qualifikationsprogramm begegnen smarte Kommunen den steigenden Anforderungen an ihre Mitarbeiter und erhöhen die Flexibilität des Personaleinsatzes.

Das IBM Whitepaper kann nach vorheriger Registrierung im Internet unter der Adresse <http://www-05.ibm.com/de/public/literature/index.html> als PDF heruntergeladen werden. □

AKDB-Geschäftsfelder vom TÜV zertifiziert

Alle Jahre wieder: Auch in diesem Jahr setzt sich die AKDB-Qualität durch! Entwicklung und Kundenservice in den entwickelnden Geschäftsfeldern der AKDB wurden wieder gemeinsam nach einem TÜV-Audit zur ISO 9001:2008 zertifiziert.

Fazit des TÜV-Auditors: Der AKDB wurde ein „gut funktionierendes und wirksames Managementsystem, das die Anforderungen der Norm [...] erfüllt und von den Mitarbeitern beachtet wird. [...] bestätigt. Es traten keine Abweichungen auf.“ Der Auditbericht vermerkt außerdem,

dass sich das QM-System im Kundenservice in Anbetracht der noch kurzen Laufzeit schon sehr gut etabliert hat und die Kundenorientierung durch Stärkung der Hotline im Kundenservice (Prioritätsverschiebung, Toolunterstützung, neue Telefonie) nochmals verbessert wurde.

Die AKDB freut sich über diese Zertifizierung. Die dokumentierte Erfüllung des bewährten Qualitätsstandards durch die anerkannte Instanz schafft bei Kunden, Partnern und Mitarbeitern ein hohes Maß an Transparenz und Vertrauen. Gleichzeitig ist die AKDB ständig bestrebt, die Prozessoptimierung voran zu treiben, um dieses ausgezeichnete Ergebnis beim nächsten TÜV Audit zu bestätigen und noch zu übertreffen. □

Neues Behörden-Kommunikationsnetz in Bayern:

Meilenstein in der Verwaltungsmodernisierung

„Durch eine gezielte Ausschreibung konnten 45 Prozent der Kosten eingespart werden. Die leistungsfähigere Vernetzung der Behörden mit höheren Bandbreiten wird den weiteren Ausbau von eGovernment fördern und die Zentralisierung des IT-Betriebs im Flächenstaat Bayern vorantreiben!“, kündigte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, bei seinem Besuch auf der Fachmesse „Moderner Staat“ in Berlin an: „Die Steigerung der Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit bringt einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der elektronischen Verwaltungsleistungen zum Vorteil der Bürger und der Wirtschaft.“

Im Rahmen einer Besprechung mit Entscheidungsträgern von Bund, Ländern und Kommunen demonstrierte Pschierer auf dem Messestand des Bayerischen IT-Beauftragten im sog. „Länderareal“ den konsequenten Kurs der IT-Unterstützung der bayerischen Verwaltung am Beispiel der Neuausschreibung des Bayerischen Behörden-Kommunikationsnetzes: „Technische Basis und elementares Rückgrat einer modernen Verwaltung und eines kundenorientierten eGovernment sind zuverlässige und leistungsfähige Netze zur Über-

mittlung von Sprache und Daten sowie zur multimedialen Kommunikation.“

Sicherheitsbedürfnis

Pschierer dankte den Mitarbeitern aus Innen- und Finanzministerium, die das Vergabeverfahren durchgeführt haben, für ihre engagierte Arbeit, die dem Freistaat auch erhebliche Kosteneinsparungen bringe. Der bayerische IT-Beauftragte hob die Notwendigkeit hervor, bei jeder technischen Modernisierung den Fokus auf die Erfüllung der

berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bürger zu setzen: „Mit einer durchgängigen Leitungsver-schlüsselung im Netz und der Absicherung des IT-Betriebs in hochsicheren, zentralen Standorten erfüllen wir die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse unserer Bevölkerung in besonderem Maße.“

Green IT als neue Herausforderung

Angesichts des mit zunehmendem Technikeinsatz ständig anwachsenden Energieverbrauchs gelte es, sich im globalen Interesse auch der Herausforderung „Green IT“ zu stellen. „Durch die Konsolidierung von Servern in einem zentralen Rechenzentrum, durch den Einsatz von Virtualisierungstechniken sowie durch Optimierung der Kühlsysteme“ lasse sich dieser Herausforderung wirksam entgegen-treten, so Pschierer. □

Einführung des elektronischen Personalausweises zum 1. November 2010

Mit dem Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis sowie Änderung weiterer Vorschriften vom 18.06.2009 (BGBl I S. 1346) wird zum 01.11.2010 der neue Personalausweis eingeführt.

Das Gesetz bringt zahlreiche Änderungen, beginnend mit der Größe des Personalausweises bis hin zu dessen neuen elektronischen Funktionen. Der neue Personalausweis wird im Scheckkartenformat ausgegeben. Er enthält einen Chip, der drei neue Funktionen bietet: Speicherung biometrischer Daten, den elektronischen Identitätsnachweis und die qualifizierte elektronische Signatur. Diese Änderungen haben auch

Auswirkungen auf die Abläufe in den Personalausweisbehörden.

Frühzeitige Information

Mittels umfassender und zeitnaher Information über die technischen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen möchte das Bundesministerium des Innern die Umstellung auf das neue Verfahren erleichtern.

Weitere Informationen sowie

den ersten Newsletter über die Anforderungen, die der neue Personalausweis an die Hard- und Softwareausstattung der Arbeitsplätze in den Personalausweisbehörden stellt, finden sich im Mitgliederservice des Gemeindetags unter der Adresse www.bay-gemeindetag.de/mitgliederservice/fachinformationen_referate/referat_11/epass/epass.htm und beim Bundesministerium des Innern unter der Adresse www.bmi.bund.de/cln_095/DE/Themen/Sicherheit/PaesseAusweise/ePersonalausweis/ePersonalausweis_node.html □

AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Joachim Popp
Leiter des Geschäftsfelds
Grundstückswesen/Bau/GIS/FMS
der AKDB



Gebäude-
management

OK.FMS. Mehr wissen. Weniger zahlen.

Verbessern Sie die Verwaltung und Bewirtschaftung Ihrer Gebäude mit der Standardsoftware für kommunales Facility Management, mit OK.FMS. Sie verbindet infrastrukturelle, technische und kaufmännische Gebäudeinformationen: praxisnah durch die intelligente Verbindung von CAD-Grafik und Datenbank, modern durch die mobile Gebäudedatenerfassung. Mit OK.FMS steigt die Datensicherheit, wächst die Informations- und Prozessqualität, sinken Zeitaufwand und Bewirtschaftungskosten.

Nutzen Sie für Ihr kommunales Facility Management die leistungsstarke und hochflexible Software OK.FMS. Für mehr Wirtschaftlichkeit. Sprechen Sie mit uns: Telefon 089-5903-0.

www.akdb.de



BAU/GIS/FMS

Software, die dem Menschen dient!

Garten und Freiräume:

Im Schatten der Baudenkmäler

In der Bayerischen Denkmalliste sind 120.000 Baudenkmäler sowie rund 900 Ensembles verzeichnet. Maßnahmen an den Baudenkmälern müssen von den Unteren Denkmalschutzbehörden der Landratsämter und kreisfreien Städte genehmigt werden. Die Denkmalschutzbehörden holen im Rahmen des Genehmigungs-/Erlaubnisverfahrens hierzu die Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege als Denkmalfachbehörde ein.

Bauliche Anlagen oder Teile davon, die aus vergangener Zeit stammen und deren Erhalt wegen ihrer geschichtlichen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit liegt, stehen gemäß Art. 1(1) Denkmalschutzgesetz (DSchG) unter Schutz. Eine Mehrheit von baulichen Anla-

gen der Stadt mit zeitgemäßer Architektur. Der Erhalt der Baudenkmäler und historischen Orts- und Stadtkerne zählt sich wirtschaftlich aus, bedenkt man den Einfluss auf Tourismus und Stadtmarketing. Nach Deutschland, sehr gerne nach Bayern, kommen Besucher aus der ganzen Welt und bewundern Schlösser und Klöster, Städte und Dörfer.



Im Jahr 2007 wurde der Innenhof des Klosters Weyarn den aktuellen Bedürfnissen angepasst, wobei die Würde des Ortes sensibel gewahrt blieb.

gen, kann gemäß Art 1(3) DSchG als sogenanntes Ensemble ebenfalls zu den Baudenkmälern gezählt werden. Neben Gebäuden kann ein Ensemble auch dessen prägende Freiräume wie z. B.: Gärten, Höfe und Straßen umfassen. Die Gestaltung von Belägen, Möblierung, Bepflanzung, Beleuchtung etc. kann für das Erscheinungsbild eines Ensembles wesentlich und so Gegenstand der Denkmalpflege sein.

Prägung durch historische Anlagen

Bauten und Freiräume ergeben bestenfalls immer ein Ganzes, d. h. ein gutes Ensemble, ein stimmiges Dorf, eine gewachsene Stadt, ein schönes Land. Viele Städte, Dörfer und Landschaftsbilder werden durch ihre historischen Anlagen geprägt, oftmals sind sie Ausgangspunkt für das Wachstum

Bedingter Schutz

Zwar können beispielsweise auch Gartenanlagen gemäß Art. 2 (2) Satz 3 Baudenkmäler darstellen. In der Regel besteht aber für Freiräume wie Straßen, Höfe und Plätze in der Umgebung von Denkmalen nur ein bedingter Schutz auf der Basis des Art 6 (2) Satz 2 DSchG der Maßnahmen im sogenannten Nahbereich von Baudenkmälern unter gewissen Voraussetzungen unter die Erlaubnispflicht stellt. Umso mehr ist hier ein verantwortungsbewusster Umgang von privaten und öffentlichen Bauherren, Städteplanern, Landschaftsarchitekten und Architekten gefordert, der nicht obrigkeitlich verordnet werden kann.

Spielraum bewahren

Wir leben in einer Demokratie und jeder Privatmann, jede

Kommune und jede Stadt möchte einen möglichst großen Spielraum für eigene Entscheidungen bewahren. Viele Städte haben Gestaltungskriterien für Neu- und Umgestaltungen in einem Gestaltungskatalog festgelegt – das hat sich bewährt.

Keine Gestaltungsvorgaben

In den Dörfern gibt es in der Regel keine Gestaltungsvorgaben. Entscheidungen werden in letzter Instanz vom Gemeinderat und dem Bürgermeister getroffen.

Planungsabläufe können sehr unterschiedlich sein:

1. Der beauftragte Planer ist gut und kann die Entscheidungsträger überzeugen.
2. Der beauftragte Planer ist gut, kann aber die Entscheidungsträger nicht überzeugen.
3. Der beauftragte Planer ist schlecht und die Entscheidungsträger bemerken es nicht.
4. Der beauftragte Planer, ob gut oder schlecht, erfüllt die vom Entscheidungsträger gewünschten Vorstellungen in jedem Fall.
5. Es wird kein Planer beauftragt.

Ohne Bezug geht es nicht

Wie geht man um mit den Freiräumen in der Umgebung denkmalgeschützter Bauten? Gesetzesänderungen sind langwierig, verschlucken Energie, kosten Unsummen und außerdem – was bringen schließlich zusätzliche Gesetze und Regelungen? Es soll nicht der Historismus gepriesen werden, aber ohne einen Bezug zum vorhandenen, dem denkmalgeschützten Bauwerk, geht es nicht.

Vergangenheit und Gegenwart verbinden

Die Planungsaufgabe heißt - Vergangenheit und Gegenwart verbinden, nicht aber modisch, beliebig, kraftlos und kurzlebig. Es wird an die freiwillige Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Bauherren mit Fachplanern und den Denkmalschutzbehörden appelliert. Bei allem Respekt vor demokratischer Entscheidung, die fachliche Diskussion muss die Richtung vorgeben.

Erfolgreiche Diskussion

Eine Diskussion entsteht dann, wenn unterschiedliche Interessen und Wahrnehmungen aufeinander treffen. Erfolgreich wird sie, wenn die Diskussionspartner sich gegenseitig respektieren und an einem gemeinsamen Ergebnis arbeiten. Am Beispiel eines „Freiraumes“ inmitten von denkmalgeschützten Gebäuden, dem Konventhof der Klosteranlage Weyarn (kein Ensembleschutz) soll dieses kurz beschrieben werden. Aus Sicht des Denkmalpflegers, der hier beratend zur Seite stand, schien hier zunächst eine Bezugnahme auf die barocke Anlage die beste Lösung.

Klosteranlage Weyarn

Der Bauherr wollte einen privaten, stillen Hof, der auch Platz für kirchliche und klösterliche Feste bietet. Die Planerin konnte den Anspruch des Denkmalschutzes nachvollziehen, sah aber die funktionalen Erfordernisse des Bauherren und der Zeit. Die Grundlage der Lösung war eine kunsthistorische Untersuchung der Klosteranlage (Kunsthistoriker Dr. Nadler), hier lag der Schlüssel zur Lösung. Die Gespräche zwischen Planer und Kunsthistoriker, zwischen Planer und Denkmalschutz waren die Voraussetzung für den Entwurf einer Gestaltung, die letztlich von allen Parteien als gelungen empfunden wurde.

Würde des Ortes

Im Konventhof in Weyarn wurden die ehemalige Form des Gartens, die Beete, die Wege, der Brunnenplatz in der Mitte rekonstruiert und im Belag des Hofes mit Kleinsteinpflaster aus Granit wiedergegeben. Das gewählte Natursteinmaterial entspricht der Würde und der Geschichte des Ortes, es kann Jahrhunderte überleben.

Zeitlose Gestaltung

Durch Weitsicht und Offenheit des Bauherrn, durch die Diskussionen mit dem Bayerischen Denkmalamt und dem insgesamt sehr intensiven Planungsprozess konnte ein zeitgemäßer und ebenso zeitloser Konventhof gestaltet werden.

Gärten und Freiräume sind wie das Wasser in unserem Körper, sie halten alles zusammen. Ohne Wasser geht gar nichts.

Hildegard Köster

„Bauindustrie-Express“:

Der Zug muss wieder ins Rollen kommen!

„Das bayerische Schienennetz lebt von der Substanz, die vor sechs Generationen geschaffen wurde – unter König Ludwig IV.“, so Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Zwar habe es seitdem im bayerischen Schienennetz zwei Neubaustrecken gegeben, nämlich die ICE-Schnellbahnstrecken Würzburg-Kassel (1988) und München-Nürnberg (2005). Doch liege und winde sich das Netz wie vor 150 Jahren entwickelt.

Als Beispiele für – leicht und schnell beseitigbare – Mängel des bayerischen Schienennetzes führt Hess an: Eine zu geringe Tragfähigkeit der Schienen zwingt schwere Güterzüge oftmals zu großen Umwegen; dies gelte ebenso für zu enge Tunneln, die einen modernen Gütertransport per Schiene (Container bzw. kombinierter Verkehr) verhindern. Die Folge: langwierige Umwege, größerer Zeitaufwand, höhere Kosten und nicht zuletzt eine unnötig hohe Umweltbelastung. Zu große Steigungen erforderten zwei Lokomotiven als Triebfahrzeuge (Doppeltraktion). Und zu enge Kurvenradien erlauben nicht die heutigen Standards entsprechenden Geschwindigkeiten.

Stille Reserve

Hess beklagt: „Hier dümpelt ein riesiges Immobilien- und Infrastrukturvermögen vor sich hin und verschlammert. Es ist höchste Zeit, diese stille Reserve zu heben und nachhaltig zu ertüchtigen.“ Das, so Hess, ist die Verantwortung heutiger Politik. Das erfordere die systematische Ertüchtigung des gesamten Schienennetzes, insbesondere auch für den ländlichen Raum, die Verknüpfung seiner Mittelzentren, zudem die Schaffung eines neuen Personennahverkehrssystems.

Ein modernes Schienengüterverkehrssystem erfordere die Realisierung einer Güterverkehrsdrehscheibe mit Blick auf Bayerns neue Zentralität im seit Mai 2004 nach Osten erweiterten EU-Binnenmarkt, die Anbindung der Hafen-Hinterlandverkehre von den Adria- und Nordseehäfen und die Wiedervernetzung der durch den ehemaligen Eisernen Vorhang getrennten Regionen über Tschechien und Polen ins Baltikum. Im Schienenpersonenverkehr

brauche Bayern die Anbindung der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke München-Nürnberg an die Rhein-Main-Schiene sowie an die aus Österreich und Frankreich an die bayerischen Grenzen ankommenden Schnellbahnlösungen.

Neben der Verbesserung der Standort- und Wohnqualität Bayerns hätte ein derartiges Schienenausbau-Programm eine enorme Beschäftigungswirkung für die mittelständischen Bauunternehmen und ihre Facharbeiter in ganz Bayern. Hess: „Gerade in Zeiten, da am Bau die Aufträge aus Wirtschaft und Industrie ausbleiben werden, ist das ein gewichtiger Punkt.“ Zwar sei es durchaus zu begrüßen, dass die Deutsche Bahn in Katar Eisenbahnen baut und so laut Bahnchef Grube damit auch Arbeitsplätze in Deutschland sichern will. Aber, so Hess: „Die effektivste Sicherung unserer inländischen Arbeitsplätze ist es allerdings, das deutsche Schienennetz zu sanieren und nachhaltig auf Vordermann zu bringen. Der Eisenbahnbau erfordert nämlich eine besondere Planungs- und Baukompetenz. Diese ist hierzulande sträflich vernachlässigt worden.“

Damit im bayerischen Schienennetz endlich wieder der „Zug ins Rollen komme“ hat der Bayerische Bauindustrieverband umfangreiche Studien zum Zustand und den Verbesserungsmöglichkeiten des bayerischen Schienennetzes erstellen lassen.

Zur Illustration des geschilderten Substanzverkehrs sowie der Verbandsinitiative „Bahn 2030 – Ertüchtigung des bayerischen Schienennetzes“ fuhr der „Bauindustrie-Express“ jüngst von München über Burghausen, Landshut nach Regensburg und zurück nach München. Geladene Gäste aus Politik, Kommunen und betroffener Öffentlichkeit fuhren Eisenbahn.

Bayerischer Bauindustrieverband:

Bilanzierung kommunalen Vermögens...

... ein Fortschritt zur Modernisierung Bayerns

Die Bayerische Bauindustrie setzt sich für eine schnelle flächendeckende Einführung eines bilanzorientierten Rechnungswesens in bayerischen Kommunen ein. Gemeinsam mit der vbw hat der Bayerische Bauindustrieverband die Entstehung des Leitfadens „Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens in Bayern“ unterstützt. Das Praxishandbuch, das Kommunen die Umstellung ihres Finanzmanagements erleichtern soll, wurde auf dem Gemeinschaftsstand der vbw auf der „Kommunale“ in Nürnberg vorgestellt.

„Die Kommunen sind es ihren mündigen - Bürgern schuldig, den Wert des ihnen treuhänderisch anvertrauten öffentlichen Realvermögens transparent auszuweisen“, erklärte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Die altherwürdige, über 450 Jahre alte Kameralistik erlaube diesen Einblick in den Stand des kommunalen Vermögens nicht.

Einäugigkeit

Zudem gaukele diese Einnahmen-Ausgaben-Buchhaltung (Kameralistik) mit ihrer Einäugigkeit den Gemeindeoberen und ihren Bürgern oftmals vor, die Kommunen könnten Leistungen selbst billiger erstellen als die Privatwirtschaft, beklagt Hess. Das hat zur Folge, dass Kommunen ihre wirtschaftliche Tätigkeit über-

mäßig ausweiten. Unter diesem verzerrten Wirtschaftlichkeitsvergleich leidet auch PPP, so Hess. „Daher brauchen die Kommunen dringend ein gutes Rechnungswesen“, das alle Kosten und Verpflichtungen, aber auch alle realen Werte der Kommunen richtig und vollständig erfasst und das mit dem Standard des Rechnungswesens eines Unternehmens vergleichbar ist.“

Der Leitfaden „Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens in Bayern“ zeigt, wie Städte und Gemeinden das kommunale Vermögen inventarisieren, bewerten und in der Bilanz korrekt darstellen müssen. Die Autoren geben anhand vieler Beispiele konkrete Anleitungen und Tipps zu Inventurverfahren, Wertansatz, Vereinfachungsverfahren und Abschreibung. Die Publikation ist jetzt im Haufe Verlag erschienen.

LEW

Lechwerke



NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter www.lew.de oder unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1.

VORWEG GEHEN

Bayerische Landessiedlung:

Qualifizierte Betreuung der Kommunen

Garant für Ideen und durchdachte Konzepte

Als kompetenter Partner für die Kommunal- und Regionalentwicklung, bei der Standortentwicklung und im Wohnungsbau hat sich die Bayerische Landessiedlung GmbH (BLS) über viele Jahre einen exzellenten Ruf erworben. Ihren Kunden - Kommunen, Unternehmen oder Privatpersonen - sichert die Gesellschaft eine ebenso qualifizierte wie engagierte und individuelle Betreuung zu. Die BLS übernimmt alle Leistungen der Projektentwicklung und der Projektrealisierung - vom vorbereitenden Konzept bis zur konkreten örtlichen Umsetzung.

Die Entstehung der Bayerischen Landessiedlung geht noch auf die Zeit der Monarchie zurück. Vor über 90 Jahren - am 4. Juni 1917 - teilte der damalige König, Ludwig III., seinem Staatsminister des Inneren mit, dass er „die Gründung einer Landessiedlungsgesellschaft auf das Wärmste“ begrüße und sich „zum Zeichen seines landesväterlichen Interesses“ bereit erkläre, der Gesellschaft „als Mitglied mit einer Stammeinlage von 10.000 Reichsmark“ beizutreten.

Starke Verankerung im ländlichen Raum

In diesen über 90 Jahren haben sich die Zeiten natürlich geändert, die Aufgaben der Bayerischen Landessiedlung und ihre Rechtsform wechselten. Neue Anforderungen mussten angenommen, viele neue Herausforderungen geschultert und immer neue Ideen geboren werden. Geblieben sind aber bis heute eine starke Verankerung im ländlichen Raum, der Servi-

cegedanke sowie das Engagement für Wohnbau und Gemeindeentwicklung.

Die BLS als Partner der Kommunen verfügt über weit reichende Kompetenzen in der Regional-, Stadt- und Gemeindeentwicklung. Zum Leistungsspektrum zählen unter anderem Stadtsanierung und Dorferneuerung, Bauleitplanung, das Planen und Bauen im Bestand, Konversion/die Revitalisierung von Brachflächen, Regionalentwicklung, Interkommunale Zusammenarbeit, Landschafts- und Freiraumplanung und vieles mehr.

Qualifiziertes Personal

Die Vielfalt der kommunalen Planungs-, Entwicklungs- und Beratungsaufgaben erfordert ein vielseitig qualifiziertes Personal, um die anstehenden Fragestellungen interdisziplinär und umfassend lösen zu können. Damit die zuständigen Kommunalpolitiker und die anderen regionalen Akteure eine offensive Gestaltung des Le-

bens- und Wirtschaftsraumes - mittlerweile oft über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus - wahrnehmen können, sind zunehmend „maßgeschneiderte“ Prozesse und Methoden zur Entscheidungsfindung einerseits und realistische Bewertungen der vorhandenen Potenziale andererseits erforderlich.

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

Bei der Bayerischen Landessiedlung GmbH arbeitet ein Team aus Architekten, Stadtplanern, Landschaftsplanern, Tiefbauingenieuren, Juristen und Immobilienkaufleuten, deren Tätigkeit eine breite Palette an Planungs- und Beratungsleistungen für Städte, Gemeinden und Landkreise sowie eine fundierte Grundlagenarbeit umfasst. Beide Aufgabenbereiche ergänzen sich zur besonderen Qualität in der täglichen Arbeit der Bayerischen Landessiedlung.

Energie und Kommunale Entwicklung

Den Bereich „Energie und Kommunale Entwicklung“ - die zweite große Säule ihrer Geschäftstätigkeit - begreift die

Bayerische Landessiedlung als ein bewährtes Instrument, die Entwicklungsziele und umfassenden Aufgaben in Partnerschaft mit den Kommunen umzusetzen. Oftmals stoßen kommunale Aufgaben und Wünsche auf Grund der nicht gegebenen wirtschaftlichen Machbarkeit oder eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten einer Kommune, eines kommunalen Zweckverbandes oder einer Region an ihre Grenzen. Optimierung heißt hier das Zauberwort - durch ein gewolltes Zusammenspiel von privater Energie, privatem Kapital, privatem Know-how, aber auch privater Initiative mit den Interessen, Aufgaben und Herausforde-

rungen der öffentlichen Hand.

In Partnerschaft mit den betroffenen Kommunen und den Grundstückseigentümern werden individuelle Siedlungsmodelle, Baulandbeschaffungsverfahren und Erschließungsträgerschaften sowohl für attraktive Wohnbaugemeinden als auch für marktgerechte Gewerbeflächen entwickelt und realisiert. Die Bayerische Landessiedlung ist Ansprechpartner für alle Fragen der Öffentlich-Privat-Partnerschaft (ÖPP), für Leasing- und Finanzierungsdienstleistungen.

Immobiliengeschäft

Last but not least verfügt die Bayerische Landessiedlung über umfassende Kompetenzen im Bereich der Immobilienentwicklung und des Bauträgergeschäfts. Bayernweit hat das Unternehmen inzwischen zahlreiche Einfamilienhäuser, Doppel-

erfüllen“, stellte Minister Brunner in seiner Laudatio fest und ergänzte: „Sie haben einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Baukultur in den Dörfern und zur Entwicklung der ländlichen Räume geleistet.“ Denn die Projekte fördern laut Brunner die Innenentwicklung der Dörfer, reduzieren den Flächenverbrauch, stärken die Wirtschaftskraft und helfen mit, Arbeitsplätze zu erhalten.

2.700 Projekte

Die ausgezeichneten Baumaßnahmen waren von einer Fachjury aus insgesamt 2.700 Projekten ausgewählt worden, die in Bayern im Rahmen der Dorferneuerung jährlich durchgeführt und vom Freistaat mit knapp acht Millionen Euro bezuschusst werden. DK

Ausführliche Darstellung

In einer Dokumentation des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums zum Staatspreis 2009 werden die Projekte ausführlich dargestellt. Dabei geht es weniger um die Bau- und Ingenieurtechnik; vielmehr stehen die Kulturgeschichte, die Denkmalpflege und die Bedeutung der Gebäude im Dorf im Vordergrund. Eine besondere Rolle kommt den Bauherren in den Projektdarstellungen zu. Zum einen verdeutlichen die Beiträge deren außerordentliches Engagement bei den Revitalisierungs-, Sanierungs- und Umnutzungsprojekten für neues Leben in alten Gemäuern. Zum anderen vermitteln die Beiträge, in welcher emotionaler Verbundenheit die Bauherren zu ihren Ortsbild prägenden Gebäuden und Denkmälern stehen.

„Mit viel Mut, außerordentlichem Engagement, Zeit und Geld haben Sie es geschafft, alte Gebäude mit neuem Leben zu

und Reihenhäuser sowie Eigentumswohnungen realisiert.

Erfolgreiche Projekte

Als erfolgreiche Projekte der jüngsten Vergangenheit kann die BLS unter anderem das „Hainberg Areal“ und das „Baugebiet Schranne - Thünigersheim“ verbuchen. Nach dem kurzfristigen Abzug der Soldaten aus der Hainbergkaserne in Mellrichstadt im Jahr 2006 wurden vertragliche Nachfolgenutzungen für diesen Standort und die ehemaligen Anlagen (Munitionslager, Schießplatz, Sportanlagen, Standortübungsplatz) entwickelt. Die Bayerische Landessiedlung GmbH wurde beauftragt, die Stadt Mellrichstadt dabei fachkundig zu beraten und die kommunalen Interessen in allen Schritten des Konversionsprozesses nachhaltig zu vertreten.

Hainberg Areal

Der besondere Reiz des Hainberg Areals liegt im attraktiven Campus-Charakter dieser ehemals militärisch genutzten Liegenschaft. Entlang der großzügigen Freiflächen gruppieren sich ehemalige Wirtschafts- und Technikgebäude, KFZ-Hallen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Schulungs- und Sanitätsgebäude sowie mehrere Unternehmenseinrichtungen. In den vergangenen Jahren wurde der Standort saniert.

Insgesamt kommt man so auf eine Grundstücksfläche von über 250.000 Quadratmetern und auf eine Gebäudenutzfläche von etwa 45.000 Quadratmetern. Viel Platz also für neue Ideen und Konzepte - die aber erst einmal entstehen und sich durchsetzen mussten. DK



Denkmalwettbewerb 2009 des Landkreises Dillingen

Im Schloss Höchstädt wurden zum Abschluss des Denkmalwettbewerbs 2009 des Landkreises Dillingen 42 Objekte ausgezeichnet. Von rechts: Landrat Leo Schrell, Bürgermeister Michael Holzinger, Bissingen, Bürgermeister Friedrich Käb Meyer, Glött, Bürgermeister Erhard Friegel, Holzheim, Adolf Dürndorfer, Holzheim und Kreisheimatpfleger Alois Sailer. Text und Bild: -jdt

Dorferneuerung und Baukultur:

Neues Leben in alten Gemäuern

Minister Brunner überreichte Staatspreise an 18 Bauherren

Was aus lange leer stehenden oder stark vernachlässigten Schulhäusern, Gesindehäusern, Wohnstallhäusern, Scheunen, aus einem Schafhof oder Zollhaus geworden ist, zeigen 18 Projekte, die Landwirtschaftsminister Helmut Brunner mit dem Staatspreis 2009 - „Dorferneuerung und Baukultur“ ausgezeichnet hat.

Bei einem Festakt in der Münchner Residenz überreichte der Minister zunächst an zehn Projekte den mit 2.000 Euro dotierten Staatspreis. Dazu gehören die Sanierung und Umnutzung der denkmalgeschützten „Alten Schule“ zu einem Mehrfamilienwohnhaus in Obertrübenbach, Stadt Roding (Landkreis Cham), die Revitalisierung und Sanierung des Wohnstallgebäudes des denkmalgeschützten Anwesens „Schafhof“ in Büchold-Steinbachshof, Stadt Arnstein (Landkreis Main-Spessart), die Reaktivierung, Sanierung und Umnutzung der denkmalgeschützten „Panzermühle“ in Nennslingen (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen), und die Revitalisierung, Sanierung und Umnutzung eines denkmalgeschützten Wohnstallhauses zu Wohnzwecken in Nußdorf a. Inn (Landkreis Rosenheim).

Staatspreise

Außerdem wurden mit einem Staatspreis bedacht: die Sanierung und Umnutzung des denkmalgeschützten ehemaligen Zollhauses zur Gaststätte und Ferienwohnung in Neualbenreuth (Landkreis Tirschenreuth), die Sanierung, Restaurierung und Umnutzung des denkmalgeschützten ehemaligen Pfarrhofes zum Wohn- und Bürohaus in Grimoldsried, Gemeinde Mickhausen (Landkreis Augsburg), die Sanierung und Umnutzung des ehemaligen Gesindehauses der denkmalgeschützten „Oberen Mühle“ in Rattelsdorf (Landkreis Bamberg), die Sanierung und der

Umbau eines denkmalgeschützten bäuerlichen Wohnhauses sowie Revitalisierung von Nebengebäuden in Köslau, Stadt Königsberg (Landkreis Hassberge), die Sanierung und Wiederbelebung der denkmalgeschützten „Alten Schule“ zum Büro- und Geschäftshaus in Lechbruck (Landkreis Ostallgäu) sowie die Sanierung und Umnutzung eines ehemaligen Wohnstallhauses zum Wohnhaus mit Gestaltung des Umfeldes in Tiefengrün, Gemeinde Berg (Landkreis Hof).

Sonderpreise

Zwei Projekte wurden mit einem Sonderpreis in Höhe von je 1.500 Euro ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um die Revitalisierung und Umnutzung der Wirtschaftsgebäude eines Bauernhofes zu einem metallverarbeitenden Betrieb in Hegnbrunn, Gemeinde Neuenmarkt (Landkreis Kulmbach) und den Ersatzbau einer Remise zur Wiederherstellung der Form des Dreiseithofes in Schmidham, Markt Ruhstorf an der Rott (Landkreis Passau).

Anerkennung

Sechs weiteren Projekten wurden eine Anerkennung und je 500 Euro zuteil: Sanierung und Umnutzung eines ehemaligen Wohnstallgebäudes mit Wagnerei für privates Wohnen in Aufhausen, Markt Eichenhof (Landkreis Dingolfing-Landau a. d. Isar), Sanierung der ehemaligen Schule und Umbau zu barrierefreier Wohnun-



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand
Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Jahresabschluss-Pressekonferenz der LBS Bayern:

Bausparen profitiert von der Finanzkrise

Immobilien werden zu Anlage-Favoriten und Wohn-Riester zu Erfolgsgeschichten

„Die Popularität des Bausparens ist ungebrochen“, stellte Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, bei der Jahresabschluss-Pressekonferenz der Landesbausparkasse fest. Die Finanzkrise habe die Bausparneigung und das Interesse am Immobilieneigentum gestärkt. Zum Jahresende 2009 werde die LBS rund 205 000 Bausparverträge über eine Bausparsumme von 6,9 Milliarden Euro vermittelt haben. Damit liege das Neugeschäft nach dem Ausnahmejahr 2008 trotz Wirtschaftskrise wieder auf dem hohen Niveau der Jahre 2005 bis 2007, als jeweils rund 7 Milliarden Euro erreicht wurden.

Zum Bausparerefolg habe wesentlich beigetragen, dass 95 Prozent aller Verbraucher bei der Geldanlage die Sicherheit des Erspartens, wie sie Bausparen biete, am wichtigsten sei. Dies habe eine Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ergeben. Folgerichtig habe sich der Anteil der Deutschen, die den Abschluss eines Bausparvertrages erwägen, binnen Jahresfrist verdreifacht.

Hochzufrieden zeigte sich Wirmhier mit dem Start ins Riester-

Bausparen. 2009 werde die LBS Bayern etwa 34 000 Riester-Abschlüsse über rund 1,4 Milliarden Euro verzeichnen. Das sind mehr als 20 Prozent der gesamten Neugeschäftssumme. Mit einem Anteil von über 50 Prozent sei die LBS in diesem neuen Marktsegment klarer Marktführer.

Generell habe sich 2009 nach den Vorzieheffekten des Jahres 2008 das Neugeschäft der LBS wieder normalisiert, sagte der LBS-Chef. Die Bausparsummen

der vielen vorgezogenen Abschlüsse des Vorjahres seien im Durchschnitt relativ niedrig gewesen, weil sie oft noch nicht auf bereits absehbare Finanzierungsvorhaben ausgerichtet gewesen seien. In diesem Jahr erhöhe sich die durchschnittliche Bausparsumme aber um fast 25 Prozent auf etwa 33 700 Euro. Die Vertragsabschlüsse seien wieder eindeutig an konkreten Finanzierungszielen orientiert. Die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre setze sich damit nahtlos fort. „Wir konnten sogar Marktanteile gewinnen“, freute sich Wirmhier.

Blick nach vorn

2010 sehe die bayerische Landesbausparkasse „mit Zuversicht entgegen“. Die Marktführerschaft solle weiter ausgebaut werden, das Ziel sei ein Marktanteil von nachhaltig 40 Prozent. Zurzeit beträgt er, gemessen an der Bausparsumme, 38,5 Prozent. Im Neugeschäft habe man wieder die 7-Milliarden-Euro-Marke im Visier. Wohneigentum werde im Bereich der privaten Vorsorge weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Die Immobilienpreise seien günstig, die Zinsen niedrig. Und die Eigenheimrente werde sich immer mehr etablieren. Die Möglichkeiten, Riester-geförderte eigene vier Wände zu erwerben, würden 2010 noch größer. Denn vom 1. Januar an könnten Guthaben auf Riester-Verträgen, die vor 2008 abgeschlossen wurden, zu 100 Prozent für den Bau oder Kauf selbst genutzten Wohneigentums verwendet werden.

Um die Chancen in der neuen Förderwelt optimal zu nutzen, setzt die LBS weiterhin auf die „erfolgreiche Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen“ und die Qualität der eigenen Vertriebsmannschaft. 2009 sind 63 zusätzliche Handelsvertreter gewonnen worden. In den kommenden drei Jahren soll sich die Zahl

Leitfaden für öffentlich-private PPP-Projekte

„Beim Bau von öffentlichen Gebäuden, Straßen und Brücken haben für uns Qualität, Termintreue und Wirtschaftlichkeit Priorität. Ob sich eine Maßnahme als PPP-Projekt anbietet, muss in jedem Einzelfall entschieden werden. Deshalb macht eine Quote für diese Projekte keinen Sinn“, sagte Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des vierten und vorerst letzten Teil des bayerischen PPP-Leitfadens.

Der vierte Teil befasst sich mit der Bauunterhalts- und Betriebsphase und ist mit dieser Fokussierung bisher einmalig in Deutschland. Er sei das Ergebnis intensiver und guter Zusammenarbeit mit allen an PPP Interessierten, u. a. dem bayerischen Innen-, Wirtschafts- und Finanzministerium, den kommunalen Spitzenverbänden, der Bau- und Finanzwirtschaft, der Facility-Management-Branche, der Architektenkammer und der Ingenieurekammer-Bau. Der Leitfaden sei Teil eines Pakets, mit dem die Staatsregierung die bayerischen Kommunen bei ihren PPP-Projekten unterstützen. Herrmann appellierte an die kommunalen Mandatsträger, sich auch Unterstützung durch das Bayerische Kooperationsmodell zu holen. □

der für die LBS tätigen Bauspar-, Finanzierungs- und Immobilienspezialisten noch einmal deutlich erhöhen.

Ein Katalysator für das LBS-Geschäft ist laut Wirmhier die Tatsache, dass sich die Immobilie als Anlagefavorit in der Krise erweise. So habe die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungsgesellschaft von Januar bis November 2009 schon 7649 Wohnimmobilien im Wert von 1,2 Milliarden Euro vermittelt. Dies entspreche Steigerungsraten von 16 Prozent zum Vorjahreszeitraum. Spiegelbildlich habe sich auch das Finanzierungsgeschäft entwickelt. Bei den Bauspardarlehen erwartet die LBS Bayern ein Auszahlungsplus von 10 Prozent auf etwa 740 Millionen Euro, bei den außerkollektiven Krediten einen Zuwachs von 28,3 Prozent auf 480 Millionen Euro.

Strukturelle Veränderung

Der Wohnungsneubau profitiert allerdings weiterhin von dieser Entwicklung kaum. Nach dem kontinuierlichen Abwärtstrend der vergangenen Jahre sei aber nun möglicherweise die Talsohle erreicht. Zumindest bei den Eigenheimen seien die Baugenehmigungen in den ersten neun Monaten 2009 wieder leicht nach oben gegangen, nämlich um 3,2 Prozent auf 13.821. Die Struktur des Wohnungsbaus habe sich aber dramatisch verändert. Laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung habe der Neubau im Jahr 2000 noch 42 Prozent der Investitionen ausgemacht, 2008 sind es nur mehr 22 Prozent gewesen, erläuterte der Bausparkassen-Chef. Damit entfielen über drei Viertel aller Wohnungsbauleistungen auf bestehende Gebäude. Noch krasser sei die Relation bei der Vermittlung von Wohnobjekten. 90 Prozent der Erwerbsvorgänge, die von der Sparkassen-Immo vermittelt werden, betrafen gebrauchte Immobilien. Diese würden dann oft umfassend modernisiert.

Nötige Investitionen

Wirmhier rechnete vor, dass die energetische Optimierung der etwa zwei Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser in Bayern, die älter als 30 Jahre sind, Investitionen von bis zu 100 Milliarden Euro mobilisieren könne. Für die altersgerechte Modernisierung von Wohnungen, die nicht an die Bedürfnisse ihrer älteren Bewohner mit eingeschränkter Mobilität angepasst sind, wären im Freistaat weitere sechs Milliarden Euro erforderlich. „Es sieht so aus“, meinte er, „als ob die nötigen Investitionen nun im Zuge der zahlreichen Gebrauchtimmobilienkäufe verstärkt realisiert werden.“

55 Prozent der von der LBS Bayern finanzierten Maßnahmen sind Modernisierungen und Renovierungen. Die Finanzierungssumme hat um fast 60 Prozent auf voraussichtlich 660 Millionen Euro zum Jahresende zugelegt. Die durchschnittliche Kredithöhe ist um 40 Prozent auf 30.000 Euro angestiegen. Wirmhier sieht darin ein klares Indiz für die wachsende Bereitschaft, im größeren Stil ganzheitliche, energiesparende und altersgerechte Verbesserungen im Wohnungsbestand vorzunehmen.

Die kräftige Nachfrage nach den Kreditangeboten der LBS Bayern stärke die Ertragskraft der Landesbausparkasse, berichtete Wirmhier. Der Zinsüberschuss werde laut Hochrechnung wieder im Bereich von 200 Millionen Euro liegen, der Verwaltungsaufwand mit 107 Millionen Euro konstant bleiben. Das Provisionsergebnis falle wie üblich negativ aus, weil das hohe Neugeschäft zu hohen Provisionszahlungen an den Vertrieb führe. „Trotz des niedrigen Zinsniveaus wird die LBS Bayern beim Betriebsergebnis vor Risikovorsorge nach 73,8 Millionen Euro im Vorjahr erneut in der Größenordnung von 70

Millionen Euro landen“, sagte der Sprecher der LBS-Geschäftsleitung voraus.

Das im Jahr 2008 verabschiedete Eigenheimrentengesetz, in den Medien meist Wohn-Riester genannt, wird nach Einschätzung der LBS Bayern eine Erfolgsgeschichte schreiben, so der LBS-Chef. Der Vertragsbestand der Landesbausparkasse Bayern werde zum 31. Dezember bereits rund 44.000 Riester-Bausparverträge enthalten.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung liest sich nach Wirmhiers Meinung vielversprechend. Die Bundesregierung wolle die Wohneigentumsquote in Deutschland erhöhen. „Die LBS würde es sehr begrüßen, wenn die neue Regierung erkenne, welche Wachstums- und Klimaschutzpotentiale eine Stärkung des Wohneigentums im Immobilienbestand wie im Neubau erschließen würde“, stellte der LBS-Chef fest. Durch gezielte fiskalische Maßnahmen könnten hier erhebliche Investitionen angestoßen werden, die der Konjunktur ebenso zugute kämen wie der Senkung des Energieverbrauchs. Konkret werde im Koalitionsvertrag auch eine Vereinfachung der Eigenheimrente angekündigt. Hier könne sich die LBS einige Verbesserungen im Detail vorstellen, etwa die Einbeziehung des altersgerechten Umbaus in die Verwendungszwecke oder die Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten auf Selbstständige und Freiberufler.

Großes Interesse findet bei der

LBS ein bildungspolitisches Vorhaben der Regierung, das Bildungsministerin Schavan kürzlich präzisiert hat. Es geht um die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung eines Zukunftskontos mit einem Startguthaben von 150 Euro, auf dem Einzahlungen bis zur Volljährigkeit des Begünstigten mit einer Prämie unterstützt werden sollen. Dieses staatlich geförderte Bildungssparen soll nach dem Muster des Bausparens funktionieren. Die Förderung des Bausparens durch die Wohnungsbauprämie habe bewiesen, welche enorme Kapitalbildung durch relativ geringe staatliche Anreize ausgelöst werden könne, um gesellschaftlich erwünschte Entwicklungen voranzutreiben, sagte der LBS-Chef. Zur konkreten Umsetzung empfahl Wirmhier, das bewährte Bausparsystem zu nutzen. Dazu brauche man nur die Verwendungszwecke der Wohnungsbauprämie zu erweitern. „Das wäre dann das Bildungssparen nach dem Muster des bekannten und weit verbreiteten Bausparens“, unterstrich er. Neuabschlüsse von Bildungssparverträgen würden erleichtert, bestehende Bausparguthaben kurzfristig für Bildungszwecke mobilisiert. Eine solche Öffnung der Wohnungsbauprämie würde ihrem Vorsorgecharakter entsprechen, der sie heute schon wegen vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten kennzeichne. Sie würde zur umfassenden „Vorsorgeprämie“, sagte der LBS-Chef. **dhg.**

Münchner EnergieSparTage:

Innovatives Sanieren und Bauen

Unter dem Motto „Innovatives Sanieren und Bauen“ fanden an zwei Tagen im Bauzentrum München die EnergieSparTage statt. Die mit rund 2.300 interessierten Bürgerinnen und Bürger aus München und Umgebung überaus gut besuchte Veranstaltung richtete sich an Mieter, an Haus- und Wohnungseigentümer und an Fachleute aus der Baubranche und Immobilienwirtschaft wie Handwerker, Architekten, Ingenieure, Planer, Beiräte und Hausmeister. Um die Bedeutung des Themas zu unterstreichen, übernahm der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil, die Schirmherrschaft für die Veranstaltung.

Eine Fachausstellung (mit 56 Ausstellerinnen und Ausstellern) zeigte Produkte und Dienstleistungen, in diesem Jahr mit zwei Sonderschauen zu den Themen „Natürlich Bauen & Passivhaus“ und „Wärmepumpe“. Das Begleitprogramm zur Ausstellung gestaltete sich umfangreich: 22 Vorträge über Förderprogramme, Energieeinsparverordnung, optimale energieeffiziente Sanierungen, natürliches Bauen, Solarenergienutzung, Wärmepumpeneinsatz, Pellet-Heizungen und Strom sparen, aber auch über barrierefreies Bauen und vieles andere mehr. Im Ausstellerforum erläuterten die ausstellenden Firmen in insgesamt 13 Vorträgen ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen im Detail. Das Fachgespräch zum Thema „Die neue Energieeinsparverordnung 2009“ war mit rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerordentlich gut besucht.

Auch heuer informierten und berieten wieder viele Verbände und Institutionen: u. a. Bayerische Architektenkammer, Bauherren-Schutzbund e.V., BAY-ERNenergie e.V., Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V., Eigenheimerverband Bayern e.V., Forschungsinstitut für Wärmeschutz e.V., München (FIW), Dachdecker-Innung München – Oberbayern, Innung Spengler, Sanitär- und Heizungstechnik München und das Bayerische Landesamt für Umwelt.

In seinem Grußwort wies Wirtschaftsminister Zeil darauf hin, dass zahlreiche Bürger und Unternehmen, aber auch die Kommunen und der Staat schon seit vielen Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen, das Klima und die Energieressourcen zu schonen. Trotz der bereits erreichten Erfolge müssten die Anstrengungen aber weiter weltweit forciert werden. Die besten Ergebnisse würden dabei erzielt, wenn Ökologie und Kosteneffizienz Hand in Hand gehen. Dafür

sei eine sorgfältig bilanzierende Gesamtschau notwendig.

Der Bund unterstütze diese Entwicklung unter anderem über Gesetze und Verordnungen sowie durch Zuschüsse und zinsverbilligte Darlehen in Milliardenhöhe. Auch die Bayerische Staatsregierung setze sich für nachhaltigen Klima- und Ressourcenschutz besonders ein. Mit dem „Klimaprogramm Bayern 2020“ beispielsweise stelle der Freistaat zusätzlich 350 Millionen Euro aus Landesmitteln für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung, davon 150 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude. Die Bayerische Staatsregierung trage damit auch ihrer Vorbildfunktion Rechnung. Zudem würden mit dem neuen Konjunkturprogramm verstärkt Mittel für die energetische Sanierung und Modernisierung kommunaler Gebäude bereitgestellt.

Laut Münchens Bürgermeister Hep Monatzeder fallen Sanierungen im Bestand - wie für eine Großstadt wie München üblich - oftmals mit bestehenden Mietverhältnissen zusammen. Hier würden die Schwerpunkte durchaus unterschiedlich gesetzt: „Der Vermieterin und dem Vermieter mag es ein Anliegen sein, ihr Gebäude möglichst optimal zu sanieren, für die Mieterin und den Mieter steht dagegen meist der Durchschlag der Sanierungskosten auf die Miete im Vordergrund“, so Monatzeder. Damit die betroffenen Parteien auch bei diesem Thema an einem Strang ziehen könnten, habe das Bauzentrum München jetzt sein Beratungsangebot entsprechend erweitert - schließlich gelte es, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Notwendig dafür seien auch klare Vereinbarungen über die Qualität der durchzuführenden Maßnahmen. Dies werde mit dem „Münchner Qualitätsstandard“, der zusammen mit Innungen und Fachleuten entwickelt wurde, unterstützt. **DK**



V. l.: Alfred Lehmkuhl, MBN Bau AG, Dipl.-Ing. Peter Praum, Geschäftsführer Sport StadiaNet GmbH, Norbert Kastner, Oberbürgermeister Coburg, Frank Litzke, Bereichsleiter MBN Bau AG, Jochen Siegel, asp Architekten

Ballsportthalle „Lauterer Höhe“ in Coburg:

Erster Spatenstich ist erfolgt

Anfang Dezember war es soweit. Mehr als 60 Gäste aus Politik, Verwaltung, Kultur, Sport sowie zahlreiche Medienvertreter verfolgten den ersten Spatenstich auf dem Baugelände Lauterer Höhe in Coburg.

Die Anwesenden wurden vom Sport StadiaNet GmbH Geschäftsführer Dipl.-Ing. Peter Praum sowie dem Coburger Oberbürgermeister Norbert Kastner begrüßt. Peter Praum: „Der Startschuss für das innovative Hallenprojekt ist gefallen. Das neue Gebäude setzt durch seine markante Architektur Maßstäbe. Es erfüllt die strengen Kriterien eines 'green buildings' und wird deutschlandweit ein energetisches Vorzeigeprojekt sein.“ Praum weiter: „Die Stadt Coburg bekommt einen futuristischen, modernen und lichtdurchfluteten Hallenkomplex. Die Bauarbeiten beginnen im Januar 2010, der vertraglich festgelegte Fertigstellungstermin ist der 31. Dezember 2010.“

Gesteigerte Attraktivität

Praum bedankte sich bei Oberbürgermeister Norbert Kastner und seinen Mitarbeitern für die gelungene Zusammenarbeit bei der umfangreichen Planung und Umsetzung und wünschte den Arbeiten am Bau im kommenden Jahr gutes und unfallfreies Gelingen. Der Rathauschef zeigte sich

überzeugt davon, dass die Halle einen wichtigen Schritt für die Entwicklung der Sportstadt Coburg darstellt und deren Attraktivität steigert. „Wir investieren in die Zukunft. Der Standort ist gut gewählt. Die Sporthalle wird sich harmonisch in die Landschaft einfügen und den Coburger Norden aufwerten. Ich freue mich darüber, dass nun für jedermann der Fortschritt des Bauprojekts sichtbar wird, mit dem wir uns im Vorfeld lange und intensiv beschäftigt haben“, so Kastner.

Modell im Bauzelt

Mit Bauhelm und Spaten bewaffnet ging es dann zum symbolischen Spatenstich, der unter dem Applaus der zahlreichen Gäste stattfand. Anschließend gab es Gelegenheit, im Bauzelt ein Modell der Ballsportthalle „Lauterer Höhe“ zu besichtigen, das von den Architekten des Architekturbüros asp Stuttgart ausgestellt wurde. Anwesend waren auch Vertreter der Bauunternehmung MBM Bau AG. Mit einem zünftigen Imbiss endete der erste Spatenstich. □



Umweltfreundliche Innovation: Die VIAJET FILTAIR. □

Auszeichnung für die sauberste Kehrmaschine

FAUN VIAJET FILTAIR ist Preisträger im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“

Die sauberste Kehrmaschine der Welt wird von FAUN gefertigt. Für diese umweltfreundliche Innovation wurde FAUN Viatic als „Ausgewählter Ort im Land der Ideen 2010“ aus über 2.200 Bewerbern ausgewählt. Der Kehrmaschinenspezialist FAUN Viatic entwickelte die VIAJET FILTAIR, ein Fahrzeug mit einer besonderen Filtertechnik.

„Gesundheitsbelastender Feinstaub wird zu 99,98 Prozent zurückgehalten. Außerdem reduziert das gasbetriebene Fahrzeug den CO₂-Ausstoß bei der Reinigungstour im Vergleich zu herkömmlichen Dieselmotoren“, bestätigt Geschäftsführer Helmut Schmech.

Wenig Wasser

„Das Beste dabei: Das Kehrgut wird bereits im Schmutzsammelbereich des Behälters gefiltert - auf diese Weise wird nicht nur der Ausstoß des unsichtbaren Staubs

vermieden, sondern auch vergleichsweise wenig Wasser benötigt“, so der Geschäftsführer.

In Prag, Moskau und Nürnberg ist die Filterkehrmaschine bereits im Einsatz. Mailand ist interessiert. Als „Ausgewählter Ort“ wird FAUN unter der Schirmherrschaft von Horst Köhler im Jahr 2010 Deutschland als „Land der Ideen“ repräsentieren und die Innovationsfreude unseres Landes erlebbar machen. Die Veranstaltungsreihe wird gemeinsam von der Standortinitiative „Deutschland - Land der Ideen“ und der Deutschen Bank durchgeführt. □

Kommunalminister Herrmann:

Bayerischer Winterdienst bestens gerüstet

„Der Winterdienst der bayerischen Straßenbauverwaltung ist bestens auf den Winter vorbereitet. Dafür sorgen die 3.000 Beschäftigten der 34 Autobahn- und 67 Straßenmeistereien“, sagte Kommunalminister Joachim Herrmann.

Im vergangenen Winter seien 384.000 Tonnen Streusalz auf den Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen verteilt worden. Insgesamt habe der Winterdienst in der letzten Saison 84 Millionen Euro gekostet. „Trotz moderner Technologie, aktueller Wetterinformationen und leistungsfähiger Fahrzeuge kann der Winterdienst aber keine sommerlichen Straßenverhältnisse rund um die Uhr garantieren.“

Herrmann wies deshalb auf die Eigenverantwortung der Autofahrer hin und appellierte, Ausrüstung und Fahrverhalten den winterlichen Straßenverhältnissen anzupassen. „Öffentlicher Winterdienst und private Vorsorge müssen sich immer ergänzen. Nur so kann das Stau- und Unfallrisiko auf winterlichen Straßen weitestgehend minimiert werden“, so Herrmann.

Auf den Autobahnen und hoch

Blick ins Grüne statt Verkehrslärm

Ein neuartiges Lärmschutzsystem begeisterte Bayerns Gemeindevertreter auf der Kommunale

Eine Lärmschutzwand, die wie eine schöne grüne Hecke aussieht, Graffiti keine Chance bietet, erstklassige Schallschutzwerte aufweist und wenig Platz braucht: Mit diesen Eigenschaften zählt das neue Schallschutzsystem Naturawall zweifellos zu den interessantesten Produkten auf der Nürnberger Kommunale.

Zahlreiche Gemeindevertreter und Bürgermeister informierten sich auf der Fachmesse über diese neue Entwicklung im Bereich Gemeindebedarf und zeigten sich von den Vorteilen des neuen Systems begeistert. Denn hier wurde erstmals überzeugend präsentiert, dass Lärmschutzwände nicht nur ein notwendiges Übel sind, sondern optisch und ökologisch ein Gewinn für die lärmgeplagten Gemeindebürger sein können.

Die kommunalen Führungskräfte beeindruckte vor allem der schnelle und einfache Aufbau des Stecksystems aus langlebigem feuerverzinktem Stahl. Es lässt sich mit Aushub befüllen, von innen heraus begrünen und in eine Oase für Insekten und Vögel verwandeln. Vor allem entspricht der Schallschutz der gezeigten „Absorber Plus“ Variante der höchsten Lärm-Absorptionsklasse (A4

nach ZTV-Lsw 06). Der hörbare Beweis dafür lieferte der ausgestellte Naturawall, der den Messelärm auf der Kommunale deutlich dämpfte.

Naturawall ist ein Stecksystem aus feuerverzinkten und gekanteten Stahlblechen, das von einem gut ausgerüsteten Bauhof sogar in Eigenregie aufgebaut werden kann. Das System bietet noch weitere wirtschaftliche Vorteile: Bauland an Straße und Schiene lässt sich damit zu einem ausgezeichneten Preis-Leistungsverhältnis und zudem platzsparend aufwerten: Denn Naturawall benötigt bis zu 80 Prozent weniger Fläche als ein herkömmlicher Erdwall und erfordert keine teuren Investitionen in Fundament und Bodenverankerung.

Weitere Informationen über den „grünen“ Lärmschutz gibt es unter www.naturawall.de. □



Die Vorteile des neuen Schallschutzsystems präsentierten auf dem Naturawall-Stand der Kommunale der Technische Leiter des Unternehmens Hans Fritz, Vertriebsleiter Tobias Engelmann und Vertriebsmitarbeiter Manfred Voll (v. l.). □

belasteten Bundes- und Staatsstraßen wird der Winterdienst rund um die Uhr durchgeführt. Das übrige Netz der Bundesstraßen und Staatsstraßen wird zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr geräumt. Dabei werden bei Bedarf alle Straßen innerhalb von zwei Stunden gestreut und innerhalb von 3 Stunden geräumt.

Reduzierte Umlaufzeiten

Besonders hohe Anforderungen an den Winterdienst stellen Auto-

bahnabschnitte mit Lärm mindernden Fahrbahnbelägen, den so genannten offenporigen Belägen, wie auf der A 9 im Abschnitt zwischen Eching und Garching. Um ein gefährliches Gefrieren aus den Poren heraus zu vermeiden, hat die zuständige Autobahnmeisterei München-Nord die Umlaufzeiten der Räum- und Streuschleifen hier auf 45 Minuten reduziert. So ist auch die A 9, die in diesem Bereich mit 140.000 Fahrzeugen am Tag hoch belastet ist, stets sicher befahrbar. □



Würzburg:

Partner finanzieren neues Bauhof-Fahrzeug

Sein neues Fahrzeug hat der Bauhof der Stadt Würzburg in Betrieb genommen. Der Caddy, mit dem die Mitarbeiter des Bauhofs künftig im innerstädtischen Bereich unterwegs sein werden, wurde mit Hilfe von Partnern finanziert, die nun mit einem Logo auf dem Caddy vertreten sind. Bild: Christian Weiß

Minister Herrmann zum Katastrophenschutz:

„Standortschulungen sind ein Erfolgsmodell“

Rund 10.000 Teilnehmer bereits geschult

„Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Seit Ende 2002 haben rund 10.000 Mitglieder der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks (THW), der Polizei und der Bundeswehr gemeinsam mit den Mitarbeitern unserer Katastrophenschutzbehörden an Katastrophenschutzübungen für Führungskräfte teilgenommen. Diese sogenannten Standortschulungen im Katastrophenschutz sind damit ein echtes Erfolgsmodell der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried.“

„Die bei den Übungen gewonnenen Erkenntnisse sind von unschätzbarem Wert. Denn nur wer übt, kann Schwachstellen beseitigen und ist für den Ernstfall gut gerüstet. Die Standortschulungen sichern damit das hohe Niveau und die herausragende Qualität unseres Katastrophenschutzes in Bayern“, sagte Innenminister Joachim Herrmann im Rahmen der Standortschulung Katastrophenschutz im Landratsamt Cham. Mit dieser 96. Standortschulung hat die Staatliche Feuerweherschule Geretsried nun an allen Katastrophenschutzbehörden in Bayern eine Übung für Führungskräfte durchgeführt.

Die Standortschulungen der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried sind aus dem bayerischen Katastrophenschutzsystem nicht mehr wegzudenken. An den Schulungen nehmen jeweils zwischen 90 bis 120 Personen aus dem Kreis der Sicherheitsbehörden und Hilfsorgani-

sationen teil. Die Szenarien drehen sich z. B. um Flugzeugabstürze, Eisenbahnunglücke, Hochwasser- und Unwetterereignisse sowie Terroranschläge. Am Schluss der Übungen steht eine offene und objektive Auswertung durch die Feuerweherschule, die allen Beteiligten Verbesserungsmöglichkeiten bei der Bewältigung von Katastrophenlagen aufzeigt.

Zahlreiche Optimierungsansätze

Neben den Erkenntnissen für die jeweilige Katastrophenschutzbehörde lassen sich auch zahlreiche Optimierungsansätze für das bayerische Katastrophenschutzsystem selbst erzielen. Auch diese Erkenntnisse werden sukzessive in die Fortentwicklung eingebracht, zum Beispiel im Rahmen der neuen Aus- und Fortbildungskonzeption für Organisatorische Leiter (OrgL) im Rettungs- und Sanitätsdienst. □



Eine Marke der Daimler AG

Seine Größe: Kleine Gassen.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U 20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuvolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Neun-Monats-Ergebnis der BayernLB:

Gut am Markt behauptet

München – Die BayernLB hat in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 trotz des schwierigen Marktumfelds in der Finanz- und Realwirtschaft ihr Ergebnis deutlich verbessern können. Der operative Gewinn stieg auf 613 Mio. Euro, nach einem Fehlbetrag von 1.674 Mio. Euro im Vorjahreszeitraum. Das Konzernergebnis vor Steuern erhöhte sich auf 367 Mio. Euro (Vorjahr: -1.740 Mio. Euro). Die BayernLB konnte aufgrund des stabilen Kundengeschäfts und wirkungsvoller Effizienzsteigerungsmaßnahmen im Rahmen der eingeleiteten Restrukturierung der Bank in allen drei Quartalen des laufenden Jahres einen Überschuss ausweisen.

Im 3. Quartal betrug das Ergebnis vor Steuern 16 Mio. Euro. Den in allen Geschäftsfeldern erhöhten Erträgen stand infolge des rezessiven Umfelds eine stark ausgeweitete Kreditrisikoversorge gegenüber, insbesondere für Aktivitäten der konzernstrategischen Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) in Ost- und Südosteuropa. Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote stieg unter anderem durch den Abbau von Risikopositionen zum 30. September auf 10,7 Prozent und bildet damit ein starkes Fundament für die weitere Restrukturierung und Neuausrichtung der Bank.

Moderates Wachstum

„Die BayernLB hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut am Markt behauptet“, sagte Dr. Michael Kemmer, zum Zeitpunkt der Ergebnisvorlage noch Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB. „In den Heimatmärkten Bayern und Deutschland konnte die BayernLB ein moderates Wachstum im Kreditgeschäft erzielen. Das positive Ergebnis

auch im dritten Quartal belegt das Vertrauen, das die Bank bei Kunden und Investoren genießt. Die deutliche Reduzierung des Verwaltungsaufwands unterstreicht die Wirksamkeit der Restrukturierungsmaßnahmen.“

Ertragslage

Der Zinsüberschuss lag in den ersten neun Monaten des Jahres mit 1.934 Mio. Euro nahezu auf Vorjahresniveau (1.949 Mio. Euro). Die im Retailsegment tätigen Töchter erhöhten ihr Zinsergebnis, unter anderem da sich durch neu gewonnene Kundeneinlagen die Refinanzierungsstruktur verbesserte. Der rückläufige Zinsüberschuss in der Kernbank war insbesondere durch die Kosten der Liquiditätssicherung bedingt.

Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise erhöhte sich die Kreditrisikoversorge im Vorjahresvergleich um fast eine Milliarde Euro auf 1.292 Mio. Euro. Mehr als die Hälfte hiervon entfiel auf die HGAA und die MKB. Die HGAA musste ihre Risikoversorge mehr als verdoppeln und trug allein rund 44 Prozent zum Vorsorgebedarf der BayernLB-Kon-

zerns bei. Insgesamt liegen die anderen Konzerneinheiten in ihrer Risikoversorge deutlich unter dem zeiteiligen Planwert.

Der Provisionsüberschuss belief sich im Berichtszeitraum auf 325 Mio. Euro. Das Ergebnis wurde im Vergleich zum Vorjahr (452 Mio. Euro) durch die Entwicklung der Provisionserträge im Kreditgeschäft sowie die an den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zu entrichtenden Gebühren für die staatsgarantierte Emission der BayernLB geprägt.

Das Ergebnis aus der Fair Value Bewertung entwickelte sich mit 754 Mio. Euro in den ersten drei Quartalen deutlich positiv (Vorjahr: -1.017 Mio. Euro). Dabei entfielen auf das Handelsergebnis 694 Mio. Euro (Vorjahr: -585 Mio. Euro) und auf das Ergebnis aus der Fair Value Option 60 Mio. Euro (Vorjahr: -432 Mio. Euro). Im Handelsergebnis sind im Wesentlichen Erträge aus dem kundenbezogenen Zinsderivat- und Devisengeschäft sowie Wertaufholungen aus den von der Finanzmarktstabilisierung betroffenen Credit Portfolios enthalten.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen erhöhte sich auf 291 Mio. Euro (Vorjahr: -1.185 Mio. Euro). Im dritten Quartal setzten sich die positiven Einflüsse durch allgemein niedrigere Credit Spreads in der Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere fort. Des Weiteren sind Effekte aus dem mit dem Freistaat Bayern abgeschlossenen Garantieschirm enthalten, der Verluste aus dem ABS-Portfolio ausgleichen soll.

Effizienzsteigerung

Die von der BayernLB eingeleiteten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz verbesserten die konzernweite Kostenbasis in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 erheblich. Der Verwaltungsaufwand sank um 12,3 Prozent auf 1.554 Mio. Euro. Rund 70 Prozent der Einsparungen entfielen auf die BayernLB, 30 Prozent auf die konzernstrategischen Töchter. Die Bank liegt mit diesem Ergebnis über den Planvorgaben des Restrukturierungsprogramms „Herkuless“. Der Personalabbau verläuft planmäßig: Im Konzern konnten in den ersten drei Quartalen insgesamt mehr als 900 Stellen abgebaut werden. Der Restrukturierungsaufwand für das Gesamtjahr 2009 (-246 Mio. Euro) wurde im Wesentlichen im ersten Halbjahr ergebniswirksam verarbeitet.

Nullrunde für EU-Beamte!

Europäischer Bund der Steuerzahler gegen 3,7 Prozent Gehaltssprung

Der Vorschlag der EU-Kommission, die Gehälter der EU-Beamten im kommenden Jahr um 3,7 Prozent zu erhöhen, ist völlig inakzeptabel. Der Bund der Steuerzahler Europa, die Taxpayers Association of Europe (TAE), fordert die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, über den Europäischen Rat diesen unverhältnismäßigen Gehaltssprung zu verhindern.

Der Kommissionsvorschlag mag formal korrekt sein, indem er Vorgaben des EU-Beamtenstatus berücksichtigt und die EU-Beamtenbezüge an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Gehälter nationaler Beamter anpasst. Das EU-Beamtenstatut enthält aber auch eine Ausnahme Klausel, falls sich die wirtschaftliche Lage erheblich verschlechtert hat. Wann, wenn nicht in dieser größten Wirtschaftskrise der EU-Geschichte, ist es Zeit, diese Klausel anzuwenden? Eine Nullrunde für EU-Beamte wäre in dieser Situation eine angemessene Maßnahme und das richtige Signal für die Steuerzahler, die für die Kosten der Krise aufkommen müssen.

Nach Ansicht der Taxpayers Association of Europe sind jetzt die nationalen Regierungen gefragt, im Europäischen Rat darauf zu drängen, dass die EU-Beamten auf eine Nullrunde verpflichtet werden.

Im Zuge der zum Jahresbeginn eingeleiteten Restrukturierung und Fokussierung setzte die BayernLB den Rückbau von Nicht-Kernaktivitäten auch im dritten Quartal fort. Die Bilanzsumme verringerte sich seit Jahresende 2008 um insgesamt 26,8 Mrd. Euro auf 394,9 Mrd. Euro und sank damit erstmals seit dem Jahr 2007 wieder unter die 400-Milliarden-Euro-Marke. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die Auflösungen von Positionen im Interbankengeschäft. Die Risikopositionen reduzierte die Bank um 13,4 Prozent auf 171,3 Mrd. Euro.

Das Kreditvolumen der BayernLB summierte sich zum Ende des dritten Quartals auf 297,7 Mrd. Euro. Auf die Kernmärkte Bayern und Deutschland entfielen Kundenforderungen in Höhe von 114 Mrd. Euro und damit 7,0 Prozent mehr als zum 31. Dezember 2008. Die BayernLB wertet diesen Zuwachs als Vertrauensbeweis ihrer Kunden und als Beleg ihrer starken Marktstellung in der Unternehmensfinanzierung.

Kapitalausstattung

Die Kapitalausstattung der BayernLB entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf positiv. Durch den kontrollierten Abbau von Risikoaktiva wuchs die Kernkapitalquote im dritten Quartal um 0,3 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent. Zum 31. Dezember 2008 lag sie bei 8,0 Prozent. Das bilanzielle Eigenkapital stieg infolge der Kapitalmaßnahme des Freistaats Bayern seit Jahresbeginn um 7,2 Mrd. Euro auf 18,4 Mrd. Euro.

Segmentergebnisse

Im Rahmen der Neuausrichtung und Redimensionierung des BayernLB-Konzerns wurde zum 1. Juli 2009 die Segmentberichterstattung an die geänderte Geschäftsausrichtung angepasst. Die positive operative Entwicklung der Bank in den ersten neun Monaten spiegelt sich in nahezu allen neu gebildeten Segmenten wider.

Mit guten bis zufriedenstellenden operativen Ergebnissen haben die Segmente „Corporates & Markets“, „Immobilien, Öffentliche Hand & Sparkassen“ sowie „Mittelstand & Privatkunden“ abgeschlossen. Die Eigenkapitalrendite lag zwischen 7,2 und 16,0 Prozent.

Ausblick

Der Vorstand der BayernLB rechnet auch im vierten Quartal mit einem soliden Kundengeschäft und stabilen operativen Erträgen. Konjunkturbedingt wird jedoch eine zusätzliche Ausweitung der Risikoversorge erwartet.

Befragung im Auftrag des GVB:

Bayern kennen sich bei Einlagensicherung nicht aus

Die Bayern haben massive Wissensdefizite, wenn es um die Höhe des Einlagenschutzes der Banken geht. Das ergibt eine repräsentative Befragung, die im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) im Freistaat durchgeführt wurde. 88 Prozent der Befragten wissen nicht, in welcher Form und bis zu welcher Höhe ihre jeweilige Bank die Einlagen schützt. Gleichzeitig wünschen sich 86 Prozent der befragten Personen, dass der Einlagenschutz in Deutschland grundsätzlich oder zumindest bei einigen Kreditinstituten verbessert werden sollte.

Zu den Banken, bei denen das Guthaben am schlechtesten geschützt ist, zählen nach der subjektiven Einschätzung der Befragten vor allem Geschäftsbanken. Am sichersten gelten die Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Zwei Jahre Finanzkrise haben das Vertrauen der Bayern in die Banken zwar geschwächt. Allerdings gibt es kein generelles Misstrauen in alle Banken. Jeder vierte Befragte gibt an, dass sein Vertrauen in deutsche Banken nicht gelitten habe. Drei von zehn Bayern merken an, dass ihr Vertrauen generell erschüttert sei. Vier von zehn Befragten allerdings differenzieren und sagen, dass es lediglich hinsichtlich bestimmter Institute gelitten habe.

Am stärksten ist der Vertrauensverlust in Geschäftsbanken. Kaum Vertrauenswürdigkeit verzeichnen die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Weitgehend ungebrochen

ist zudem das Vertrauen der Bayern in ihre persönlichen Bankberater. Fast 60 Prozent der Befragten bezeichnen es als sehr gut oder gut. Dazu passt, dass trotz Finanzkrise insgesamt 82 Prozent der Bayern angeben, in den letzten zwei Jahren keine schlechten Erfahrungen mit einer Bank gemacht zu haben.

Anerkannt wird von den Bayern, dass die Banken sich bemühen, Lehren aus der Krise zu ziehen. So bestätigen knapp 70 Prozent der Befragten, dass es Lerneffekte bei den Kreditinstituten gibt. 50 Prozent der Befragten sind zudem der Ansicht, dass auf dem Finanzmarkt politischer Regulierungsbedarf besteht. 44 Prozent der Befragten differenzieren allerdings und fordern Regulierungen nur für bestimmte Banken. Die Umfrage zeigt deutlich, dass Regulierungsbedarf insbesondere für Geschäftsbanken besteht. □

MünchenerHyp begibt Tier 1-Anleihe

Die Münchener Hypothekenbank eG wird eine Tier 1-Anleihe in Form einer verbrieften stillen Beteiligung begeben. Die Laufzeit der Anleihe ist unendlich. Die Emittentin kann diese erstmals nach fünf Jahren und danach jährlich kündigen. Die Anleihe wird mit einem fixen Kupon ausgestattet sein, der attraktiv und marktgerecht ist. Beauftragt mit dem Verkauf sind die DZ BANK und BNP Paribas. „Mit dieser Emission leisten wir einen wesentlichen Beitrag, um die künftig vom Markt geforderte Eigenkapitalausstattung sicherzustellen und das kontinuierliche Geschäftswachstum zu stützen“, sagt Klaus Sturm, Kapitalmarktvorstand der MünchenerHyp. □

Praxisbericht zum kommunalen Forderungsmanagement:

Liquidität spürbar verbessern

Ein systematisch betriebenes Forderungsmanagement ist für Kommunen ein Muss, wenn sie ihre Liquidität verbessern wollen. Im Rahmen einer Praxisstudie haben die Stadt Frechen, die Kanzlei Rödl & Partner und die Deutsche Post gemeinsam die Optimierungspotenziale im Bereich Forderungsmanagement analysiert und Handlungsempfehlungen entwickelt. Der Ergebnisbericht liegt jetzt vor.

Der Bestand an offenen Forderungen der deutschen Kommunen wird zwischen sieben und zwölf Milliarden Euro geschätzt. Ganz egal, welcher Schätzung man folgt: den Kommunen fehlt das Geld. Die Stadt Frechen hat mit Unterstützung der Deutschen Post und der Kanzlei Rödl & Partner alle Möglichkeiten zur Optimierung des Forderungsmanagements erörtert und mit Hinblick auf ihre Einsatzfähigkeit vor Ort analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass es innerhalb des kommunalen Forderungsmanagements viele Möglichkeiten gibt, den Zahlenseintrag zu beschleunigen und gleichzeitig die Prozesskosten zu senken. Für die Kommune bedeutet das: höhere Liquidität und eine geringere Zinsbelastung durch eine Reduzierung der Liquiditäts- und Investitionskredite. „Schon wenn es gelingt, die Außenstände nur im niedrigen oder mittleren zweistelligen Prozentbereich abzubauen, bedeutet dies eine spürbare Verbesserung der Liquidität“, sagt Dr. Patrick Lehmann, Kammerer der Stadt Frechen.

Zum Beispiel kleinvolumige Forderungen machen – gemessen an der Zahl der Forderungen – oft ein Drittel und mehr aus. Sie sind in der Regel nicht kostendeckend einzutreiben. Aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten würde der

Verzicht auf den Forderungseinzug oftmals Sinn machen. Aber viele Forderungen – z. B. Bußgelder für überhöhte Geschwindigkeit – haben auch eine wichtige Lenkungsfunktion. Für deren Einzug sind deshalb effiziente und effektive Lösungen gefragt.

Speziell für den Bereich der kleinvolumigen Forderungen bietet die Deutsche Post mit der Nachnahmekarte eine geeignete Komplettlösung für Kommunen an, die über den reinen Transport der Karte weit hinausgeht. Damit können säumige Zahler offene Forderungen direkt beim Postzusteller an der Haustür begleichen. Ein ebenso für den Schuldner komfortables wie für den Gläubiger erfolgreiches Angebot, das bereits in mehreren Städten erfolgreich eingesetzt wird.

Um das kommunale Forderungsmanagement zu optimieren, ist eine ganzheitliche Betrachtung der zugrunde liegenden Prozesse notwendig. Externe Dienstleister, wie die Deutsche Post, können Kommunen bei der Implementierung effizienter Prozesse unterstützen – beispielsweise im Vorfeld und im Nachgang zur hoheitlichen Vollstreckung. Angefangen beim Adressabgleich bis zum zentralisierten Druck und Versand von Mahnungen oder Bescheiden lassen sich Kosten senken. □

Digitalfunk:

Vernünftiger Kompromiss

Einigung über die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung

„Über die Beteiligung der Kommunen an den laufenden Kosten des BOS-Digitalfunks besteht mittlerweile Einigkeit!“ erklärte Finanzminister Georg Fahrenschon gemeinsam mit Innenminister Joachim Herrmann und den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Erstem Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Landrat Theo Zellner.

„Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste werden künftig ein einheitliches und dem aktuellen Stand der Technik entsprechendes Funknetz nutzen. Die Kommunen haben sich bereit erklärt, sich an dessen Mitfinanzierung zu beteiligen – das ist besonders positiv zu werten!“, hob Fahrenschon hervor. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bezeichnete die Einigung als vernünftigen Kompromiss, der die Interessen aller Beteiligten wahrte: „Die Kommunen werden vom Freistaat so weit wie möglich entlastet, bleiben aber in finanzieller Mitverantwortung. Wir werden jetzt den Aufbau des Digitalfunks in Bayern mit voller Kraft vorantreiben. 2013 müssen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gemeinsam digital funken können.“

Zeitplan

Die Kommunen zahlen zum einen als Mitfinanzierungsbeitrag einen Festbetrag von drei Millionen Euro jährlich an den Staatshaushalt. Dieser Betrag wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns verteilt; die Modalitäten regeln Verträge zwischen Innenministerium und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Zum zweiten stellen die Kommunen mietfrei Antennenstandorte zur Verfügung; diese Leistung wird mit weiteren drei Millionen Euro Jahresbetrag bewertet. Die Kostenbeteiligung der Kommunen beginnt im Jahr 2013, spätestens jedoch

mit der vollständigen bayernweiten Bereitstellung des Digitalfunknetzes. Im Jahr 2024 wird über die kommunale Betriebskostenbeteiligung für die Folgejahre im Lichte des dann gültigen Standes der Digitalfunktechnik neu entschieden.

Der Staat fördert die notwendige Erstausrüstung der Feuerwehren mit Endgeräten mit einem Fördersatz von 80 Prozent zuzüglich der Kosten des Zubehörs ohne Einbaukosten. Allein für die Feuerwehren schlägt die Endgeräteförderung im Staatshaushalt mit 60 Millionen Euro zu Buche. Die Förderung beginnt 2010 und wird über sechs Jahre verteilt mit annähernd gleichen Jahresbeträgen gezahlt. Die Frage der Wieder- und Ersatzbeschaffung ist nicht Teil der Vereinbarung, da nicht davon auszugehen ist, dass bis 2024 eine solche notwendig sein wird.

„Deutlich vor Einsetzen ihrer eigenen Zahlungsverpflichtung erhalten die Kommunen eine staatliche Förderung bei der Beschaffung ihrer Feuerwehrgeräte“, betonte Fahrenschon. Dadurch werde gewährleistet, dass allen Feuerwehren bereits zu Beginn des Digitalfunkbetriebs adäquate Technik zur Verfügung steht. „Das Geld ist gut angelegt: so können die hohen Investitionskosten von ca. 272 Millionen Euro, die der Staat allein für die Erstellung des Digitalfunknetzes aufwendet, möglichst schnell und umfassend genutzt werden.“ so Fahrenschon. □



Der Mosaizist Valerio Lenarduzzi von der Mayer'schen Hofkunstanstalt sichert das Natursteinmosaik an der Fassade des Kreissparkassengebäudes am Martin-Luther-Platz. □

Bundesweite Forsa-Umfrage:

26 Prozent von Wirtschafts- und Finanzkrise direkt betroffen

Landesbanken für Volkswirtschaft wichtig

26 Prozent der Deutschen fühlen sich aktuell selbst stark oder sogar sehr stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen. Die größten Sorgen lösen dabei die hohe Staatshilfe und die notwendigen Finanzhilfen für einzelne Banken aus. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Zu den Institutionen mit dem größten Vertrauen in Deutschland zählen weiterhin die Polizei, der Bundespräsident und die Universitäten. Aus dem gesamten Wirtschafts- und Bankenbereich erreichen ausschließlich die Sparkassen (50 %) eine Spitzenstellung. Zu Banken haben 20 % der Deutschen Vertrauen. Für 39 % der Deutschen ist die Bedeutung der Sparkassen durch die Finanzkrise und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtlage sogar noch größer geworden.

Vertrauen in Sparkassen

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sagte zu den Ergebnissen der Umfrage: „Wir freuen uns über das hohe Vertrauen, das Sparkassen genießen. Durch eine klare Stabilitätsorientierung und ein umfassendes Kreditangebot für Unternehmen auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit wollen wir das Vertrauen rechtfertigen und zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in 2010 in Deutschland beitragen. Wir wissen aber auch, dass die Finanzbranche insgesamt erheblich daran arbeiten muss, ihr früheres Ansehen wieder zurückzugewinnen.“

Eine klare Einschätzung ha-

ben die Deutschen, welche Kreditinstitute für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wichtig sind. 72 % nennen hier die Sparkassen, 56 % die Volks- und Raiffeisenbanken, 53 % die Landesbanken und 38 % die privaten Banken.

Leistungsfähigkeit erhalten

„Von den Landesbanken kommen fast 20 % aller Kredite an Unternehmen und Selbstständige in Deutschland und damit deutlich mehr als von allen privaten Banken zusammen. Die deutsche Volkswirtschaft hat deshalb ein großes Interesse daran, die Leistungsfähigkeit von Landesbanken zu erhalten und zu verbessern. Dazu tragen die Sparkassen als Verbundpartner wesentlich bei. Notwendige Veränderungen bei Landesbanken müssen deren wichtige Rolle für die deutschen Unternehmen immer im Auge haben“, sagte Haasis.

1.069 Personen befragt

Die Umfrage von Forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, wurde bundesweit vom 02. bis 30. November 2009 durchgeführt. Befragt wurden dabei 1.069 Personen über 18 Jahre. □

MdEP Markus Ferber zur EU-Finanzmarktaufsicht:

Keine Schlupflöcher für Global Player

Aufsicht muss wirklich EU-weit einheitlich gestaltet sein
Widerstand im Europaparlament gegen EU-Finanzminister

Die Finanzmarktaufsicht in Europa darf keine Lücken für grenzüberschreitend tätige Großbanken zulassen. Das forderte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europaparlament und Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Markus Ferber. „Wir müssen sicherstellen, dass sich die Global Player nicht durch weiterhin national zersplitterte Zuständigkeiten einer wirksamen Aufsicht entziehen“, so Ferber.

Die EU-Finanzminister hatten gestern beschlossen, in Krisenfällen keine direkten Anweisungen der EU-Aufsichtsbehörden zulassen zu wollen.

Instabilitäten vermeiden

„Genau dann, wenn es ernst wird, sollen weiterhin die nationalen Aufsichtsbehörden entscheiden. Das ist genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist, wenn wir Instabilitäten künftig vermeiden wollen. Im Europaparlament wird es dagegen harten

Widerstand geben“, sagte der CSU-Europaaabgeordnete.

Vorentscheidung

Im Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments (EP) wird voraussichtlich im Januar eine Vorentscheidung über die EP-Position zur künftigen Struktur der Finanzmarktaufsicht in Europa fallen. „Eine Verwässerung der Aufsicht wird es mit uns nicht geben. Darüber herrscht fraktionsübergreifend Konsens“, so Markus Ferber. □

Kreissparkasse Augsburg:

Bedeutendes Baudenkmal gesichert

Im Rahmen der Modernisierungsmaßnahmen der Kreissparkassen-Hauptstelle wurde das Natursteinmosaik des Augsburger Künstlers Professor Georg Bernhard von der Mayer'schen Hofkunstanstalt, München, fachmännisch abgetragen und gesichert.

Vorstandsmitglied Horst Schönfeld übergab gestern das Mosaik im Beisein von Bürgermeister Hermann Weber und Professor Georg Bernhard an Dr. Christof Trepesch, den Leiter der Städtischen Kunstsammlungen. Es soll in Zukunft seinen Platz im Textilmuseum finden.

Bewährte Partnerschaft

Schönfeld freut sich, dass die bewährte Partnerschaft seines Hauses zur schwäbischen Kunst und zu den schwäbischen Künstlern mit einem weiteren Akt seine Fortsetzung findet. Das Natursteinmosaik des re-

nommierten und bekannten Augsburger Künstlers Professor Georg Bernhard gilt als bedeutendes Beispiel für die Kunst am Bau der späten Nachkriegszeit.

Dieses Mosaik wurde Mitte der 1950er Jahre über drei Stockwerke am Gebäude der Kreissparkasse Augsburg, Martin-Luther-Platz, dem damaligen Neubau, angebracht. Es zeigt fünf Ortswappen, Szenen aus dem landwirtschaftlichen Leben, die vier Jahreszeiten und ganz oben den „Baum der fruchtbringenden Sparsamkeit“, der gerade bis in die heutige Zeit, seine Bedeutung nicht verloren hat. □



Von links: Prof. Dr.-Ing. Eberhard Paul Hilbich (Stadtheimattler), Prof. Georg Bernhard, Horst Schönfeld (stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg), Bürgermeister Hermann Weber, Dr. Christof Trepesch (Direktor der Augsburger Kunstsammlungen und Museen).

Fokus auf intelligentes Druckmanagement

Zusammenarbeit der Kreissparkasse Augsburg mit Gersthofer Quentia AG

Als erste Sparkasse in Deutschland realisiert die Kreissparkasse Augsburg im gesamten Unternehmen ein einheitliches und intelligentes Outputmanagement. Bis Ende 2010 ersetzen leistungsfähige Multifunktionsgeräte von Kyocera die bisherigen Drucker, Faxer und Kopierer. Dadurch erzielt die Kreissparkasse deutliche Einsparungen für Geräte, Verbrauchsmaterialien und Wartung, reduziert den jährlichen Stromverbrauch um etwa 45.000 KWh und sorgt für ein angenehmeres Büroklima.

In Zusammenarbeit mit der auf unternehmensweite IT-Lösungen spezialisierten Gersthofer Quentia AG, ein Unternehmen der Andreas Schmid Logistik Gruppe, erarbeitete die Kreissparkasse eine technische und betriebswirtschaftliche Analyse und sorgt für eine transparente Kostenkontrolle. Ein Pilotprojekt in den Filialen Haunstetten und Fischach zeigte, dass sich durch zentralisierte Druckerinseln die Anzahl der Geräte deutlich reduzieren lässt ohne Effizienz im Kundengeschäft und in internen Bereichen einzubüßen. Mehr als zwei Drittel aller Geräte werden im kommenden Jahr weggelassen.

ner jährlichen Stromersparung von etwa 45.000 KWh.

IT-konsolidierte Sparkasse

„Wir haben über ein Jahr an diesem Konzept gearbeitet und sind stolz darauf, die erste IT-konsolidierte Sparkasse im S-Finanzverbund zu sein, die ein flächendeckendes Konzept für Multifunktionsgeräte mit personalisiertem Druckoutput zum Einsatz bringen wird“, so Alexander Graf, IT-Leiter der Kreissparkasse. Mit der Wartung der Multifunktionsysteme beauftragte die Kreissparkasse die Quentia AG mit Sitz in Gersthofen.

„Als starker Partner aus der Region konnte Quentia neben Professionalität mit kurzen Anfahrtswegen und schnellen Reaktionszeiten punkten.“ Carsten Schlichter, Projektverantwortlicher der Quentia AG: „Wir mussten in einem hochsensiblen und komplexen Umfeld eine integrierte Lösung schaffen, welche unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Maßstäbe setzt.“ □

Beitrag zum Umweltschutz

Ein weiterer Vorteil, von dem Mitarbeiter und Kunden profitieren: Das Büroklima verbessert sich spürbar, der reduzierte Energieverbrauch wirkt sich Umwelt und Kosten schonend aus: Die Kreissparkasse rechnet mit ei-

Landgericht München:

Sparkassen müssen ihre Infrastruktur Direktbanken nicht zur Verfügung stellen

Sparkassen sind nach einem Urteil des Landgerichts München vom heutigen Tag nicht dazu verpflichtet, ihre Geldautomaten für Verfügungen der Kunden von Direktbanken mit Visa-Kreditkarten zu öffnen. In dem Verfahren über die Sperrung von Geldautomaten für Visa-Karten verschiedener Direktbanken zwischen einer Sparkasse und der ING-DiBa, der Citibank sowie der Volkswagenbank AG, hat das Gericht die Klage der Direktbanken in allen Punkten zurückgewiesen.

Trittbrettfahrer

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) erklärt hierzu: „Sparkassen sind nicht dazu verpflichtet, ihre Infrastruktur auch den Wettbewerbern zur Verfügung zu stellen. Das Urteil des Landgerichts München macht deutlich, dass viele Direktbanken ihr Versprechen einer sicheren Bargeldversorgung für ihre Kunden nicht aus eigener Kraft erfüllen können. Sie können dies nur als Trittbrettfahrer von Wettbewerbern. Dies müssen Sparkassen auch in Zukunft nicht akzeptieren.“ □

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Vergütung an langfristigen Geschäftserfolgen ausrichten

Präsident Haasis begrüßt
Selbstverpflichtungserklärung von Banken

Die deutschen Sparkassen und Landesbanken unterstützen die Ausrichtung von Vergütungssystemen an langfristigen Geschäftserfolgen. Das erklärte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in Berlin.

„Es ist gut, dass die notwendigen Konsequenzen aus der teilweise zu kurzfristigen Ausrichtung von Unternehmensstrategien und Vergütungssystemen gezogen werden. Dies war eine der Ursachen der Finanzkrise. Wir begrüßen deshalb die Selbstverpflichtungserklärungen von betroffenen Instituten“, sagte DSGV-Präsident Heinrich Haasis.

Klare Bestätigung

Die Sparkassen sehen sich durch diese Entwicklung in ihrer langfristig ausgerichteten

Unternehmenspolitik bestätigt.

Keine Boni-Exzesse

„Bei Sparkassen gibt es weder Boni- noch Gehaltsexzesse. Der Schwerpunkt der Geschäftsstrategie der Sparkassen liegt auf einer nachhaltig wirksamen Geschäftspolitik, dies umfasst auch die Vergütungssysteme. Die Sparkassen haben diese Grundausrichtung in ihrer im Januar 2009 neu formulierten Geschäftsstrategie nochmals deutlich geschärft“, so Haasis. □

Bayern-Versicherung behält Höhe der Überschussbeteiligung 2010 bei

Für das Jahr 2010 sagt die Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG, ein Unternehmen der Versicherungskammer Bayern, ihren Kunden erneut eine laufende Überschussbeteiligung von 4,15 Prozent zu.

Zusammen mit den Schlussüberschussanteilen ergibt sich bei laufender Beitragszahlung eine Gesamtverzinsung von 4,9 Prozent., bei Einmalbeitrags-

versicherungen von 4,4 Prozent; im Rentenbezug bleibt es bei einer Gesamtverzinsung von 4,7 Prozent.

Basis für sichere Erträge

Insgesamt ist das Gesamtportfolio des Unternehmens breit gestreut und legt gemeinsam mit einem professionellen Risikomanagement die Basis für langfristig sichere Erträge. □

Kreditoffensive der Kreissparkasse kommt an

Kreditzusagen an Unternehmen deutlich gesteigert

Die Kreissparkasse Augsburg steigert weiterhin die Kreditzusagen an Unternehmen und Selbstständige. Allein im September 2009 sagte sie gewerblichen Kunden 11,6 Millionen Euro neue Darlehen zu – eine deutliche Steigerung von 47,1 Prozent bzw. 3,7 Millionen Euro gegenüber dem September 2008.

„Damit zeigen wir, dass wir als Kreditinstitut unsere gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrnehmen und auch in schwierigen Zeiten als starker Partner an der Seite unserer mittelständischen Kunden stehen“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg.

Interessantes Angebot für heimische Wirtschaft

Mit einem eigenen Konjunkturpaket ging die Kreissparkasse in die Kreditoffensive und hat im Frühjahr ein interessantes Angebot für die heimische Wirtschaft geschürt, das positive Impulse setzte. Von den zinsgünstigen Krediten sollen vor allem Handwerker und Betriebe aus dem Wirtschaftsraum Augsburg profitieren.

In den ersten neuen Monaten des laufenden Geschäftsjahres summieren sich die Zusagen der Kreissparkasse für neue Kredite an gewerbliche Kunden auf 166 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „An der Praxis unserer Kreditvergabe haben wir nichts verändert, sie unterliegt keinen Einschränkungen. Jede wirtschaftlich sinnvolle Investition, bei der ausreichende Aussicht besteht, dass die Gelder wieder zurückfließen, kann von uns auch finanziert werden“, betont auch der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Horst Schönfeld. □

Neue Imagebroschüre des Landkreises Freyung-Grafenau:

Investoren gewinnen

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat in Abstimmung mit der Region Freyung-Grafenau ein Maßnahmenpaket entwickelt, um neue Investoren für die Region zu gewinnen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Rahmen dieser Maßnahmen entwarf die Wirtschaftsförderung Freyung-Grafenau zusammen mit Invest in Bavaria, der Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern, eine neue Imagebroschüre. Gemeinsam mit Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und Ludwig Lankl, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau, stellte Wirtschaftsminister Martin Zeil nunmehr die Publikation vor.

Branchenvielfalt gilt als Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb bildet ein breit gefächertes, mittelständisch geprägtes Spektrum von Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen die Grundlage des Wirtschaftsraumes im Dreiländereck Bayern, Böhmen und Oberösterreich. Traditionell sind dabei die glas- und holzverarbeitende Industrie ansässig. Darüber hinaus tragen kunststoffverarbeitende Betriebe, Elektrotechnik sowie Metall und Fahrzeugbau wesentlich zur vielschichtigen Palette vorwiegend kleiner und mittlerer Unternehmen bei. Der Tourismus und das Handwerk bildeten weitere wesentliche Standbeine der Region, wie Minister Zeil hervorhob.

Standortfaktoren

Eine hoch motivierte und einsatzbereite Bevölkerung, qualifizierte Fach- und Führungskräfte sowie eine Ziel gerichtete Wirtschaftsförderung und ein aktives Regionalmanagement stellen wichtige Standortfaktoren des Landkreises Freyung-Grafenau dar. Entscheidend für die weitere Entwicklung seien nicht zuletzt auch die strategisch günstige Lage im Dreiländereck und die daraus resultierenden guten Kontakte zu den

Nachbarn in Tschechien und Oberösterreich. Unverkennbar sei die gute Ausgangsposition des Landkreises Freyung-Grafenau für die wirtschaftliche Entwicklung. Bei zunehmender Umweltsensibilität und veränderten Wertorientierungen gewinnen die im Landkreis vorhandenen vorteilhaften Standortfaktoren, die besonders ausgeprägte Betriebsverbundenheit und das wirtschaftsfreundliche Klima bei unternehmerischen Standortentscheidungen immer mehr an Bedeutung.

Strukturwandel

Freilich, so räumte Zeil ein, habe die Region trotz der guten Ausgangslage derzeit mit einem tief greifenden Strukturwandel zu kämpfen. Durch die Öffnung der Grenzen sei der Wettbewerb härter geworden. Auch der demographische Wandel sei hier deutlich stärker spürbar als in den Metropolregionen. Aus diesem Grunde habe er, Zeil, gemeinsam mit Landrat Lankl ein Aktionsprogramm auf den Weg gebracht, das fünf konkrete Sofortmaßnahmen beinhaltet.

Gezielte Vermarktung

Zunächst werde Freyung-Grafenau als „Region im Fokus“ im Internetportal der An-

siedlungsagentur Invest in Bavaria beworben. Zudem seien die 21 bayerischen Auslandsrepräsentanten beauftragt worden, gezielt Investoren für die Region zu suchen. Drittens habe sich Invest in Bavaria gemeinsam mit Landrat Lankl einen aktuellen Überblick über vorhandene Gewerbegebiete und -objekte der Region verschafft. Damit könne das Angebot noch gezielter vermarktet werden.

Darüber hinaus sei gemeinsam mit dem Landkreischef, den Bürgermeistern und der IHK-Niederbayern-Oberpfalz das Standort-Informations-Sy-

stem Bayern (SISBY) deutlich optimiert worden. Und schließlich verfüge der Landkreis mit der neuen Imagebroschüre über ein wichtiges Kommunikationsmittel, um die Region noch besser bewerben zu können. Die Publikation ist in deutscher und englischer Sprache erhältlich. Die regionale Wirtschaftsförderung und Invest in Bavaria haben hierbei eng und effizient zusammengearbeitet.

Konkrete Schritte

Freilich unterstützt die Bayerische Staatsregierung den Landkreis auch über das Aktionsprogramm hinaus, so Minister Zeil. Dazu seien in einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei zusammen mit Vertre-



V. l.: Wirtschaftsminister Martin Zeil, Landrat Ludwig Lankl und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner.

tern des Landkreises Freyung-Grafenau und der Regierung von Niederbayern konkrete Schritte zur Weiterentwicklung

der Region vereinbart worden. So prüfe die Staatsregierung beispielsweise die Umsetzung eines Technologiezentrums in Spiegelau, um das große wirtschaftliche Potential der Region gezielt zu stärken.

Zudem wird Landwirtschaftsminister Brunner gemeinsam mit Wirtschaftsminister Zeil zu einem Gespräch mit Vertretern aus der Region einladen, um ein Konzept zur Stärkung der „Glasregion Bayerischer Wald“ auszuarbeiten. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Nutzung und Vernetzung der vorhandenen Kompetenzen im Bereich Glas gelegt werden. **KI**

Niederbayerische Integrationspreise:

Vorbildliche Initiativen

Fünf Vereine und Institutionen wurden heuer mit den Integrationspreisen der Regierung von Niederbayern ausgezeichnet. Für Projekte zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Menschen ehrte Regierungsvizepräsidentin Monika Weindl das Evangelische Bildungswerk Landshut (3000 Euro), den Caritasverband für die Stadt Straubing und den Landkreis Straubing-Bogen (2000 Euro), den Straubinger Verein für Montagsgespräche (1000 Euro), die Pockinger Beratungsstelle für Migration des Diakonischen Werks Passau (500 Euro) und den Turnverein Geiselhöring (500 Euro). Weindl zufolge haben die Preisträger Initiativen ins Leben gerufen, die Einheimischen und Ausländern dabei helfen, Fremde besser zu verstehen und sich in der Fremde besser zurechtzufinden.

Das Evangelische Bildungswerk Landshut (EBW) hat 2007 das interkulturelle Handbuch „Leben in Landshut“ herausgegeben.

Dieser Stadtführer enthält Informationen und Tipps in elf Sprachen zu Themenkomplexen wie Behörden, Wohnen, Arbeit sowie Hilfe und Beratung. Er ist im Ausländer- und Einwohnermeldeamt der Stadt kostenlos zu haben. Weil fast alle Exemplare vergriffen sind, soll es nun eine neue Auflage geben. Bei der Aktualisierung arbeiten die Schüler der Sprachenschule DILA – Deutsch in Landshut mit. So verknüpft das EBW zwei ihrer Integrationsprojekte.

Beratungsführer

Der Caritasverband Straubing entwickelt einen Beratungsführer für die Stadt Straubing und den Landkreis Straubing-Bogen. Mit diesem können sich Interessierte über Ansprechpartner und Anlaufstellen für Migranten informieren. Die Beratungsstelle der Caritas arbeitet bereits mit einer Rohfassung der Broschüre, die in der Region bislang einmalig ist. Für den Druck bekommt der Verband nun finanzielle Hilfe vom Staat.

Der Verein Montagsgespräche bemüht sich seit 15 Jahren um Völkerverständigung in der Region Straubing und lädt seit 1994 alljährlich bei einem Tag der Gastfreundschaft zum Dialog der Kulturen ein. Dieses Fest ist einer von vielen wichtigen Beiträgen des Vereins zur Integration von Zuwanderern. Außerdem werden dadurch Interesse und Respekt der Einheimischen für Menschen mit anderen Sitten und Bräuchen geweckt.

Die Beratungsstelle für Migration in Pocking kümmert sich seit zehn Jahren um Zuwanderer. Mit Unterstützung der Verantwortlichen entstand 2002 auf Initiative von Spätaussiedlern und Einheimischen der Chor „VeLuNa“, dessen Mitglieder alte russische

er aufgerufen, ihre persönliche Klimabilanz zu optimieren. Außer Kommunen und Firmen, die bereits reges Interesse an dem Projekt zeigen, ist dafür das Engagement eines jeden Einzelnen gefragt. Über die Internetplattform www.klimaschutz-allgaeu.de ist ein einfacher Einstieg mit Berechnung der persönlichen CO₂-Emissionen und vielen interessanten Informationen möglich. **□**

Volkslieder singen. Die Sänger schreiben die Texte in deutscher Lautschrift und beschäftigen sich mit der Geschichte der Lieder. Mittlerweile wird auch auf Deutsch gesungen. Der Chor steht allen Interessierten offen, trifft sich regelmäßig in der Teestube der Beratungsstelle und tritt auch öffentlich auf.

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Schwere Verfehlungen

Verwaltungsgericht München: „Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Vergangenheit nicht eingehalten“

Die klageführenden Kommunen Wolfratshausen und Icking haben es jetzt schwarz auf weiß: Wie der nun vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts München zu entnehmen ist, hat der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen in der Vergangenheit schwere Verfehlungen begangen. Alles, was seit 1998 in Sachen Kasernen-Konversion auf den Weg gebracht wurde, ist gesetzeswidrig. Dies gilt sowohl für die Schaffung des Behördenzentrums wie auch für die Gründung der Landkreis-Töchter (DTK-Gruppe), die die Verwertung der Immobilie zur Aufgabe haben.

„Bei der Schaffung eines Behördenzentrums, auf dessen Einrichtung die DTK maßgeblich ausgerichtet war“, handle es sich „nicht um eine Kreisaufgabe“, heißt es in der Begründung des Gerichts. Dieses bezieht sich dabei auf die Ansiedlung von Polizei, Finanzamt und Agentur für Arbeit. Auch die angeführten Synergieeffekte für den Bürger könnten die Schaffung von Büroräumen für landkreisfremde Verwaltungen nicht in eine Kreisaufgabe transformieren. Ohnehin würden sich Synergieeffekte nur ergeben, wenn ein Bürger am selben Tag Polizei und Finanzamt aufsuchen müsste.

„Hinreichende Alternativen“

Wie das Verwaltungsgericht zudem feststellt, sei der Landkreis nicht gezwungen gewesen, „das überdimensionierte Kasernengelände als einzig möglichen Standort für die Landkreisverwaltung zu erwerben“. Als „hinreichende Alternativen“ werden der Ausbau des alten Amts und ein Neubau an anderer Stelle deklariert.

Ebenfalls unzulässig sei die Gründung der DTK-Gruppe und damit auch deren Fortführung. Darüber hinaus hat das Gericht „erheblichen Zweifel“, was die Errichtung des Gerontotechnologiezentrums, genannt „Schnecke“, anbelangt. Der Bedarf einer solchen Einrichtung sei nie ausreichend geprüft worden. Vielmehr habe der Landkreis damals lediglich „unverbindliche Absichtserklärungen“ von Unternehmen eingeholt.

Ob die schon in die DTK-Gruppe investierten Mittel und die neu geplanten Zuschüsse von 12,5 Millionen Euro in absehbarer Zeit wieder zugunsten des Landkreises erwirtschaftet werden können, bezweifelt das Gericht. Der Zuschuss wirke sich nicht nur auf 2005 aus, sondern auch auf die Folgejahre - plus Zinsen. Tatsache sei: Die Haushaltssatzung des Jahres 2005 ist nichtig, da es sich bei dem Zuschuss zur DTK um einen „spürbar in die Finanzwirtschaft eingreifenden Fehler“ handle. Letztlich habe sich der Landkreis nicht an die „Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ gehalten. **DO.**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

CSU-Kreisverband Dillingen:

Erklärung zur Landratswahl

Zur bevorstehenden Landratswahl hat sich der CSU-Kreisverband Dillingen wie folgt geäußert:

„Demokratie lebt vom Wettbewerb, sowohl bei Personen als auch bei den Inhalten. Für die anstehende Landratswahl haben wir uns nach reiflicher Abwägung und auf Empfehlung der Kommission, in der bewusst junge Kräfte miteingebunden sind, entschlossen, keinen eigenen Bewerber zu nominieren und auch keine Empfehlung für oder gegen einen Bewerber/Bewerberin abzugeben. Grund dafür ist der Wunsch, damit ein Signal zu geben, dass der CSU an einer konstruktiven sachorientierten Arbeit mit allen Gruppierungen im Kreistag gelegen ist.“

Die CSU als stärkste Kraft im Kreistag hat ihre konstruktive Arbeit in den zurückliegenden fünf Jahren erfolgreich fortgesetzt. Dies zeigen die Beratungen und Beschlüsse der Kreisgremien, die loyale Zusammenarbeit von Vizelandrat Alfred Schneid und die kraftvolle Unterstützung, die der Landkreis bei seinen Anliegen insbesondere aus München durch den Einsatz des Haushaltsausschussvorsitzenden Georg Winter erhält.

Die Empfehlung der Kommission, keinen Bewerber zu nominieren und keine Empfehlung für oder gegen einen Bewerber abzugeben, wurde von der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Eva-Maria Fink vorgetragen. Die Kreisvorstandschaft, die CSU-Kreisräte, die Ortsvorsitzenden und die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften stimmten nach einer ausführlichen und sachlichen Diskussion mit 48 zu 7 Stimmen der Kommissionsempfehlung zu.“ **□**

Allgäuer Klimaschutzbeirat gegründet

Seit November hat die Klimainitiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt“ einen eigenen Klimaschutzbeirat. Seine Aufgabe ist, die Allgäuer Klimaschutzaktivitäten im Rahmen des Projektes der Allgäu Initiative zu steuern. Der fünfzehnköpfige Beirat mit Vertretern aus regionaler Politik, Wirtschaft und Initiativen traf sich zu seiner konstituierenden Sitzung in Kempten.

Um die Initiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt“ zu beraten wurde jetzt im November der Allgäuer Klimaschutzbeirat gegründet. Hauptaufgabe des Gremiums ist, darüber zu entscheiden, welche regionalen Klimaschutzprojekte aus dem Allgäuer Klimaschutzfonds gefördert werden sollen.

Kernidee von „Klimaschutz – das Allgäu handelt“ ist der regionale Aspekt: Treibhausgase, die

im Allgäu emittiert werden, sollen auch hier durch Zahlungen für Einsparprojekte im Allgäu kompensiert werden. Diese Möglichkeit können Unternehmen, Kommunen und auch Privatpersonen nutzen. Ausgleichszahlungen werden im Klimaschutzfonds gesammelt und vom Klimaschutzbeirat für CO₂-Minderungsprojekte bewilligt.

Seit Juni 2009 sind alle Allgäu-

Bayerischer Städtetag:

Ruf nach solider Finanzbasis

Bezirksversammlungen in Schwaben und Oberfranken

Bei Bezirksversammlungen in Schwaben (Augsburg) und Oberfranken (Bayreuth) kritisierte der Vorstand des Bayerischen Städtetags neben den Punkten Gewerbesteuer und Auflösung der Arbeitsgemeinschaften (Hartz IV) die unausgegorenen Steuerungspläne der neuen Regierung sowie die ungewissen Regelungen für die kommunale Daseinsvorsorge.

Im Koalitionsvertrag sei die Neigung der neuen Bundesregierung zu erkennen, als Steuer-senker aufzutreten - allerdings zu Lasten der Länder und der Kommunen, monierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger. Bei diesem „Vertrag zu Lasten Dritter“ müssten die Kommunen Federn lassen, damit sich der Bund mit fremden Federn schmücken könne. Tatsache aber sei: „Die Kommunen dürfen nicht für Steuer-senkungen des Bundes zur Ader gelassen werden!“

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, die sowieso schon eingeschnürt sei, dürfe nicht noch weiter durch Versprechungen von Steuer-geschenken auf Null gebracht werden, so Schaidinger weiter. Manche Kommunen könnten schon heute ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. „Wie soll das dann erst gehen, wenn die Steuerentlastungen noch tiefere Löcher in die kommunalen Haushalte reißen?“ fragte sich der Vorsitzende.

Dramatische Situation

Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister der Stadt Günzburg und Repräsentant der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Bayern, schilderte die Finanzsituation der schwäbischen Städte als äußerst dramatisch. „Kommunen sind Dienstleister, mit Betonung auf Leistung. Diese ist aber nur bei einer Ausstattung mit den entsprechenden Finanzmitteln möglich.“

Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl meinte: „Es kann nicht einfach geschehen, dass durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Belastungen ungefragt nach unten verlagert werden.“ Die in Fuggerstadt bereits treffenden Steuer-ausfälle von 35 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer und von

10 Millionen Euro bei der Einkommensteuer seien konjunkturbedingt, aber wenn bei gleich bleibendem Aufgabenumfang noch weitere Abschläge von über 5 Millionen Euro durch den Bund verursacht werden, müsse man „einen Aufschrei machen dürfen“. Gribl forderte einen sofortigen Ausgleich in voller Höhe - durch eine andere Umverteilung der Gewerbesteuer oder durch Aufgabenentlastung: „Ich will nicht im Jahr 2010 Bittsteller sein, sondern unsere Forderung heute selbstbewusst zum Ausdruck bringen.“

Solide Steuergrundlage angemahnt

Der Bezirksvorsitzende des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Oberfranken, Erster Bürgermeister Gerhard Preß (Rödental), verwies darauf, dass die Kommunen weiterhin eine solide Steuergrundlage benötigen. Die Gewerbesteuer dürfe weder ausgehöhlt noch untergraben werden. „Wir müssen wachsam bleiben, weil im Koalitionsvertrag von Union und FDP die Gewerbesteuer zur Diskussion gestellt wird“, hob Preß hervor.

Wichtige Gewerbesteuer

Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Gewerbesteuer mit der Unternehmensteuerreform 2008 hätten gegriffen und dürften jetzt nicht schon wieder aufgeweicht werden. Preß: „Die letzten Jahre haben bestätigt, wie wichtig die Gewerbesteuer für die Kommunen ist.“ Im Jahr 2008 machte die Gewerbesteuer mit 5,6 Milliarden Euro netto gut 40 Prozent und damit den größten Anteil aller kommunalen Steuereinnahmen in Bayern aus.

Preß zufolge sind die Kommunen der gewichtigste öffentliche Investor. Sie gewährleis-

ten einen Großteil der sozialen Leistungen für die Gesellschaft. Die Kommunen könnten ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie verlässliche Steuereinnahmen erhalten. Dabei sei das steuerliche Band zur örtlichen Wirtschaft, die die lokale Infrastruktur nutzt, unverzichtbar. Preß: „Welche Kommune hätte ohne Gewerbesteuer noch Interesse, Gewerbe anzusiedeln? Kommunen sorgen für eine wirtschaftsfreundliche Infrastruktur - das können sie nur vorhalten, wenn sie über eine solide Finanzbasis verfügen.“

Widerspruch

Kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer seien kein wirklicher Ersatz. Dies würde eklatante Verschiebungen der Steuereinnahmen zwischen den Kommunen auslösen: Dann könnte ein ruinöser Wettlauf um Einwohner und damit um Steuerzahler ausbrechen; so könnten Kommunen, die weniger Infrastruktur vorzuhalten haben oder geringere Sozialkosten zu tragen haben, mit niedrigeren Hebesätzen auf die Einkommensteuer um Steuerzahler buhlen. Der oberfränkische Bezirksvorsitzende verwies auf einen Widerspruch: „Auf der einen Seite will sich die Koalition damit schmücken, den Bürgern mehr im Portemonnaie zu lassen. Aber auf der anderen Seite überlegt die FDP, über einen kommunalen Hebesatz an der Einkommensteuer wieder den Bürgern in den Geldbeutel zu greifen.“

Öffentliche und private Unternehmen

Kritik an der Bundesregierung wurde auf beiden Bezirksversammlungen auch beim Thema „Steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen“ geübt. Eine Beaufschlagung kommunaler Daseinsvorsorge mit 19 Prozent Mehrwertsteuer sei inakzeptabel. „Wenn man Services wie die Abfallentsorgung jetzt noch mit zusätzlichen Steuern bela-

Hauptversammlung im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim:

Peter Müller bleibt KPV-Kreisvorsitzender

MdL Hans Herold: „Länderfinanzausgleich muss überprüft werden“

Markt Erlbach. „Auch in schwierigen Zeiten bleibt ein ausgeglichener Haushalt unser vorrangiges Ziel“, so Hans Herold, CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter bei der Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim. Für die Kommunen sei wichtig, dass es dabei keine Kürzungen der Finanzausgleichsmittel geben werde.

Eine Überprüfung des Länderfinanzausgleichs sei allerdings dringend notwendig. Herold: „Das Ausgleichsziel an sich ist richtig und hat uns in Bayern auch in der Nachkriegszeit sehr geholfen. Aber inzwischen beträgt die Zahlung des Freistaats in diesen Ausgleichstopf bereits zehn Prozent des Gesamthaushalts, und das ist entschieden zu viel.“ Er stehe hier voll inhaltlich zu der entsprechenden Initiative des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer.

Dringender Nachholbedarf

Für den ländlichen Raum besonders wichtig seien auch die schnellen Internetverbindungen. Hier seien die Fördermittel zwar von 50 auf 100 Millionen

aufgestockt worden, dennoch gebe es erheblichen und vor allem dringenden Nachholbedarf.



Bei der KPV als Haushalts-experte und erfahrener ehemaliger Bürgermeister ein gern gesehener Gast: Landtagsabgeordneter Hans Herold.

„Unser Ziel ist die flächen-deckende Versorgung bis 2011“. Ein „kritisches Sprachrohr der Kommunen“ nannte der bei den

Neuwahlen wieder gewählte Kreisvorsitzende Peter Müller die KPV. In seinem Bericht plädierte der 2. Bürgermeister von Wilhelmshausen u. a. für eine weitere Reduzierung der Erbschaftssteuer als entscheidend gerade auch im ländlichen Raum, der ohnehin schon um den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft kämpfen müsse.

Verstärkter Kontakt

Da viele Weichenstellungen von Europa über Berlin bis München die Landkreise, Städte und Gemeinden betreffen, werde die KPV verstärkt den Kontakt mit den entsprechenden Mandatsträgern pflegen, denn „wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, können wir vor Ort nur noch Schadensbegrenzung machen“.

Führungsanspruch herausstellen

Neben der Alltagsarbeit in den Kommunen, die aber nie-

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Es gibt Ideen, die sind Riesen und überdauern die Zeiten. Andere sind Zwerge und zerfallen im Laufe der Zeit ins Nichts.“ Mein Chef, der Bürgermeister, macht sich ein paar grundsätzliche Gedanken am Ende eines Jahres, das uns bemerkenswerte Jubiläen ebenso brachte wie einige Ereignisse zum Nachdenken.



Die Vorweihnachtszeit ist ja ideal dafür geeignet, solchen Gedanken nachzuhängen. Feiern wir doch die Geburt dessen, der uns die größte aller Ideen offenbart und damit eine seit nunmehr über 2000 Jahre andauernde Hoffnung geschenkt hat.

Kein Wunder, dass sich alle seither auf den Markt drängenden Heilsbringer an ihm und am Christentum abgearbeitet haben. So auch der Sozialismus, der dieser Tage und Wochen vor 20 Jahren in seiner europäischen Spielart implodierte und von der Bildfläche verschwand. Der

schwunden sind die Standbilder der diversen Revolutionäre. Und das Fest der Geburt Jesu Christi wird überall gefeiert, während kaum einer mehr die Geburtsjahre von Marx, Engels oder Lenin auswendig aufsagen kann.

Überhaupt ist festzustellen, dass der Sozialismus vor zwei Jahrzehnten nicht allein deshalb implodierte, weil er das ineffektivere Wirtschaftssystem darstellte, mit der Rüstung des Westens nicht mithalten konnte oder die Leute nicht nach Mallorca und auf die Kanaren reisen durften. Es war vor allem die geistige Armut einer Ideologie ohne Gott und damit ohne die Perspektive der Erlösung, die keine Antworten auf die Fragen der Menschen mehr geben konnte. Der Glaube stärkte den Menschen den Rücken, ein reichliches Leben im falschen zu führen, wie es Václav Havel genannt hat - ein Leben in Wahrheit.

Auch heutzutage tun wir gut daran, uns zu erinnern, wie wichtig es ist, auch die letzten Dinge zu bedenken und nicht nur die Vorletzten. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Menschen anfällig sind, Götzen wie Geld, Profit oder dergleichen zu verabsolutieren.

Mein Chef, der Bürgermeister, bemüht sich in allen seinen Entscheidungen dem gerecht zu werden, was er die Verantwortung des Christenmenschen für seine Nächsten nennt. Eigentlich eine schöne Metapher für eine ethisch fundierte Politik. Vor allem, da eine solche Haltung Mut zur Zukunft gibt. Und die brauchen wir auch nächstes Jahr, ganz im Sinne des Satzes von Franklin D. Roosevelt auf dem heutigen Kalenderblatt: „Die einzige Begrenzung, das Morgen zu verwirklichen, werden unsere Zweifel von heute sein.“

Liebe Leserin, geneigter Leser! Ich wünsche Ihnen gesegnete und ruhige Festtage mit Gelegenheiten zum Besinnen und Nachdenken, einen guten Rutsch und einen reibungslosen Start in ein hoffentlich ausgeglichenes und erfolgreiches Jahr 2010.

Glaube, Liebe, Hoffnung

staatlich verordnete Atheismus in Osteuropa nahm zu Zeiten des real existierenden Sozialismus ja manchmal groteske Züge an. So als in den siebziger Jahren in der litauischen Sowjetrepublik eine Kampagne gegen das Aufstellen von Christbäumen lief. Die wackeren Genossen wollten damit das Abschlagen der als Lieferanten des wichtigen Rohstoffs Holz begehrten Bäume verhindern. Und dass DDR-Ideologiewächter die Engelsfiguren aus dem Erzgebirge in Jahresendflügelfiguren umgetauft haben sollen, ist bis heute zwar nicht bewiesen - zugetraut hat das den roten Holzköpfen aber jeder.

Jedenfalls ist das Erzgebirge weiterhin deutsches Weihnachtszentrum wie seit Jahrhunderten. Litauen ist heute unabhängig, die Litauer sind in ihrer Mehrzahl römisch-katholisch geblieben und am Weihnachtstag leuchten die Augen der Kinder auch dort im Schein der Christbaumkerzen. Schließlich gilt für alle Länder des ehemaligen Ostblocks: Die Kirchen stehen noch, ebenso wie die Statuen der Heiligen. Ver-

stet, müssen das die Bürger über Gebührenerhöhungen bezahlen. Das kann die Koalition doch nicht ernsthaft wollen“, erklärte Schaidinger.

Hartz IV-AG's

„Jetzt wird zerschlagen, was eigentlich zusammengehört - das ist eine Katastrophe“, stellte Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Oberfranken mit Blick auf die Auflösung der Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften fest. Der Koalitionsvertrag von Union und FDP setze auf deren Trennung. Was fünf Jahre lang gemeinschaftlich erledigt worden sei, müsse jetzt wieder getrennt werden.

Hilfe aus einer Hand

Einen Teil erledige die Bundesagentur für Arbeit, einen anderen Teil das kommunale Sozialamt. Arbeitslose und Hilfeempfänger erhielten getrennte Bescheide, hätten unterschiedliche Ansprechpartner und müssten Einsprüche bei unterschiedlichen Stellen einlegen. Hohl: „Das wird umständlicher und bürokratischer. Hilfe aus einer Hand war Konsens und ist noch immer der richtige Weg. Wenn die Praxis funktioniert und die Rechtslage nicht stimmt, dann wäre es richtiger gewen-

mals „alltäglich“ werden dürfe, müsse die CSU immer wieder ihren Führungsanspruch herausstellen und den Menschen auch vor Ort Orientierung geben. „Das fehlt den so genannten Freien völlig, nämlich ein schlüssiges Konzept und eine klare Linie“. Unabhängig davon bleibe die Stärkung der kommunalen Selbst-

sen, die Verfassung zu ändern.“

Neue Organisationsstruktur

Überdies eilt es, eine neue Organisationsstruktur aufzubauen. Hohl: „Es ist nur noch ein Jahr Zeit. Die Bundesregierung muss sich ranhalten, damit 6,5 Millionen Hartz IV-Bezieher in Deutschland - davon 450.000 in Bayern - wissen, wie es weiter geht.“ Bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen werden sich Schwierigkeiten ergeben: Bislang bemüht sich die Arbeitsgemeinschaften um eine Hilfe, die individuell auf einen Arbeitssuchenden und seine Lebenslagen zugeschnitten waren, um eine passgenaue Eingliederungshilfe für den Arbeitsmarkt zu schaffen - etwa für Alleinerziehende. Nun stelle sich die Frage, ob standardisierte Bundesprogramme den individuellen Problemen der Arbeitssuchenden gerecht werden.

Personalprobleme

Schwierigkeiten gebe es auch beim Personal in den Arbeitsgemeinschaften. Allein in Bayern sind rund 2.400 kommunale Mitarbeiter in den Arbeitsgemeinschaften beschäftigt. Das kommunale Personal ist auch für Aufgaben der Bundesagentur eingesetzt. Hohl: „Bei der Bundesagentur wird sich das Problem stellen, ob genügend

verwaltung eine Daueraufgabe. Stellvertretende KPV-Kreisvorsitzende bleiben die 2. Bürgermeisterin von Markt Erlbach, Brigitte Hegendörfer, und die Kreisvorsitzende der Frauen-Union, Claudia Platzöder aus Neustadt a.d. Aisch. Der Vorstandschef gehören ferner Parteifreunde aller kommunalen Ebenen. **pm**

Personal für die Bewältigung der Arbeit und für die Umstellung der Verwaltung zur Verfügung steht. Für die Städte stellt sich die Frage, wie das freigesetzte Personal wieder in die städtische Kernverwaltung integriert werden kann.“ Der Umbau der Strukturen und die komplette Umrumpelung der Verwaltung führten zu Problemen bei der Umstellung der EDV; die Kommunen rechneten mit Mehrkosten. Hohl: „Diese Entflechtung sorgt für unsinnigen Doppelaufwand und kostet die Kommunen richtig viel Geld. Wir hoffen, dass trotz dieser komplizierten Verwaltungsprobleme die Betroffenen verlässlich rechtzeitig zu ihrer Hilfe kommen werden.“

Kritikpunkt ÖPNV

Auf heftige Kritik beim Städtetag stießen auch die Aussagen der Koalition zum öffentlichen Personennahverkehr. Schaidinger: „Den Vorrang sogenannter kommerzieller Verkehre lehnen wir strikt ab. Ein solcher Vorrang käme einer Enteignung kommunaler Verkehrsunternehmen gleich. Auch würde der Einfluss der Kommunen auf die örtliche Verkehrsplanung erheblich erschwert.“

Der Städtetag geht davon aus, dass der öffentliche Personennahverkehr unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Deshalb müsse das Personenbeförderungsgesetz an den europäischen Rechtsrahmen für den ÖPNV angepasst werden. Eine vom Staat veranlasste Benachteiligung öffentlicher Unternehmen wäre nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbandes ein unzulässiger Eingriff in die vom Grundgesetz geschützte kommunale Selbstverwaltung. **DK**

Ihre Sabriul



Innovative Verwaltung 2009. Von links: Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Staatskanzleichef Siegfried Schneider und Landrat Franz Meyer.

Innovative Verwaltung 2009:

„High Tech und High Touch“

Stadt und Landkreis Passau unter den Preisträgern

„Verwaltung als Partner der Wirtschaft“ lautete das diesjährige Motto des Wettbewerbs „Innovative Verwaltung“. Wie Staatskanzleichef Siegfried Schneider bei der Preisverleihung in München hervorhob, „kann unsere moderne Verwaltung mehr als nur umsetzen, was ‚von oben‘ kommt. Wir setzen auf Eigenverantwortung. Wir wollen Entwicklungen vor Ort. Wir fördern Kreativität und neue Ideen. Wir wollen unsere öffentliche Verwaltung noch leistungsfähiger und innovativer machen - im Dienste unserer Bürgerinnen und Bürger“.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seien Firmen und Betriebe vor Ort besonders auf eine unbürokratische und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Behörden, Ämtern und Kommunen angewiesen. Mit den Sieger-Projekten 2009 würden nachahmenswerte Beispiele gegeben, wie Unternehmen gefördert und zu weiteren Investitionen in Bayern ermutigt werden könnten.

Fünf Gewinner

Ausgezeichnet wurden das Wasserwirtschaftsamt Hof, Stadt und Landkreis Passau, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Deggendorf, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie die Autobahndirektion Südbayern.

Die Mitarbeiter des Hofer Projekts „Technologietransfer Wasser“ unterstützen bayerische Unternehmen aus der Wasserbranche im internationalen Geschäft. Sie beraten, vermitteln Kontakte her. Das Wasserwirtschaftsamt Hof hat sich in den vergangenen zehn Jahren ein dichtes Netz an internationalen Verbindungen aufgebaut. Wasserwirtschaftliche Einrichtungen sind in dieses Netz ebenso eingebunden wie kommunale Entscheidungsgrün-

mien und Finanzierungs- und Wirtschaftsinstitutionen. Weit über 3000 ausländische Teilnehmer haben inzwischen die Fortbildungsprogramme des Projekts in Bayern und in den Partnerländern besucht. Mit dem Projekt stärkt das Wasserwirtschaftsamt Hof die Exportchancen der bayerischen Wasserwirtschaft und damit auch den Wirtschaftsstandort Bayern insgesamt.

„GoPassau“

Im Rahmen des Projekts „GoPassau – Wirtschaftsregion“ vermarkten Stadt und Landkreis ihren Wirtschaftsstandort als eine Region. Ein Investoren-Service-Team berät und unterstützt potenzielle Investoren bei der Umsetzung neuer Projekte. Der große Vorteil: Die Wirtschaft erhält behördliche Serviceleistungen aus der Hand eines Ansprechpartners, wodurch sich die Genehmigungsverfahren beschleunigen. Sollte sich eine Idee nicht in der geplanten Weise realisieren lassen, zeigt das Service-Team mögliche Lösungen bzw. Alternativen auf.

Anregende Verbindung

Gemeinsam nahmen Landrat Franz Meyer und Oberbürgermeister Jürgen Dupper den Preis entgegen, begleitet wurden sie von den Wirtschaftsför-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Information über den neuen Leitfaden des Haufe-Verlags zur Bilanzierung des kommunalen Vermögens bei, den der Bayerische Bauindustrieverband e.V. gemeinsam mit der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. während der KOMMUNALE vorgestellt hat. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Gesundheitsnetz Rosenheim und Region:

Werbefreie Internet-Plattform immer beliebter

Gleich ob Ärzte oder Apotheken, Notrufnummern, News wie Informationen zur Grippewelle, Veranstaltungstipps, Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Krankenkassen oder Rettungsdienste: auf der städtischen Internetplattform „Gesundheitsnetzwerk Rosenheim und Region“ findet der Besucher unter www.rosenheim.de/gesundheitsnetz einfach und schnell wichtige Informationen rund um Gesundheit und Wohlbefinden.

Im Bereich „Selbsthilfegruppen“ wurde nach der letzten Sitzung des aus Fachleuten bestehenden Internetbeirats neu die Kategorie „Trauerhilfe“ eingerichtet, um Betroffenen eine Übersicht über Trauergruppen zu geben. Neu sind auf den Gesundheitsseiten auch die Unterkategorien Ernährung, Bewegung und Entspannung sowie Ergotherapie. Manfred Grundel, Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung und verantwortlich für die Gesundheitsseiten im Netz, freute sich nicht nur über die stetig steigende Zu-

nahme von Besuchern. Auch die Zahl registrierter regionaler Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen ist auf rund 700 angewachsen. „Alle Eintragungen sind kostenlos; einfach das Kontaktformular ausfüllen und abschicken“, so Grundel.

Um den Bekanntheitsgrad des Gesundheitsnetzwerks weiter zu verbreiten, liegen Visitenkarten mit den wichtigsten Informationen bei Arztpraxen, Kliniken und Krankenkassen aus, sie kann aber auch online über das Gesundheitsnetz heruntergeladen werden.

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2 die am 14. Januar 2010 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz
- Abfallwirtschaft und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
 Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene

kerler
 Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt!
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
 Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

élbe
 Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 091 81 381 300 · Fax 091 81 381 309
 E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hako
 Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzvorrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hako-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skatanlagen

élbe
 Produktion · Vertrieb GmbH & Co.
 Industriestr. 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 091 81 381 300 · Fax 091 81 381 309
 E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
 Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
 Messtechnik und Systemlösungen
 HYDROMETER GMBH
 Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/ 18 06 0
 Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 gerasmühlstr. 23
 90547 stain
 telefon: 0911/69 39 65
 telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragspartner für
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Der neue Praxisleitfaden – Pflichtlektüre für jede bayerische Kommune!



Dr. Horst Körner/
Sönke Duhm/Monika Huber
**Erfassung und Bewertung
kommunalen Vermögens
in Bayern**
Neuerscheinung 2009
348 Seiten
Broschur mit CD-ROM
Bestell-Nr. E01249
ISBN 978-3-448-08698-0
nur € 48,-

Die neue kommunale Haushaltsverordnung (KommHV) legt die Grundsätze der doppelten kommunalen Buchführung (Doppik) fest. Der neue Leitfaden beschreibt anhand konkreter Beispiele die Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens.

Sie erfahren:

- wie Sie die gesetzlichen Vorgaben zur Inventur erfüllen,
- wie Sie die Erfassung und Bewertung korrekt umsetzen,
- wie Sie zulässige Vereinfachungen effektiv anwenden.

In Zusammenarbeit mit
den Experten aus der Praxis:



Dr. Horst Körner

ist Geschäftsführer der arf GmbH. Die arf GmbH ist ein führendes Beratungsunternehmen zu Fragen des Haushaltswesens und der Doppik-Einführung in Bund, Ländern und Kommunen.

Sönke Duhm

begleitet als Berater viele bayerische Kommunen bei der Organisation, Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens.

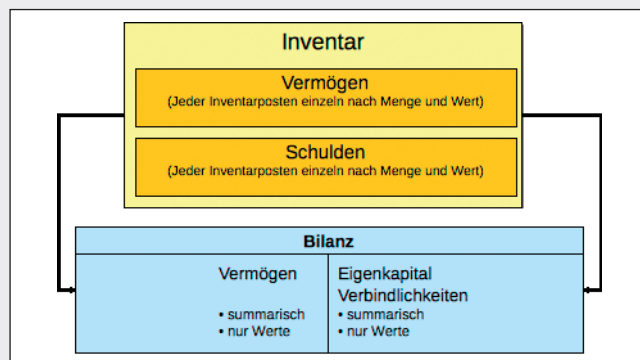
Monika Huber

entwickelt als Beraterin und Ingenieurin insbesondere Methoden und Vorgehensmodelle zur Bewertung von Liegenschaften und Bauwerken.

Alles zur kommunalen Vermögensbewertung in einem Band

Inhalt des Buches:

- ▶ Grundlagen, Anforderungen und Organisation der Inventur
- ▶ Aufbau einer aussagekräftigen Dokumentation zur Wertermittlung
- ▶ Grundlagen für Bewertung und Bilanzierung
- ▶ Bilanzierung unterschiedlicher Vermögensarten
- ▶ Zulässige Erleichterungen und deren Anwendung
- ▶ Hinweise und spezielle Vorschriften zur Erfassung und Bewertung von z. B.
 - Immateriellen Vermögensgegenständen
 - Grundstücken in unterschiedlichen Nutzungsformen
 - Infrastrukturvermögen und Sonderbauwerken
 - Kunstgegenständen
 - Betriebsausstattungen
 - Umlauf- und Vorratsvermögen u.v.m.



Mit den Schaubildern im Buch erhalten Sie schnellen Überblick zu den Vorgängen der Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens

Auf CD-ROM:

- Formulare zur Ermittlung der Wertansätze unterschiedlicher Vermögensarten
- Formulare zur Dokumentation unterschiedlicher Vermögensarten
- Gesetze, Vorschriften und ergänzende Normen wie z. B. KommHV-Doppik, BewertR oder WertV und WertR
- steuerrechtliche Hinweise und einschlägige BMF-Schreiben

Jetzt Coupon ausfüllen und faxen an: 0180/50 50 441*

Anz.	Titel	Best.-Nr.	Preis
<input type="checkbox"/>	Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens in Bayern (Buch mit CD-ROM)	E01249	€ 48,-
		<small>inkl. MwSt., zzgl. Versandpauschale € 3,00</small>	

Firma _____

Herr Frau

Vorname Ansprechpartner _____

Name Ansprechpartner _____

Straße/Postfach _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____

E-Mail _____

Darauf können Sie vertrauen. Bei der Haufe Mediengruppe bestellen Sie immer ohne Risiko zum unverbindlichen Test mit 4-wöchigem Rückgaberecht. Sie bezahlen nur, was Ihnen auch wirklich zusagt. Anderenfalls schicken Sie das Produkt einfach portofrei zurück und die Sache ist für Sie erledigt.

Datum _____ Unterschrift _____

Per Internet: www.haufe.de/bestellung Per E-Mail: bestellung@haufe.de Per Fax: 0180/50 50 441* Per Telefon: 0180/50 50 440*

* 0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, abweichende Mobilfunkpreise. Ein Service von dtms.

Form-ID: 10019

Vielen Dank für Ihre Bestellung!

01249_023282_PS_9850_10-09